#64 März - Mai 26

autonomes Blättchen

Mit Berichten aus:

Canada!

Turin!

Berlin!

und noch viel mehr!!!

autonomes Blättchen

Impressum:

Nr. XX Dez - Feb YY

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer echten email-Adresse auf:
autonomesblaettchen.noblogs.org
oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage
Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:
1. September, 1. Dezember, 1. März, **1. Juni**

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org
~~autonomesblaettchen.blackblogs.org~~ (offline)

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den Tor-Browser) erreichbar.

https://de.indymedia.org
http://dvqlamnbbzli62qfyt5faspxunueqdxc4csrslhcp2z3haiflnrn6dqd.onion/
http://z3wodkq7fhc5jjscptwjf2pojnnaylo6e6ecba52icefvg5jbbyikeid.onion/
http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/

solidarischer zusatzlink:
http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/

barrikade.info
kontrapolis.info
http://kontrpolioglnxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/
knack.news
http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/
tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Kirche in Burns Lake geht in Flammen auf 04
Widerstand gegen Pipelines 05
Brief von den anarchistischen Tagen gegen die COP30 07
Aufruf zu einer militanten Offensive gegen CIGEO, die Atomkraft und ihre beschissene Welt! 09
Achtung Videoüberwachung! 10
Es ist sicherer an der Frontline - in die Offensive gegen Tyrannei 11
Interview zum Aufstand im Iran 16
Iran: Ein Aufstand, der von innen und außen bedrängt wird
Was übrig bleibt – Die Entwicklungen in Syrien 18
Turin ist eine Stadt der Partisanen 19
Kritische Reflektion der Free-Maja Kampagne aus Budapest
Eine Ergänzung zu den kürzlich veröffentlichten „Kritische Gedanken" 26
RE: Re:Organisiert die materiellen Grundlagen revolutionärer Organisierung 28
In Erinnerung an Devran 33
Abtauchen – Leben in der Illegalität 34
Spitzel des Verfassungsschutzes (VS) in der Interventionistischen Linken 38
Hausbesuch beim Leiter vom Verfassungsschutz in Bremen
Partyvismus 40
Vulkangruppe: Den Herrschenden den Saft abdrehe 41
KI beginnt hier 46
Bewegungskonferenz gegen Big Tech 49
Das falsche Primat 50
Chronik 59

Ups,

schon ist wieder ein neuen Autonomes Blättchen in die Welt gepurzelt.

Dieses mal haben wir, das Redaktionskollektiv, viel geredet und diskutiert - über die Lage in Nordsyrien und das Projekt Rojava, die Situation im Iran, den Widerstand in den USA, die letzte Vulkangruppenaktion in Berlin, die Probleme mit KI- und Fake-Texten, Repression, Faschismus... Ach, ach, ach!

Zu einigem wollen wir kurz was sagen, zu anderem haben wir Texte erhalten und rausgesucht. Wenn euch unsere Meinung nicht passt: kein Problem für uns, solange ihr nicht nur schimpft, sondern schreibt; am besten ans Blättchen. Lob nehmen wir auch gerne entgegen!

Lange Jahre haben wir das revolutionäre Projekt Rojava begleitet. Und jetzt? Es gelingt uns nicht den Nebel des Kriegs zu durchdringen. Wie immer im Krieg, stirbt zuerst... na ja, ihr wisst schon. Die Lage ist uns unklar. Berichte, die wir erhalten, widersprechen oft den offiziellen Verlautbarungen. Lebt die Revolution noch? Seit viele arabischen Einheiten auf die Seite des Regimes gewechselt sind, scheint die Selbstverwaltung dahin. Wem vertraust du noch, wenn du verraten wurdest? War das Abkommen mit der syrischen Regierung die einzige Möglichkeit Massaker zu verhindern? Ist die Situation so rosig, wie die Parteifunktionäre erzählen? Wir hingegen hören viel von Frust und Resignation. Allein die Frauen versichern, dass das erkämpfte Selbstbewusstsein ihnen nicht mehr zu nehmen sei. Das Traurige sind ja nicht nur die vielen toten Revolutionär_innen, sondern auch, dass durch äußere Feinde einer der wenigen großen Revolutionsversuche niedergestreckt wird. Die imperialen Mächte USA und Türkei buddeln Hand in Hand mit den Islamisten das Grab für das freie Rojava. Dennoch: Die Kämpfe sind nicht vorüber, nicht alles was aufgebaut wurde ist dahin... Aber es beginnt mal wieder eine neue, schmerzhafte Phase der Suche nach Befreiung. Hoffen wir, dass die Nationalist_innen sich nicht durchsetzen. Wir haben einen kleinen Text zur Lage gefunden und suchen weiter ehrliche Berichte und Einschätzungen. Wenn du welche kennst oder aufschreiben kannst, schicke sie uns gerne für die nächste Ausgabe.

Zur Situation in Iran vor dem jetzigen Krieg haben wir Berichte und ein Gespräch mit dortigen Anarchist_innen in dieser Ausgabe. Uns widert an, mit welch patriarchaler Arroganz der Macht derzeit die us-amerikanische und die israelische Regierung töten lassen. Wir hoffen, dass wir bald vom Ende des Krieges, vom Ende der Angriffe auf die Bevölkerung, vom Ende des Versuchs der geostrategischen Neuordnung der gesamten Region und vom Sturz des Regimes berichten können - und von einem erfolgreichen Aufstand anti-monarchistischer Bewegungen. Bis dahin suchen wir Stimmen des Widerstands.

Jetzt zu deutschen Befindlichkeiten.

Weißt du noch, was am 3.1. in Berlin los war? Die Aktion einer Vulkangruppe gegen ein Gaskraftwerk hat aus Versehen mehrere Stadtteile vom Strom genommen. Es folgte nicht nur viel Hetze von bürgerlicher Seite, sondern auch einiges Unverständnis aus großen Teilen der radikalen Linken. Wir haben zur Aktion Texte zugeschickt bekommen. Nach langer interner Diskussion möchte wir kurz folgendes sagen: Wir drucken das Bekennungsschreiben der Vulkangruppe "Den Herrschenden den Saft abdrehen" ab. Es ist zwar schon weit verbreitet, wir halten es aber angesichts der Debatten um die Aktion für wichtig, dass der Intention der Aktion mehr Aufmerksamkeit zuteil wird. Angesichts der aktuellen Klimapolitik scheint es uns naheliegend, ein fossiles Kraftwerk lahmlegen zu wollen. Dazu haben wir keinen Widerspruch. Im Gegenteil. Lest selbst, was die Vulkangruppe dazu schreibt und bildet euch eine Meinung.

Jetzt kam es ja so, dass durch die Aktion anscheinend unbeabsichtigt in einigen Teilen Berlins der Strom ausfiel und viele Menschen unter Kälte litten. Wenn so ein kolossaler Fehler bei einer Aktion passiert, wünschen wir uns eine tiefgreifende und ehrliche Fehleranalyse und ein entsprechendes politisches Statement. Der Widerspruch zwischen der Intention einer Aktion und ihrer tatsächlichen politischen und praktischen Wirkung muss erkannt und ernst genommen werden. Zehntausende Menschen in Mitleidenschaft zu ziehen, verlangt unserer Meinung nach mehr als einer halbgaren Entschuldigung mit vielen flapsigen Bemerkungen. Wir sehen, dass die Vulkangruppe ihren Text zum Stromausfall unter hohem Repressionsdruck schreiben musste. Aber die Überheblichkeit des Textes steht in starkem Kontrast zur Dimension des begangenen Fehlers. Deswegen haben wir uns nach langer Diskussion entschlossen diesen Text nicht abzudrucken.

Ein anderes riesengroßes Problem ist die offensichtlich neue Strategie der Geheimdienste, sich als Vulkangruppe auszugeben und Fake-Erklärungen zu veröffentlichen. Klar, das ist keine komplett neue Idee. Aber so offensiv politisch in den Diskurs einzugreifen... das ist krass. Wir teilen nach einer Textanalyse die Einschätzung, dass die auf indymedia als Fake benannten Schreiben tatsächlich von Bullen oder Geheimdiensten stammen. Dieses Vorgehen der Behörden verlangt uns eine hohe Aufmerksamkeit und viel politische Klarheit ab, denn wir müssen die falschen Texte erkennen. Ein Problem, dass wir bereits mit KI-Texten haben. Fatal finden wir, wenn jetzt Leute sagen: och, ist doch egal, wer was geschrieben hat. Nein, wir müssen lernen die Fallen und Aufstandsbekämpfungsstrategien unserer Gegner zu durchschauen. Sonst sieht's düster aus. Ansonsten wundern wir uns, dass so wenig öffentlich über die Aktion diskutiert wird. Was sind die Gründe? Angst? Keine Meinung? Kein Bock auf Auseinandersetzung? Wir reden nicht von Kommentaren im Netz, sondern von einer Debatte um aktuelle militante Praxen, den Umgang mit Fehlern, das Verhältnis zu "Kollateralschäden", den Inhalt und die Form von Bekennungen. Die Wirkung einer Aktion, die solche Wellen geschlagen hat, darf nicht im Meinungsvakuum ersticken. Traut euch. Auf unserem Blog könnt ihr Texte in ein Feld einfügen, die uns dann verschlüsselt erreichen. Nur zu!

Wir freuen uns, dass das Zündlumpenverfahren eingestellt wurde. Allerdings versuchen sich nun die bayrischen Büttel an einem neuen Verfahren wegen Brandstiftung gegen einen der vormals beschuldigten Anarchisten. Wir senden weiterhin viel Kraft!

Im März ist auch wie jedes Jahr der 8. März. Abhängig von dem jeweiligen Ort sind wir kämpferisch auf der Straße und andere bei dem internationalen Generalstreik am 9. März dabei. Vor bzw. zu Beginn des ersten Weltkrieges übrigens, wandte sich der "internationale Frauen*tag" gegen Krieg.

In der ersten Hälfte dieser Ausgabe blicken wir weit über den Tellerrand deutscher Zustände: nach Brasilien, Kanada, Iran, Syrien, Frankreich, USA, Italien, Ungarn. Es geht um Klimakämpfe, Kolonialismus, Kirche,

um Widerstände und Aufstände, um Antifaschismus und Solidarität. Im zweiten Teil kehren wir zurück. Es gibt Debattenbeiträge und andere Texte zu Antifaschismus, zu Repression und zu Technologiekritik. Und den verschobenen Brief von Burkhard Garweg haben wir diesmal drin. Wir haben dieses Mal richtig viel zugeschickt bekommen, soviel, dass ein zweites Heft gefüllt werden können. Das freut uns richtig! Allerdings heißt das auch, dass wir doll auswählen mussten. Das war hart. Nicht reingeschafft haben es leider die Texte:

- Zum Verfahren gegen Daniela Klette und der Solidaritätsarbeit
- Sie kriegen uns nicht: Wehrpflicht schreddern!
- Und der 3. Januar war für mich ein wunderschöner Tag
- Offener Brief zum Anschlag am 3.1. auf das Gaskraftwerk und den Folgen
- Rheinmetall Entwaffnen und das Anarchistische Barrio in Köln: Eine Antwort
-Warum wir Waffen tragen
- Zum Zwischenstandspapier IL
- Anarchistische Symbolik Teil 1: Die Schwarze Fahne Schwarze Scharen
- welche Werte
- Die Folgen der Implosion der Radikalen Linken
- Going to Zion

Einige davon findest du zum Glück online! Wenn das nicht der Fall sein sollte, wäre es gut, wenn die Autor_innen ihre Texte selbst online stellen würden. Wir haben dafür keinen vorgesehenen Ort im Netz, weil wir ja ein analoges Medium sind.

So.... wir denken natürlich schon an die nächste Ausgabe. Also: Was gibt es zu den anstehenden Landtagswahlen? Aktionen? Aktionsaufrufe? Tolle Plakate und Texte? Her damit!

Wir freuen uns über die vielen Soli-Aktionen und Demos anlässlich Majas Verurteilung in Budapest und wünschen Maja und allen anderen vor Gericht stehenden Antifas viel Kraft!

Gruß vom Autonomen Blättchen!

Kirche in Burns Lake
geht in Flammen auf

Kurz vor den Feiertagen wurde die Island Gospel Church in Burns Lake am 20. Dezember von einem Feuer heimgesucht.

Als die Feuerwehr eintraf, stand der größte Teil des Gebäudes in Flammen. Der Brand wurde als Brandstiftung eingestuft, der Schaden wird auf über fünf Millionen Dollar geschätzt. Dies ist nicht die erste Brandstiftung, die sich gegen die Kirche richtet, und wir können sicher sein, dass es nicht die letzte sein wird. Seit der Entdeckung von Massenfriedhöfen mit unmarkierten Gräbern indigener Kinder in ehemaligen Internaten im Jahr 2021 haben sich Wellen anonymer, nicht beanspruchter Angriffe auf Kirchen über das vom kanadischen Staat kontrollierte Gebiet ausgebreitet. Bis Anfang 2025 wurden mindestens 85 Kirchen als verwüstet gemeldet, davon etwa 50 durch Brandstiftung. Einige großzügigere Schätzungen gehen davon aus, dass fast 120 Kirchen auf die eine oder andere Weise verwüstet wurden. Ein großer Teil dieser Angriffe fand in indigenen Reservaten statt, also genau in den Gemeinden, in denen die Kirche – zusammen mit dem kanadischen Staat – ihren Völkermordversuch durchgeführt hatte. Die Spannungen gegenüber der kolonialen Institution sind spürbar. Die einfachen Mittel, die die Rebellen einsetzen, ihre Anonymität und ihre Dezentralisierung machen es dem Staat unmöglich, etwas dagegen zu unternehmen. Zwar hat die Praxis der Kirchenbrände in den letzten Jahren nachgelassen, doch die Ansteckungsgefahr ist weiterhin unerbittlich.

Widerstand gegen Pipelines

Über 600 Meilen nördlich der Grenze zwischen den USA und Kanada und mehrere Stunden entfernt auf einer unbefestigten Straße, die von der Autobahn abzweigt, schien der Vollmond über einer ruhigen Winternacht in British Columbia. Eine Winternacht wie jede andere, bis kurz nach Mitternacht etwas Ungewöhnliches am Rande einer Lichtung auftauchte und aus dem Wald in verschiedene Richtungen auftauchte: etwa zwanzig maskierte Gestalten in identischen weißen Anzügen, die mit Äxten, Leuchtpistolen und Winkelschleifern bewaffnet waren. Es mag wie die Eröffnungsszene eines Low-Budget-Horrorfilms klingen, aber genau dieser Anblick bot sich den Sicherheitskräften am Bohrstandort der Coastal GasLink-Pipeline im Jahr 2022, woraufhin sie aus dem Gebiet flohen und schwere Maschinen und mobile Gebäude zurückließen, die von der „maskierten Meute" verwüstet wurden und Schäden in Millionenhöhe verursachten. Die in der Nähe stationierte Polizei eilte zum Tatort, um die Lage zu retten, stieß jedoch auf umgestürzte Bäume und Brände auf der einzigen Zufahrtsstraße. Als sie aus ihren Fahrzeugen stiegen, um die Trümmer mit Kettensägen zu beseitigen, zündeten Angreifer:innen an der Baumgrenze weitere Bäume an und warfen brennende Bengalos, Rauchbomben und Gegenstände auf die Polizei, während sie sie verspotteten. „Als die Polizei die Verfolgung aufnahm, scheint es, als hätten sie uns in eine Falle gelockt", sagte der Polizeichef, als ein Beamter auf einen mit langen Nägeln gespickten Stock trat, der seinen Stiefel durchbohrte. Aber wir greifen vor. Seit 2010 blockieren Landverteidiger:innen der Wet'suwet'en den Bau der Coastal GasLink-Pipeline, indem sie auf dem Yintah leben, ihrem traditionellen Gebiet, durch das die Pipeline verlaufen soll. Im Februar 2020, als Reaktion auf die Razzia der Bundespolizei im Yintah zur Durchsetzung einer einstweiligen Verfügung, breitete sich der Widerstand der Indigenen über das gesamte vom kanadischen Staat besetzte Gebiet von Küste zu Küste aus. Diese soziale Bewegung „shut down Canada" bestand in erster Linie aus Bahnblockaden, die an über zwanzig Orten stattfanden, wobei die längsten von den Gitxsan in Hazelton und den Mohawks in Tyendinaga und Kahnawake aufrechterhalten wurden. Die logistische Infrastruktur der kanadischen Wirtschaft verläuft durch oder grenzt an viele Reservate der Indigenen, eine Tatsache, die von Wissenschaftler:innen, die sich mit Aufstandsbekämpfung befassen, ganz offen diskutiert wird: „Die effiziente Ausbeutung natürlicher Ressourcen hängt vom zuverlässigen Transport von Rohstoffen und verarbeiteten Materialien zu kanadischen Herstellern und Exportmärkten über große Entfernungen durch schwieriges Gelände und entlang hochgradig anfälliger Infrastruktursysteme ab. Es ist nicht notwendig, einen der lebenswichtigen Transportwege zu stören oder zu unterbrechen. Leider begnügten sich die meisten Nicht-Indigenen, die zu „Shut Down Canada" beitragen wollten, mit Demonstrationen, die den Verkehr für einige Stunden an Engpässen behinderten. Einige entschieden sich jedoch dafür, in kleinen Gruppen Sabotageakte zu verüben, um Störungen zu verursachen – Störungen, die keine Menschenmassen oder frontale Konflikte mit der Polizei erfordern und daher für die Behörden weitaus schwieriger zu beenden sind.zu beenden. Einige Monate zuvor war auf anarchistischen Gegeninformations-Websites ein Aufruf verbreitet worden, der zur Vorbereitung von Sabotageaktionen im Schienenverkehr im Vorgriff auf die Razzia auf die Yintah: „Der Schienenverkehr bietet hervorragende Möglichkeiten für

staatliche und wirtschaftliche Störungen; die Infrastruktur ist so weitläufig, dass sie relativ ungeschützt ist – insbesondere außerhalb der Städte. Geografische Gegebenheiten schaffen Tausende von natürlichen Engpässen auf Turtle Island, die sich als Ziele für maximale Effektivität unter Einsatz einer Vielzahl von Methoden eignen. Stellt euch vor, ihr würdet die Eisenbahninfrastruktur und Engpässe im Norden von British Columbia zwischen Kitimat-Che-twynd-Houston-Stewart stören und beschädigen; dadurch würden Rohrlagerbestände in Häfen zurückbleiben und ihre Lieferung an Baustellen verhindert werden. Es ist nicht notwendig, an der Front zu kämpfen; wir können dort kämpfen, wo wir stehen." In den Wochen vor dem Überfall wurde ein Eisenbahnknotenpunkt in Burlington, Ontario, „der verkehrsreichste Knotenpunkt dieser Art in Kanada", außer Betrieb genommen, nachdem sein Stellwerk niedergebrannt worden war. Tage nach dem Überfall ging ein weiteres Stellwerk in Hamilton, Ontario, in Flammen auf, und einige Wochen später ein weiteres in Montreal. Und obwohl sich die Sabotageakte gegen die Eisenbahn nicht ausweiteten, wer weiß, was anders gelaufen wäre, wenn Anarchist:innen in den Jahren vor dem Konflikt die Anfälligkeit des Eisenbahnnetzes aufgezeigt hätten oder sich besser koordiniert hätten, um zu Beginn schwerwiegendere Störungen zu verursachen. Nach fast zwei Monaten der Feindseligkeiten waren Ende März alle letzten Blockaden von Shut Down Canada geräumt worden, während Politiker:innen angesichts der neuen Covid-Pandemie zur Einheit aufriefen. In den folgenden Jahren wurden die direkten Aktionen gegen den Bau der

Pipeline auf dem Yintah-Gebiet fortgesetzt, wobei der Angriff der „maskierten Meute“ die größte Aufmerksamkeit in den Medien erhielt. Auch die Eisenbahn blieb weiterhin Ziel solidarischer Aktionen: An fast einem Dutzend verschiedenen Orten im Süden Ontarios kam es zu koordinierten Sabotageakten, und auf einer Autobahnüberführung im Reservat der Six Nations wurde ein Auto auf die Bahngleise gefahren und in Brand gesetzt. Dank der seit der Razzia permanenten Polizeipräsenz auf dem Yintah-Gebiet schritten die Bauarbeiten jedoch weiter voran, und die Pipeline wurde schließlich 2023 fertiggestellt.Im Zuge dieses Konflikts planen Industrielle nun den Bau der Prince Rupert Gas Transmission-Pipeline in den nächsten Jahren, wodurch ein dritter „Energiekorridor” an der Westküste

Kanadas hinzukommt (zusätzlich zu den Pipelines Coastal GasLink und Trans Mountain). Das in Texas ansässige Unternehmen Western LNG hat versucht, seine Legitimität durch das Paradigma der „Zustimmung“ der First Nations zustärken, indem es eine Partnerschaft mit der Nisga'a-Regierung eingegangen ist, um das Projekt gemeinsam zu betreiben (die Pipeline ist 900 km lang und verläuft durch die Gebiete der Nak'azdli, Nadleh, Nedut'en, Gitxsan, Nisga'a, Tsimshian und anderer Nationen, ganz zu schweigen von den Fracking-Standorten und Transportwegen der Pipeline).In einer Reflexion über den Kampf gegen die Coastal GasLink-Pipeline identifizierten Anarchist:innen, die kürzlich in der Zeitschrift Azimut interviewt wurden, zwei wesentliche Einschränkungen, die die Möglichkeiten begrenzten: die zentralisiertes "leadership" und das Versäumnis, die Revolte über ein relativ kleines und überschaubares Gebiet hinaus auszuweiten. Es kursiert ein Vorschlag für ein Projekt zum Kampf gegen diese neue Pipeline, der diese Lehren berücksichtigt:

„Die sozialen Spannungen gegen PRGT nehmen zu. In ganz Nord-Zentral-British Columbia haben sich mehrere Widerstandsnester gebildet. Im Jahr 2016, während der ersten Bauversuche, wurde das Madii Lii-Camp errichtet, um den Zugang zur Pipeline-Trasse im Suskwa-Tal im Gebiet der Gitxan zu blockieren. Das Camp besteht bis heute, und nordwestlich davon wurde eine weitere Blockade der Gitxsan auf dem Cranberry Connector, der nördlichen der beiden Straßen ins Nass-Tal. Das Volk der Gitxsan hat eine lange Geschichte der Verteidigung seines Landes, insbesondere durch einige Kämpfe gegen den Holzeinschlag in den 80er und 90er Jahren, und bekundet seine Solidarität mit seinen Nachbarn, den Wet'swuwet'en, durch die Blockade von Eisenbahnstrecken. Wir stehen in Solidarität mit dem Widerstand der First Nations, der wahrscheinlich zu weiteren Blockaden in Schlüsselbereichen des Projekts führen wird.

„Gemeinsam haben wir als Anarchist:innen unsere eigenen Zerstörungsprojekte. Wir schlagen einen offensiven Kampf mit diffusen Schlägen vor, der von Affinitätsgruppen in verstreuter Formation durchgeführt wird, wie andere bereits gesagt haben, um ohne kompakte Kolonnen und ohne den Aufbau permanenter, nicht zu verteidigender Lager zu agieren. Stattdessen versuchen wir, diffuse Feindseligkeiten über ein großes Gebiet auszudehnen. [...] Während definitiv ein Krieg geführt wird, besteht unsere Rolle nicht darin, militärisch gegen den Staat vorzugehen, sondern seine logistische Funktionsfähigkeit zu stören: die Entwicklung globaler Rohstoffmärkte zu behindern und Bedingungen zu schaffen, die den Verkehr von Rohstoffen verhindern. Unser Vorschlag entfernt sich vom Symbolischen: der Politik der Anerkennung und jeder Form der Repräsentation. Jede Forderung, die an einen Gesprächspartner gerichtet ist einen Gesprächspartner gerichtet ist, ist eine Niederlage. Konzentrieren wir uns stattdessen darauf, die Logistik des Extraktivismus zu stören. Wir glauben, dass dies die Ausbreitung sozialer Revolten bedeutet: eine unkontrollierbare Ablehnung des Extraktivismus als Lebensweise und die Ausbreitung selbstorganisierter Aktionen gegen dieses Projekt. Und es gibt bereits Anzeichen für einen weiteren Horrorfilm für die Drahtzieher dieser kranken Gesellschaft, einer Gesellschaft, die darauf aus ist, unsere sozialen Beziehungen zu kontrollieren, die Erde zu zerstören und unser Leben einzuschränken, bis nichts mehr von uns übrig ist. Im vergangenen September wurden im Norden von British Columbia vier Fahrzeuge der Firma McElhanney, die in dieser frühen Phase des Pipeline-Baus mit Vermessungs- und Umweltüberwachungsaufgaben beauftragt ist, in Brand gesteckt. Zwei weitere ihrer Lastwagen wurden im August in Brand gesetzt, gefolgt von vier Fahrzeugen eines Unternehmens, das mit McElhanney zusammenarbeitet, der Gitxsan Development Corporation, in der folgenden Woche.

In dieser frühen Phase des Pipeline-Baus haben diese Aktionen ohne Bekenner:innen-Schreiben einige der aktivsten Auftragnehmer getroffen, von denen bisher bekannt ist, dass sie an dem Projekt arbeiten. Und seit der Genehmigung des PRGT im Juni wurden Dutzende von Gleisstromkreisen kurzgeschlossen, getrennt oder auf andere Weise in ganz British Columbia manipuliert, wobei die Forderung lautete, „die Logistik des Rohstoffabbaus zu stören“. Ein weiterer nächtlicher Ausflug im August, diesmal auf der anderen Seite des Landes, zeigte, wie bereits in Betrieb befindliche Pipelines bekämpft werden können: Zwei Regelventile der Enbridge-Leitung 9B in Quebec wurden ins Visier genommen und ihre elektrischen Anlagen zerstört. Mit den Worten der Saboteur:innen: „Die Leitung 9B transportiert Barrel für Barrel das Ende der Welt. Es ist an der Zeit, direkt auf die dafür verantwortlichen Infrastrukturen zu zielen.” Die brisanten Anzeichen, die wir hier aufgezeichnet haben, fordern uns dazu auf, aus dem Paradigma des Reagierens, des Wartens auf eine Blockade oder eine Massenbewegung auszubrechen. Der aufkeimende Kampf gegen die PRGT-Pipeline zeigt, dass Anarchist:innen stattdessen die Initiative ergreifen können. Wir können einen Kampf mit einem Zwischenziel vorschlagen: die Errichtung einer schädlichen Struktur zu verhindern, indem wir direkt dagegen vorgehen. Wenn weit verbreitete Wut gegen die betreffende Struktur besteht, hat die Übernahme der Initiative ein sehr reales und bedeutendes Potenzial – für die soziale Verbreitung aufstän-

discher Methoden, die den Boden für den nächsten Umbruch bereiten. Ob gegen eine Energie-Transportroute, die den zukünftigen Energiebedarf des techno-industriellen Systems decken soll, oder gegen eine aktive Pipeline, die noch ein weiteres Barrel Öl transportiert, um eine giftige Welt zu reproduzieren – Anarchist:innen können andere dazu ermutigen, in kleinen, selbstorganisierten Gruppen gegen diese Strukturen vorzugehen, indem sie dies selbst tun. Und obwohl Aktionen selbst sicherlich die Fähigkeit haben, einen Vorschlag für den Kampf zu vermitteln, insbesondere wenn sie nicht für sich beansprucht werden, sondern allen gehören, ist es ebenso wichtig, dass ein solcher Vorschlag auch mit allen uns zur Verfügung stehenden agitatorischen Mitteln (temporäre oder längerfristige, Graffiti, Flyer, Plakate, Straßenzeitungen usw.). Von diesem Geist beseelt, ist es klar, dass der Weg zur Schließung eines weiteren Projekts, das die Erde und unser Leben zerstört (sei es in Planung, im Bau oder bereits in Betrieb), jetzt beginnt, ohne Vermittlung. Damit, wenn sich die nächste Welle der Revolte von Küste zu Küste ausbreitet, das revolutionäre Bewusstsein und die (informellen) Organisationsstrukturen, die wir im Laufe der Zwischenkämpfe gepflegt haben, uns eine Chance geben, einen Aufstandsprozess auszulösen – den einzigen Weg, um den Staat selbst zu stürzen. „Im Westen Kanadas muss ‚legitimer' Widerstand, der für die ‚guten' liberalen Bürger:innen, Aktivist:innen und viele Linke akzeptabel ist, von den First Nations ausgehen und von ihnen initiiert werden, deren Land direkt betroffen ist. In dieser Region, in der es so aussieht, als würden Blockaden vonGitxsan oder Wet'suwet'en angeführt werden und an denen sich andere beteiligen. Wir müssen diese Logik des legitimen Widerstands in Frage stellen, denn jeder hat die Fähigkeit und die Möglichkeit, zu revoltieren. Ich habe gesehen, wie eine Handvoll Ältester der Gitxsan dies wiederholten und argumentierten, dass jeder von diesem Projekt betroffen sein wird und dass unabhängig von der Zustimmung, die ein bestimmter Häuptling zu dem Projekt gegeben hat, jeder Stellung beziehen kann und sollte. „Ich halte es für wichtig, unsere Ideen zu artikulieren und nicht einfach auf die nächste Blockade zu warten, sondern nach unseren eigenen Vorstellungen zu handeln. Derzeit warten viele in der Region darauf, dass andere den Widerstand initiieren. Nicht-indigene Anarchist:innen müssen von unseren Ideen und Überzeugungen überzeugt sein. Ich denke, wir sollten unsere eigenen autonomen Kämpfe entwickeln, die Bezugspunkte teilen, kommunizieren und sich vielleicht sogar mit anderen Rebellen in der Region, ob indigen oder nicht, koordinieren können."

– Interview mit eine:r Mitstreiter:in im Kampf gegen die PRGT, Azimut #1

Brief von den anarchistischen Tagen gegen die COP30

Organisator:innen in Brasilien reflektieren über die Farce des UN-Klimagipfels

Schon vor Beginn konnten wir als Anarchist:innen und Libertäre nicht viel von einem Treffen erwarten, das es über Jahre hinweg nicht geschafft hat, die kapitalistische Gier auch nur im Geringsten einzudämmen. Als einzige konkrete„Lösung" für die Klimaderegulierung hat es lediglich die Kommerzialisierung eines vermeintlichen Rechts auf Umweltverschmutzung hervorgebracht: den sogenannten Emissionshandel.Deshalb hatten wir unser Kulturzentrum sorgfältig vorbereitet, um die unterschiedlichsten Formen des Protests aus dem brasilianischen Amazonasgebiet (angefangen bei Belém und seiner Metropolregion), aus Südamerika und aus dem Rest der Welt willkommen zu heißen. Jeden Tag, während dieses Zirkus des Kommens und Gehens der von Öl-Lobbyist:innen korrumpierten offiziellen Delegationen, boten wir kulturelle Aktivitäten, Debatten und Diskussionsgruppen, Solidaritätsessen, Vorbereitungen für Protestmärsche der Bevölkerung usw. an.

Trotz dieser Vorbereitungen und Planungen hatten wir das Glück, unerwartete Momente zu erleben, unbekannte Menschen kennenzulernen und mit anderen in Kontakt zu treten, die wir zuvor nur über das Internet kannten: Wir konnten an der Besetzung der Blue Zone der COP durch indigene Völker teilnehmen, Besucher:innen aus nah und fern empfangen und mit ihnen ins Gespräch kommen, darunter Macko Dràgàn (Frankreich), Mário Rui Pinto (Portugal) und Peter Gelderloos (USA) ... und das ist noch nicht alles: Es waren wunderschöne Momente, in denen wir viel über Widerstandspraktiken gelernt haben, Perspektiven zu Krisen ausgetauscht haben, die von den Machthabern verursacht wurden, und Lösungen geteilt haben, wie wir diese Herausforderungen aus unserer peripheren Position heraus bewältigen können.

Zum Abschluss dieser anarchistischen Anti-COP30-Reisen möchten wir euch unsere Einschätzung dieser Farce namens COP mit auf den Weg geben, der dreißigsten verpassten Gelegenheit, unsere Mutter Erde (wie Emma Goldman sie nannte) und die Menschen, die auf ihr überleben, vor vermeidbaren Übeln und Qualen zu bewahren.

Wir wussten es bereits: Der Mut, uns von diesem Weg der Zerstörung zu befreien, kann nur von uns selbst kommen, und wenn es uns durch unseren Kampf gelingt, diese verzweifelte Situation umzukehren, werden wir es den Eliten überlassen mit der Scham zurecht zu kommen, in der Lage gewesen zu sein etwas zu tun, es aber nicht versucht haben, und sich damit den Spott der Menschheit und aller Lebewesen auf dem Planeten verdient zu haben können, die endlich von kapitalistischer Ausbeutung, Ungleichheit und Unterdrückung befreit sind.

Von Anfang an betrachteten wir die COP als Farce, was die Lösung oder Milderung der Umweltkrise angeht, in die uns

der Kapitalismus gebracht hat. Wie erwartet, hat uns diese Ausgabe der COP dies in mehrfacher Hinsicht gezeigt. Es gab eine Rekordzahl an akkreditierten Lobbyist:innen aus der fossilen Brennstoffindustrie – fast zweitausend Vertreter, deren Hauptziel es war, über Mittel für die „Energiewende" mit mehr Ölförderung und -produktion zu debattieren. Unterdessen wurde mehr als 40 akkreditierten Vertreter:innen indigener Völker der Zutritt zur Blue Zone verwehrt,

weil sie keine Pässe hatten – ja, der Zutritt zum strengsten Sicherheitsbereich der COP war gleichbedeutend mit der Einreise in ein anderes Land. Während der gesamten Veranstaltung kündigte die Regierung Lula die Einführung des TFFF (Tropical Forests Forever Fund) an, eines weiteren Mechanismus des Finanzkapitalismus zur Erzielung von Renditen, der weit davon entfernt ist, Umweltprobleme zu lösen. Dies entspricht der Logik, dieselben Mechanismen fortzuführen, die diese Umweltkrise verursacht haben. Für uns ist es mehr vom Gleichen, ohne wesentliche Veränderungen der sozialen Bedingungen derjenigen, die am meisten unter den extremen Ereignissen des Klimawandels leiden.

Unterdessen leben die Waldvölker weiterhin ohne Selbstbestimmung über ihre eigenen Territorien. Es überrascht nicht, dass die beiden Demonstrationen, die den Sicherheitsring der farbigen Bereiche der COP durchbrachen, von indigenen Völkern aus dem mittleren und unteren Tapajós angeführt wurden. Es war eine Demonstration der Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Debatten, in denen wichtige Themen für diese Völker nicht angesprochen wurden, wie beispielsweise das Recht, sich gegen Unternehmen des Emissionshandels, Bergbau und Prospektion in ihren Gebieten sowie gegen die Privatisierung der Amazonasflüsse zum Bau von Wasserstraßen zu wehren, von denen nur die Großgrundbesitzer der Agrarindustrie mit Monokulturen und Bergbau profitieren würden.

Die COP reproduziert die kapitalistische Wirtschaftslogik, alles, was existiert, einschließlich der Luft, die wir atmen, als Verhandlungsmasse zu betrachten. Mit dieser Sichtweise konnten Lösungen nur innerhalb der Logik der Ware konzipiert werden. Ironischerweise brach am 20. November, dem Tag von Dandara und Zumbi, in einem der Zelte der Blue Zone ein Feuer aus, das ein extremes Ereignis des Klimawandels symbolisierte und die COP niederbrannte.

Auf der anderen Seite zeigten die Aktivitäten der Anti-COP-Anarchist Days, dass andere Welten möglich sind, durch die Zerstörung des Kapitalismus, des Staates, des Patriarchats, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. Es gab zwei Wochen voller Aktivitäten, von Straßenaktionen wie dem Periphery March am Black Consciousness Day bis hin zu Debatten mit Genoss:innen aus verschiedenen Teilen Brasiliens und mehreren Ländern, die ihre Analysen, Erfahrungen und Kämpfe an verschiedenen Fronten des Widerstands gegen dieses System der Herrschaft/Kontrolle/Ausbeutung einbrachten, die, in einer umfassenderen Bewertung, unter Berücksichtigung der kulturellen und territorialen Dimensionen, letztlich dieselben Kämpfe und Widerstände sind, die wir hier im Amazonasgebiet führen.

Diese Kämpfe werden durch den Imperialismus der Mächte des Globalen Nordens zusammen mit ihrem Kolonialismus und Rassismus, durch die Umweltzerstörung infolge des Bergbaus in den Ländern des Globalen Südens, durch die Situation politischer und klimatischer Flüchtlinge, durch die Invasion der Gebiete indigener und traditioneller Völker, durch Immobilienspekulationen in großen Ballungszentren, durch Menschenhandel, insbesondere mit Frauen, durch Speziesismus, der die Logik des Tiermissbrauchs für den menschlichen Verzehr aufrechterhält, durch Armut/soziale Ungleichheit/Reichtumskonzentration; daher wurden einige der Probleme in mehreren Sprachen und mit unterschiedlichen Akzenten diskutiert. Es sei daran erinnert, dass die Konfrontation mit diesem System der Herrschaft Organisation, Aktivismus, Überzeugung und Widerstand erfordert, aber auch Musik, Tanz und die Schaffung von Glück. Mit den Worten von Emma Goldman: Wenn diese Revolution mir nicht erlaubt zu tanzen, dann ist es nicht meine Revolution. Deshalb haben wir ein libertäres Kunstfestival veranstaltet, eine weitere Möglichkeit, Erfahrungen des Kampfes und des Widerstands durch Kultur zu beleben. Wir hatten Auftritte verschiedener Musik- und Künstler:innengruppen, bei denen wir jedoch unter der für diesen Bereich des Staates typischen Polizeirepression zu leiden hatten, der erfolglosen Elite unterworfen, die es nicht ertragen kann, die Unterprivilegierten in ihren kulturellen Ausdrucksformen zu sehen. Wir verstehen, dass diese Krise nicht gelöst wird durch den Neo-Extraktivismus von Öl und Bergbau, die neo-entwicklungspolitische Technologie, die die Verschwendung von Millionen Kubikmetern Trinkwasser zur Kühlung der Rechenzentren der Big-Tech-Unternehmen erfordert, das Monopol von Unternehmen für erneuerbare Energien wie Wind und Sonne (wobei letztere sogar den mineralogischen Wettlauf um Seltene Erden erfordern und fördern), Agrarindustrie, die Entziehung des Rechts der Menschen, in Frieden in ihren Territorien zu leben, die Privatisierung von Wasser und Luft, die Aufrechterhaltung der Privilegien der reichen und kolonialen Eliten, die durch die schrecklichen Wohnbedingungen, Analphabetismus, Hunger, Völkermord, sexuelle Ausbeutung und Armut der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der schwarzen oder rassifizierten Menschen. Wir unterstützen keine Initiativen zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels, die das eigentliche Problem nicht in den Mittelpunkt der Debatte stellen, nämlich den Kapita-

lismus und seine Gegenstücke, und kämpfen gegen solche Initiativen.

Wir sehen in den Praktiken indigener und traditioneller Völker diejenigen, die die biologische Vielfalt und die Wälder der Welt wirklich schützen, die Tonnen von Kohlendioxid aus der Atmosphäre entfernen, zur Regulierung des Klimas beitragen und die rentenorientierte Logik der Emissionszertifikate durcheinanderbringen. In Verbindung mit den Kämpfen und dem Widerstand der armen Bevölkerung auf dem Land und in den Städten, die über den gesamten Globus verstreut sind, erfinden sich diese Menschen trotz großer Demütigungen und Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Brot, Tortillas, Chapati oder Beiju durch gegenseitige Unterstützung und Solidarität neu, wenn sie sehen, dass ihr Leben durch extreme Wetterereignisse beeinträchtigt wird, die durch die Gier und den Profit der Reichen verursacht werden. Die COP hat keine Lösung für unsere Probleme; im Gegenteil, sie ist eine Organisation, die zur Bewältigung der Umweltkrise geschaffen wurde und von denselben Sektoren gegründet wurde, die auch den Hunger und die Armut in der Welt verwalten. Daher passen unsere dringenden Bedürfnisse nicht in die COP: Lösungen für die Klima-Umwelt-Sozial_Krise existieren bereits, jetzt wissen wir und ihr welche sie sind und was zu tun ist.

Aus den feuchten Tropen der Amazonas-Tiefebene, auf der Halbinsel Belém im November 2025.~ CCLA Belém ~ Centro de Cultura Libertária da Amazônia

Heißer als Atomkraft – für einen schwarzen Frühling 2026!

Aufruf zu einer militanten Offensive gegen CIGEO, die Atomkraft und ihre beschissene Welt!

Es scheint, als habe die Anti-Atomkraft-Bewegung in Frankreich und weltweit ihren Höhepunkt längst überschritten. Und doch rückt das Thema Atomenergie heute wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Wenn wir auf die aktuellen militärischen Konflikte zwischen verschiedenen Atommächten schauen, die fast bereit sind, den Knopf zu drücken, der das globale Kräfteverhältnis neu ordnen würde; wenn wir uns die Entwicklung des nationalen „zivilen" Atomprogramms (Wiederbelebung der Atomkraft) vergegenwärtigen oder die schrittweise Umsetzung eines völlig unverantwortlichen Konzepts zur Entsorgung radioaktiver Abfälle, dann macht das unseren Blick in die Zukunft noch zusätzlich düsterer.

Wir wollen hier nicht alle Argumente wiederholen, die gegen den Einsatz dieser Technologie zur Beherrschung der Bevölkerung und – aus militärischer Sicht – zur totalen Zerstörung sprechen. Diese wurden in der Vergangenheit bereits ausreichend dargelegt und dokumentiert. Dieser Text konzentriert sich vielmehr auf den aktuellen Stand der Anti-Atomkraft-Bewegung in Frankreich sowie auf die sich daraus ergebenden Handlungsmöglichkeiten aus anarchistischer Sicht.

Wie stehts derzeit?

2025 war ein ereignisreiches und arbeitsreiches Jahr für den Kampf gegen die Atomenergie in Bure und darüber hinaus. Auf der einen Seite standen massive Enteignungen durch die ANDRA, die sich landwirtschaftliche Flächen sowie den ehemaligen Bahnhof von Luméville (einer der Orte des Widerstands und der Organisation gegen Cigéo) aneignete, und die Fortschritte bei den Vorarbeiten innerhalb und außerhalb des Labors, andererseits die Besetzung des Bahnhofs, das Camp „September infini" und die entschlossene Demonstration im selben Monat. Auch anderswo, in La Hague, kam es zu sichtbaren Protesten gegen die Erweiterung der Abklinganlage für abgebrannte Brennelemente unter dem Motto: Weder in La Hague noch in Bure noch anderswo wollen wir radioaktive Mülldeponien! Auch wenn der Widerstand gegen das zivile und militärische Atomprogramm Frankreichs gemessen am Ausmaß des Problems für heutige und zukünftige Generationen relativ gering bleibt, stellen wir eine gewisse positive Dynamik innerhalb der gesamten Anti-Atomkraft-Bewegung fest. Und diese ist absolut notwendig, denn in Zukunft wird die Bewegung und mit ihr die gesamte Menschheit vor großen Herausforderungen stehen.

Derzeit ist der Bahnhof noch immer besetzt, aber es ist unklar, wie lange dies noch andauern wird. Die Besetzer*innen rufen weiterhin dazu auf, sich ihnen anzuschließen und sie zu unterstützen, insbesondere durch Solidaritätsaktionen; sie haben auch einen Aufruf für den Fall eines Räumungsversuchs gestartet. Wir unterstützen diese Aufrufe und halten es für sinnvoll, im Voraus einen Aktionsplan für den Fall eines Angriffs auf den Bahnhof auszuarbeiten. Wenn die Besetzung erfolgreich fortgesetzt wird – was wir den Besetzern natürlich wünschen –, kann es jedoch problematisch und einschränkend sein, sich nur auf die lokale Situation zu konzentrieren. Angesichts des Fortschritts der Arbeiten an CIGEO halten wir es für schädlich, eine abwartende Haltung einzunehmen, anstatt in die Offensive zu gehen. Wir wollen aber auch nicht diese Ansätze gegeneinander ausspielen, um zu bestimmen, welcher der „beste" ist, denn die juristische Offensive hat sich in ihrer eigenen Strategie wiederholt als wirksam erwiesen. Wir sind der Meinung, dass sich die Praktiken des Widerstands gegenseitig ergänzen und verstärken müssen, und in diesem Sinne ist unser aktueller Vorschlag zu verstehen.

Der konkrete Vorschlag:

Unabhängig davon, wie sich die Situation am Bahnhof entwickelt, rufen wir dazu auf, die Frühlingsmonate zu nutzen, um eine massive Aktionswelle gegen die laufenden Projekte, die Geldgeber und die Komplizen der Atomindustrie zu starten, und zwar gezielt, dezentral, subversiv und autonom. Wir möchten auch die im radikalen Umweltkampf aktiven Gruppen dazu auffordern, die Aspekte der Atompolitik in ihren Diskursen stärker in den Vordergrund zu rücken und sich so in einer kämpferischen und solidarischen Perspektive mit dem Widerstand in Bure und der Anti-Atomkraft-Bewegung im Allgemeinen zu verorten. Wir rufen außerdem dazu auf, diese Aktionen und Forderungen ausdrücklich im Kontext dieses Aufrufs „Für einen schwarzen Frühling 2026" zu verorten, um auf infor-

meller und autonomer Basis eine kollektive Dynamik zu schaffen, eine gemeinsame Haltung voranzutreiben und uns so gegenseitig zu stärken.

Es liegt auf der Hand, dass eine Kampagne, die sich speziell gegen ein Unternehmen richtet, das neben der ANDRA am Bau von CIGEO beteiligt ist, eine größere öffentliche Aufmerksamkeit erregen und diesem Unternehmen größeren wirtschaftlichen Schaden oder Druck zufügen könnte. Wir haben uns dennoch entschlossen, zu einem „schwarzen Frühling" gegen den gesamten Nuklearkomplex aufzurufen. Damit wollen wir einerseits die Beteiligung autonomer Strukturen außerhalb von Bure ermöglichen und andererseits einer Tendenz entgegenwirken, die wir als eher reduktionistisch betrachten: die Beschränkung der Kritik an der Kernenergie auf lokale Fragen oder die Entsorgung der dabei anfallenden Abfälle.

Wir sind nämlich überzeugt, dass die Anti-Atomkraft-Bewegung nur dann einen Sieg erringen kann, wenn es ihr gelingt, die engen Verbindungen zwischen der Atompolitik und den drängenden Fragen unserer Zeit stärker als bisher aufzuzeigen und daraus Konsequenzen in Bezug auf eine Annäherung zu ziehen. Dies gilt nicht nur für globale soziale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Ausbeutung von Bodenschätzen, die neue kolonialistische Ambitionen schüren, sondern auch für militärische Herausforderungen, die zu verheerenden Konflikten führen und auch in den kommenden Jahren zu befürchten sind. Denn die militärische Nutzung, der ungebremste Hunger nach Energie und Ressourcen für die Entwicklung von KI, Big Data & Co. sowie der Mythos eines angeblich sauberen Übergangs in diesem Sektor sind die Haupttreiber für die aktuelle Entwicklung des weltweiten Atomprogramms.

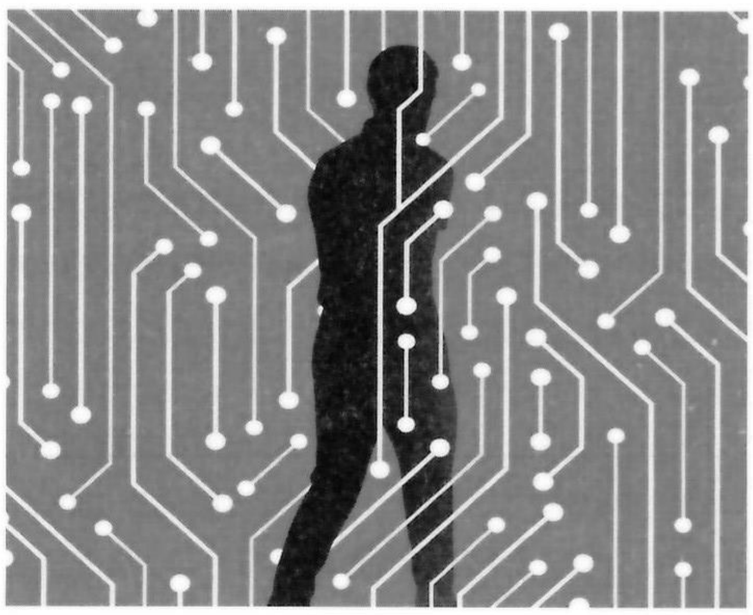
Die Räder ein bisschen mehr zum Stillstand bringen

Mit diesem Aufruf beziehen wir uns bewusst auf die sehr erfolgreiche Kampagne „Begrüße den Frühling – verbrenne einen Tesla", die im ersten Halbjahr 2025 nicht nur gegen Elektromobilität und die empörende Datenerfassung durch Unternehmen mobilisierte, sondern auch die Verbindungen zwischen der Technologieoligarchie und dem aufkommenden Faschismus hervorhob.

Mit diesem Aufruf „für einen schwarzen Frühling 2026" rufen wir dazu auf dafür zu sorgen, dass nicht radioaktive Abfälle, sondern das CIGEO-Projekt im Untergrund der Maas endgültig begraben wird; wir ermuntern dazu, gleichzeitig zu versuchen, die Räder der techno-industriellen Atommaschine und ihrer Betreiber noch ein wenig mehr zum Stillstand zu bringen. Wir glauben jedoch, dass es höchste Zeit ist, ehrlich zu sein. Im Zweifelsfall bedeutet das womöglich auch, eigene Schwäche einzugestehen.

Direkte Aktion und Sabotage können ein Mittel sein, diese Schwäche zu überwinden und gemeinsam voranzukommen. Dies gilt jedoch nur, wenn wir die militante Option als das verstehen, was sie ist: ein strategisches Instrument und kein Bekenntnis zu einer radikalen politischen Identität. Dazu muss die Tragfähigkeit solcher Aktionsstrategien in der Praxis überprüft werden. Lasst uns gemeinsam danach suchen – wir erwarten voller Ungeduld eure Beiträge!

Sie können alle Blumen ausreißen, aber sie können den Frühling nicht verhindern! (sagt ein kurdisches Sprichwort)



Achtung Videoüberwachung!

Jetzt tritt ein, was Viele von uns schon lange befürchtet haben: Die Videodaten aus Bussen und Bahnen werden in Echtzeit ausgewertet!

In Bremen werden zur Zeit die Videoaufnahmen aus 14 Straßenbahnen testweise in Echtzeit von einer KI ausgewertet. Dabei sollen "Verhaltensauffälligkeiten" erkannt und gemeldet werden. Ab April 2026 werden die Daten von allen Kameras aus allen Bussen und Straßenbahnen in Bremen direkt verarbeitet und ausgewertet.

Das bedeutet nicht nur, das das Überkritzeln von Nazi-Parolen in Bahnen zum Problem werden kann, sondern dass Bullen legal direkten Zugriff auf Bilder in "Echtzeit" bekommen können. Sie können so sehr schnell reagieren, was fast nie in unserem Interesse ist.

Aber es ist ab jetzt technisch auch problemlos möglich, KI in Observationen einzubinden. Wer entsprechend markiert wurde, kann jetzt in allen Bahnen und Bussen sofort idenifiziert und beobachtet werden. Das ist zwar noch nicht offiziell so, weil es erstmal "nur" um diese ominösen "Verhalensauffälligkeiten" geht. Aber wir sollten uns nichts vormachen: diese dienen als Platzhalter für weietere Überwachungsmaßnahmen.

Die Bullen in HB betreiben 40 Kameras im öffentlichen Raum und haben bereits Interesse an der in den Öffis angewandten Technik angemeldet. Das Polizeigesetz wird gerade entsprechend geändert. Und wer ist in Bremen an der Regierung? Die AfD? Nee. SPD, Grüne und Die Linke.

Im rot-grün-regierten Niedersachsen wird Gleiches für alle (!) Bahnhöfe und Bahnsteige vorbereitet. Es ist eine Frage der Zeit, wann eine solche Überwachung flächendeckend eingeführt wird. Käptn Future ist jetzt.

We don't like that.

Leudä

Es ist sicherer an der Frontline - in die Offensive gegen Tyrannei

Angesichts zunehmender Repressionen und staatlicher Gewalt ist es verständlich, dass man sich eher für Sicherheit entscheidet, indem man Konfrontationen vermeidet. Dies ist jedoch nicht immer die effektivste Strategie.

„Auch wenn es kontraintuitiv erscheint, ist es in einer verwirrenden Situation oft am besten, wenn nicht sogar am sichersten, sich an vorderster Front aufzuhalten, damit man einen klaren Überblick über das Geschehen um sich herum bekommt."

– „What I Do for a Living", ein Bericht über die Demonstrationen gegen den EU-Gipfel 2003 in Thessaloniki, veröffentlicht in Rolling Thunder #1.

Der Großvater meines Freundes wuchs in den 1920er Jahren in Deutschland auf. Als Jude engagierte er sich in radikalen Organisationen und geriet manchmal in handgreifliche Auseinandersetzungen mit Nazis. In seinen Memoiren, die er Jahrzehnte später für seine Familie aufzeichnete, beschreibt er die Situation, als die Nazis die Macht übernahmen:

„Im Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Ich dachte, wir würden nun eine Revolution beginnen, aber tatsächlich passierte nichts. Die Kommunisten liefen – oft massenhaft – zu den Nazis über, und die Sozialdemokraten hielten etwas länger durch, lösten aber letztendlich ihre Organisationen auf."

Im Mai 1933, als er zwanzig Jahre alt war, erfuhr er, dass er wegen einer Nasenfraktur, die er einem Nazi bei einer Straßenschlägerei zugefügt hatte, strafrechtlich verfolgt werden sollte. Anstatt sich einem von den Nazis kontrollierten Justizsystem zu stellen, besorgte er sich sofort einen Reisepass und stieg noch am selben Abend um 20 Uhr in einen Zug nach Holland.

Einige Jahre später starb der Rest seiner Familie im Konzentrationslager Auschwitz.

Diese Geschichte veranschaulicht auf prägnante Weise ein überraschend häufiges Phänomen. Hätte der Großvater meines Freundes sich nicht von Anfang an offen mit den Nazis angelegt, hätte er sich zurückgehalten und Ärger vermieden, wäre er wahrscheinlich in Berlin geblieben und hätte das gleiche Schicksal wie seine Verwandten erlitten. Indem er in die Offensive ging, brachte er sich in Gefahr – aber paradoxerweise war das auf lange Sicht besser, als auf Nummer sicher zu gehen.

Ebenso gehörten die Teilnehmer der Guerilla-Untergrundbewegung des jüdischen Widerstands zu den wenigen, die die Vernichtung des jüdischen Ghettos in Warschau durch die Nazis überlebten. Indem sie sich organisierten, um der Bedrohung durch die Nazis direkt entgegenzutreten, entwickelten sie ein starkes Bewusstsein für ihre Handlungsfähigkeit, was ihnen zugute kam, als der einzige Ausweg darin bestand, eine gewagte Flucht aus dem belagerten und brennenden Ghetto durch die Kanalisation zu organisieren.

Für Mitglieder von verfolgten Gruppen ist der erste Impuls oft, sich zurückzuziehen und unterzutauchen. Wenn es jedoch um die individuelle und kollektive Selbsterhaltung geht, kann es klüger sein, von Anfang an entschlossen zu handeln, solange es noch möglich ist, den Lauf der Dinge zu beeinflussen. Selbst wenn dies schlecht ausgeht, kann es besser sein, den Konflikt sofort auf die Spitze zu treiben, bevor der Gegner an Macht gewinnt. Diese Strategie hat zumindest den Vorteil, dass man sich nicht in falscher Sicherheit wiegt, während die Bedrohung zunimmt.

Das funktioniert nicht immer, aber manchmal ist es an vorderster Front sicherer.

„Es gibt keinen Grund, zusammengerollt und gekrümmt zu schlafen. Das ist unbequem, ungesund und schützt dich nicht vor Gefahren. Wenn du Angst vor einem Angriff hast, solltest du wach bleiben oder mit ausgestreckten Gliedmaßen schlafen, damit du sofort handeln kannst." Kunstwerk von Jenny Holzer.

Es war Mittag am 20. April 2001. Meine Genossen und ich hatten uns zusammen mit Hunderten anderer Anarchisten und Antikapitalisten an der Laval-Universität in Québec City versammelt, um zu einem transkontinentalen Gipfeltreffen zu marschieren, bei dem eine „Freihandelszone der Amerikas" gegründet werden sollte. Im Stadtzentrum, hinter kilometerlangen Schutzzäunen und Tausenden von Bereitschaftspolizisten, schmiedeten George W. Bush und seine Amtskollegen Pläne, um Arbeitsgesetze und Umweltschutzbestimmungen außer Kraft zu setzen, um ihre Gönner auf unsere Kosten zu bereichern.

Die Sonne schien. Immer mehr Menschen trafen am Ausgangspunkt ein. Eine Gruppe rollte sogar eine Katapulte heran. Von der Polizei war nichts zu sehen.

Trotzdem war ich nervös. Die meisten meiner Erfahrungen mit Gewalt waren subkultureller Natur – Kämpfe mit Skinheads, Hardcore-Konzerte. Ich hatte es noch nie mit einer Armee von Polizisten zu tun gehabt. Bei einem Treffen am Vorabend hatte uns ein lokaler Organisator gesagt, dass es unmöglich sein würde, den Zaun um den Gipfel zu erreichen – es gab einfach zu viele Polizisten mit zu viel Schutzausrüstung und Waffen.

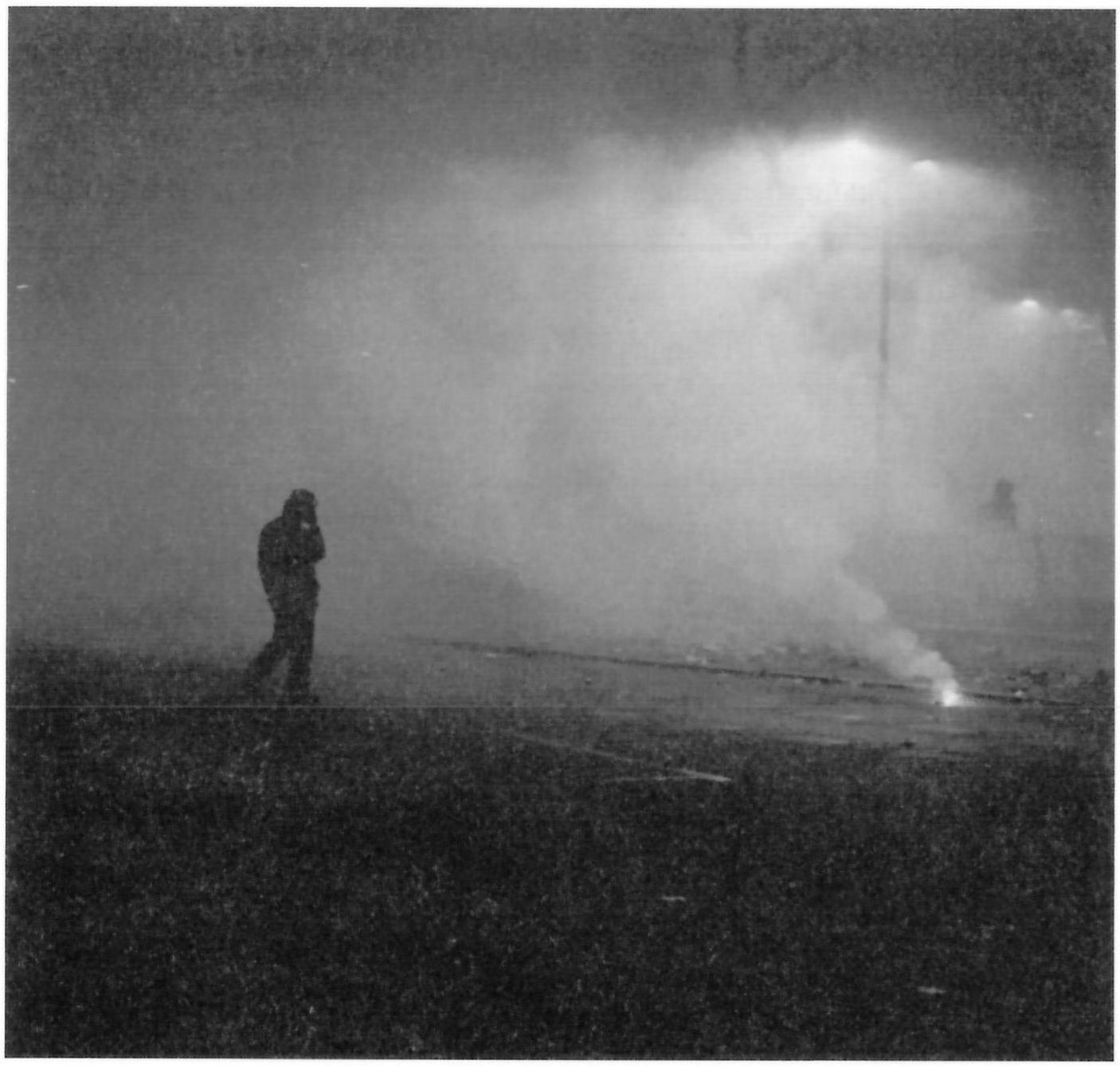
Als die Menge begann, sich aus der Universität auf die Straße zu begeben, beriet ich mich mit einem erfahreneren Genossen. „Sollen wir zurückbleiben und abwarten, was passiert?", fragte ich.

„Wenn wir sehen wollen, was passiert, müssen wir ganz vorne stehen", antwortete er sachlich.

Wir marschierten direkt auf den Zaun zu, der den Gipfel umgab, und rissen ihn nieder. Die Polizei konnte uns nicht aufhalten. Die „Freihandelszone der Amerikas" wurde nie ratifiziert.

Der Rat meines Freundes kam mir vier Jahre später zugute, an dem Tag, als George W. Bush seine zweite Amtszeit antrat. An diesem Abend, nach der Demonstration gegen die Amtseinführungsfeierlichkeiten am Tag,

strömte eine zweite Demonstration durch das Viertel Adams Morgan, zerstörte Banken und Firmengebäude und griff eine Polizeistation an. Einige Teilnehmer hängten ein riesiges Transparent mit der Aufschrift „Von DC bis zum Irak – Besatzung führt zu Widerstand" an einer Gebäudefassade auf. Wir versuchten, die Bush-Regierung dazu zu zwingen, die Besetzung des Irak zu beenden, die unzählige zivile Opfer forderte und später zum katastrophalen Aufstieg des Islamischen Staates beitrug.



Als sich der Marsch auflöste, befanden sich ein Genosse und ich unter einer Gruppe von Menschen, die durch eine Gasse gingen. Vor uns tauchten Polizeibeamte am Ausgang auf.

Wir hätten umkehren und in die andere Richtung laufen können. Aber dann wären wir am Ende der Menschenmenge gewesen und hätten nicht sehen können, wohin wir liefen. „Lauf, lauf vorwärts", sagte ich zu meinem Begleiter. Wir rannten bereits.

Wir rannten an den Polizisten vorbei, gerade als sie ihre Absperrung am Eingang der Gasse schlossen. „Lasst keine weiteren raus", hörte ich einen zu einem anderen brüllen.

Wir waren die letzten, die entkommen konnten. Die Polizei hatte die Gasse auch von der anderen Seite abgesperrt. Sie zwangen die Menschen hinter uns, stundenlang im Schnee zu knien. Jahre später erhielten die Eingekesselten eine Entschädigung von der Stadt, aber es war besser, weggekommen zu sein.

Am 25. August 2008 versammelten sich in Denver während der Demonstrationen gegen den Parteitag der Demokraten einige hundert Menschen zu einer Demonstration, die angekündigt, aber nie organisiert worden war. Wir protestierten trotzdem gegen die anhaltende Besetzung des Irak und gegen den Kapitalismus im Allgemeinen.

Gepanzerte Polizeikräfte waren in Gruppen von jeweils einem Dutzend rund um den Park und die umliegenden Straßen positioniert und waren den jungen Leuten, die mit schwarzen Sweatshirts auf dem Schoß herumsaßen, zahlenmäßig überlegen. Ein Fahrzeug sollte Banner liefern, aber es kam das Gerücht auf, dass die Polizei den Fahrer festgenommen hatte. Doch gerade als es sicher schien, dass nichts passieren würde, zogen einige junge Leute ihre Kapuzen hoch und begannen zu skandieren.

Wer sind diese Leute? Ich erinnere mich, dass ich mich das gefragt habe. Was denken sie sich dabei, sich zu vermummen, wenn Hunderte von Bereitschaftspolizisten, sie umzingeln und Zivilpolizisten an ihren Ellenbogen hängen? Was hoffen sie damit zu erreichen?

Dennoch schlossen sich die anderen Menschen, die sich für die Demonstration versammelt hatten, ihnen an, und sie begannen, aus dem Park zu marschieren. Sie schafften es jedoch nur bis zur Straße, wo die nächste Polizeieinheit eine Linie bildete, ihnen den Weg versperrte und sie mit Pfefferspray besprühte. Es hatte noch keine Proteste gegeben, ich hatte keinen Auflösungsbefehl gehört, und schon setzte die Polizei chemische Waffen ein.

Ein Genosse und ich beobachteten das alles mit Bestürzung. Wir waren noch etwa zweihundert Leute, aber die Polizei rückte von allen Seiten näher und die Menge war desorientiert und unkoordiniert. Da war eine Katastrophe vorprogrammiert.

Wir befanden uns am Ende der Menge. Aber das Ende kann auch zum Anfang werden – es ist nur eine Frage der Initiative. Mein Genosse begann, einen Countdown zu rufen. Andere schlossen sich instinktiv an. Das gemeinsame Zählen konzentrierte unsere Aufmerksamkeit, unsere Erwartungen, unser Selbstverständnis als kollektive Kraft, die zu konzertierten Aktionen fähig ist. Und dann sprinteten dreißig von uns über den Rasen, weg von der Polizeikette.

Als die anderen das sahen, schlossen sie sich uns an. Innerhalb weniger Sekunden rannten Hunderte von Menschen durch den Park zu der Kreuzung am anderen Ende der Wiese, wo sich noch keine Polizei versammelt hatte.

Nun lag eine elektrisierende Energie in der Luft, ganz im Gegensatz zu der Unruhe und Unsicherheit, die noch einen Moment zuvor geherrscht hatte. Wir passierten die Kreuzung, an der einige unternehmungslustige junge Leute ein Schild der Stadtverwaltung mit der Aufschrift „Straße gesperrt" aufgestellt hatten – und plötzlich näherten wir uns dem Geschäftsviertel.

Das gleiche Prinzip kam uns später am Abend zugute, als wir eine Reihe von Bereitschaftspolizisten sahen, die sich einen Block vor uns über eine Kreuzung verteilten. Ohne zu zögern, rannten mein Kamerad und ich auf sie zu. Wir erreichten die Polizeikette und schlängelten uns zwischen ihnen hindurch, bevor sie uns den Weg versperren konnten. Sie hatten den Befehl, eine Barriere zu bilden, nicht uns zu verfolgen. Wir waren in Sicherheit.

Am Morgen des 20. Januar 2017 schlossen sich ein weiterer Genosse und ich der Demonstration in der Innenstadt von Washington, DC, gegen die Amtseinführung von Donald Trump an. In den Jahrzehnten seit Bushs zweiter Amtseinführung hatte sich die Polizei im ganzen Land militarisiert und immer größere Budgets erhalten, obwohl Politiker behaupteten, dass für nichts anderes Geld zur Verfügung stünde. Diesmal waren die Straßen mit 28.000 Polizeibeamten überfüllt.

Sobald der Marsch losging, kam es zu offenen Konflikten mit der Polizei. Das Heulen der Polizeisirenen, die ohrenbetäubenden Explosionen von Blendgranaten aus nächster Nähe, der beißende Geruch von Pfefferspray, das Dröhnen der Polizeimotorräder, das Kribbeln des Adrenalins – es war eine furchterregende Situation, aber die Demonstranten um uns herum gaben teilten genauso gut aus wie sie einsteckten. Die Idee war, am ersten Tag der Trump-Regierung ein Beispiel für Widerstand zu setzen und allen zu vermitteln, dass niemand die Verschärfung der Tyrannei passiv hinnehmen sollte.

Je länger wir auf den Straßen unterwegs waren, desto gefährlicher wurde es. Als wir erneut am Franklin Square vorbeikamen und unsere Spur zurückverfolgten, war klar, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis wir umzingelt würden.

In der Innenstadt von Washington D.C. gleichen die Straßen zwischen den Kreuzungen langen Schluchten zwischen den Felswänden der Gebäude. Ich wusste, dass die Polizei uns einkesseln und festhalten wollte. Jedes Mal, wenn wir eine Kreuzung passierten, warf ich einen Blick auf die Kreuzungen einen Block entfernt auf beiden Seiten, um zu sehen, ob die Polizei uns auf den parallelen Straßen verfolgte und sich darauf vorbereitete, unsere Fluchtwege abzuschneiden. Jedes Mal, wenn wir eine Kreuzung verließen und in einen anderen Straßenabschnitt kamen, überprüfte ich die Kreuzungen vor und hinter uns auf Polizisten. Immer wenn wir uns zwischen Kreuzungen bewegten, waren wir verwundbar.

Als wir uns der 13th Street näherten, überholten uns Polizisten auf Motorrädern auf dem Gehweg zu unserer Linken und versuchten, uns einzuholen und die Kreuzung vor uns zu besetzen. Wir waren noch Hunderte von Metern davon entfernt. Ich drängte meinen Begleiter, mit mir vorauszulaufen, und wir sprinteten an der Spitze der Demonstration vorbei, vorbei an den Fahrradpolizisten und Motorradpolizisten, die begannen, ihre Fahrzeuge in die Menschen unmittelbar hinter uns zu rammen. Als die Polizisten sahen, dass einige von uns bereits hinter ihnen waren, gaben sie den Versuch auf, eine Linie zu bilden, und konzentrierten sich wieder darauf, uns zu überholen. Die Polizei hasst es, überholt zu werden – sie kann es nicht riskieren, selbst umzingelt zu werden.

Der Zusammenstoß an der Kreuzung zeigte, dass der Marsch die Kontrolle über das umliegende Gebiet verloren hatte. Es war Zeit, uns zurückzuziehen. Kurz vor der nächsten Kreuzung rannten wir eine Gasse zu unserer Rechten hinunter. Hundert andere taten dasselbe. Diejenigen, die weitergingen, wurden an der nächsten Kreuzung von einer Polizeikette aufgehalten und drehten sich um, nur um festzustellen, dass eine viel stärkere Polizeikette sie von hinten blockierte.

Zwei lange Minuten lang hielt die Menge verwirrt und bestürzt inne. Einige Leute am Ende des Marsches hatten bereits ihre Ausrüstung abgelegt und hofften, als Zivilisten durchzukommen, um aus dem Gebiet zu entkommen, ohne zu merken, dass sie bereits von allen Seiten eingekesselt waren.

Die Teilnehmer an der Spitze des Marsches behielten ihre Ausrüstung an und verbanden ihre Arme miteinander. Jemand rief: „Wir machen einen Countdown!" Sie zählten schnell von zehn bis eins herunter und stürmten direkt auf die Polizeikette vor ihnen zu. Die Person ganz vorne hielt einen dünnen Regenschirm hoch, während alle blindlings vorwärts rannten. Irgendwie schützte der Regenschirm sie vor dem Pfefferspray, mit dem die Polizei reagierte.

Fünfzig von ihnen durchbrachen die Polizeikette und entkamen. Diejenigen, die zögerten und abwarteten, ob der Angriff erfolgreich sein würde, bevor sie sich anschlossen, blieben in der Kesselung gefangen.

Jemand postete später einen ironischen Kommentar in den sozialen Medien, dass der Cheat-Code für den J20-Protest-Simulator darin bestehe, immer mit einem Hammer auf die Polizisten loszulaufen. Aber da war etwas dran. Als wir uns später die Polizeivideos ansahen, die den Angeklagten im anschließenden Gerichtsverfahren vorgelegt wurden, sahen wir, dass selbst nachdem die Polizei und die Nationalgarde ihre Kette verstärkt hatten, ein findiger Einzelner entkommen war, indem er einfach so schnell wie möglich direkt auf sie zugerannt war und sich zwischen zwei von ihnen duckte.

Jeder, der festgenommen wurde, wurde wegen des Verbrechens, in der Nähe einer lautstarken Demonstration festgenommen worden zu sein, mit acht Straftaten angeklagt – was bis zu achtzig Jahre Gefängnis bedeutete. Einige wenige gingen einen Deal ein, aber alle anderen hielten zusammen, stellten einen gemeinsamen Verteidigungsplan auf und stellten sich dem Rechtssystem frontal entgegen. Am Ende, nach zwei Prozessen, in denen alle Angeklagten für nicht schuldig erklärt wurden, wurden die Anklagen gegen alle verbleibenden Angeklagten fallen gelassen. Jahre später erhielten alle von ihnen Zahlungen vom Staat, um die daraus resultierenden Rechtsstreitigkeiten beizulegen.

Das klingt wie eine Metapher, aber ich meine es sowohl wörtlich als auch im übertragenen Sinne. Ob es sich um eine Demonstration oder einen Gerichtsprozess handelt, manchmal ist es sicherer, ganz vorne zu stehen.

Einige Jahre später war ich in Atlanta, um an der Blockade von Block Cop City teilzunehmen. Demonstranten hatten versucht, den Bau einer milionenschweren Anlage zu verhindern, die der weiteren Militarisierung der Polizei dienen sollte. Als Vergeltungsmaßnahme hatte die Polizei eine Person ermordet und eine große Anzahl von Menschen willkürlich festgenommen, sie wegen Terrorismus angeklagt und 61 von ihnen aufgrund erfundener Vorwürfe wegen organisierter Kriminalität unter Anklage gestellt.

Vor der eigentlichen Aktion gab es zwei Tage lang Beratungen in einem örtlichen Gemeindezentrum der Quäker. Alle waren nervös. Das Ziel war es, in den Wald zu marschieren und die Baustelle zu besetzen. Würden wir alle verhaftet werden? Würden auch wir wegen Terrorismus und organisierter Kriminalität angeklagt werden? Die Diskussionen drehten sich im Kreis, während die Menschen vergeblich versuchten, vorherzusagen, was

passieren würde, und über ihre eigene Risikobereitschaft verhandelten.

Es wurde beschlossen, dass es innerhalb des Marsches drei selbstorganisierte Blöcke geben sollte: im Wesentlichen den vorderen, den mittleren und den hinteren. Offiziell basierte diese Unterscheidung nicht auf einem erwarteten Risiko, da die Organisatoren keine Versprechungen darüber machen konnten, wie die Polizei reagieren würde. Aber niemand konnte sich für einen Block entscheiden, ohne sich mit größeren Fragen auseinanderzusetzen. Wie sehr fürchte ich die Gewalt der Polizei und des Justizsystems? Was bin ich bereit, für diese Bewegung zu opfern?

Nur die wenigen Mutigen, die sich mit ihren Ängsten abgefunden hatten und sich entschlossen hatten, an der Spitze des Marsches mitzulaufen, schienen gelassen zu sein. Selbst innerhalb des „mittleren" Blocks gab es viel Hin und Her und Verhandlungen. „Ich werde in der Mitte sein, aber nicht ganz vorne in der Mitte ..."

An diesem Abend erklärte ich meiner Familie, was zu tun sei, falls ich nicht von der Demonstration nach Hause kommen sollte. Meine beiden Partner*innen fragten mich unabhängig voneinander, ob es für mich wirklich so wichtig sei, an dieser bestimmten Demonstration teilzunehmen. Könnte ich das nicht einfach den jüngeren Aktivist*innen überlassen?

Vorne ist es sicherer. Ich erinnerte mich an diesen Spruch aus früheren Mobilisierungen – aber als ich darüber nachdachte, war ich mir nicht mehr so sicher. Wie konnte es sicherer sein, direkt in die Polizeiketten zu stürmen? Der Slogan fasste die Lehren aus meiner eigenen Erfahrung zusammen, aber als ich mich erneut in eine gefährliche Situation begab, war ich skeptisch.

Am Morgen der Mobilisierung versammelten wir uns im Park. Trotz einiger festlicher Gesten war die Stimmung gedrückt: Einige hundert Menschen riskierten Verletzungen, Verhaftungen und Gefängnisstrafen für die Ehre einer Bewegung in Bedrängnis. Viele hatten sich in letzter Minute entschieden, zu Hause zu bleiben. Wir marschierten in einer Kolonne aus dem Park, wobei jeder gewissenhaft seine Position im Spektrum der Risikotoleranz einnahm. Solange wir den schmalen Fußgängerweg entlangmarschierten, machte das Sinn, aber als wir auf die Hauptstraße kamen und auf die Baustelle zugingen, machte es weniger Sinn. Wir hätten uns auffächern sollen, um eine breite Front zu bilden, als wir uns den Reihen von Polizisten und gepanzerten Fahrzeugen näherten, die die Straße blockierten, aber nein, die Menge streckte sich zu einer fast einreihigen Linie, wie Lämmer, die sich zur Schlachtung anstellen.

Dennoch nahmen die vorne stehenden Personen Fahrt auf, bildeten mit ihren verstärkten Transparenten einen V-förmigen Keil und richteten ihre Regenschirme nach vorne, um den Polizisten die Sicht zu versperren, während sie direkt auf die Schilde der Vorhut zustürmten. Der Rest von uns schleppte sich hinterher und hielt die Positionen, zu deren Verteidigung wir uns verpflichtet hatten – nicht mehr und nicht weniger.

Die Leute mit den verstärkten Transparenten drängten die erste Polizeilinie zurück, bis sie durch eine zweite Linie verstärkt wurde. Selbst dann gaben sie nicht nach, sondern drängten weiter gegen die Polizei vor. Die Polizisten schlugen mit ihren Schlagstöcken zu, verloren aber weiter an Boden. Der Block an der Spitze des Marsches hielt zusammen, schützte sich gegenseitig und handelte überlegt. Vielleicht hatten sie Angst, aber es war nicht die Angst, die ihr Handeln bestimmte.

Als ich hinter ihnen stand und zusah, war ich erschrocken. Ich war dankbar, dass ich nicht vorne stand und Entscheidungen treffen musste. Polizeiknüppel sind beängstigend, Gefängnisstrafen sind beängstigend, Strafanzeigen sind beängstigend, aber das wirklich Beängstigende ist Verantwortung. Menschen nehmen viele negative Konsequenzen in ihrem Leben in Kauf, nur um Verantwortung zu vermeiden. Und leider ist das unmöglich: So sehr wir uns auch bemühen, wir können nicht umhin, dass wir, solange wir Entscheidungen treffen und handeln können, für uns selbst verantwortlich sind. Das gilt unabhängig davon, ob man sich vorne oder hinten positioniert oder gar nicht erst erscheint.

Ich sah, wie die Frontkämpfer vor mir beide Polizeiketten zurückdrängten, bis sie eine dritte Kette erreichten, die aus futuristischen Sturmtruppen bestand. Unter ihrer militärischen Ausrüstung war nichts von der Menschlichkeit der Sturmtruppen zu erkennen, nicht einmal ihre Augen waren sichtbar. Sie hatten sich vollständig aus der menschlichen Gemeinschaft zurückgezogen.

Die Sturmtruppen zückten Tränengasgranaten. Ungläubig sah ich zu, wie sie eine Granate nach der anderen über die Köpfe derjenigen an der Spitze hinweg in die Mitte des Marsches warfen – mitten unter uns, die wir gehofft hatten, dass andere für uns Risiken eingehen würden, die wir einfach nur ein Anhängsel der Handlungsfähigkeit anderer sein wollten. Vielleicht wäre es an der Spitze doch sicherer gewesen?

Dann verschwand alles in einem giftigen weißen Nebel.

Wir taumelten blind und durcheinander zurück, würgten und husteten. Aber die Sturmtruppen hatten auch den Rest der Polizisten mit Tränengas angegriffen, und die anderen Polizisten trugen keine Gasmasken. Auch sie hatten sich zurückgezogen. Entgegen aller Erwartungen endete die Schlacht unentschieden.

Am Ende war die einzige Person, die an diesem Tag verhaftet wurde, jemand, der sich dafür entschieden hatte, weit entfernt vom Ort des Geschehens eine unterstützende Rolle zu spielen. Sie wurden in einem Fahrzeug in der Nähe des Parks festgenommen, von dem aus wir gestartet waren. Niemand wurde wegen Terrorismus oder organisiertem Verbrechen angeklagt.

In all unserer Besorgnis hatten wir das größte Risiko von allen vergessen: dass wir vielleicht gar nichts tun würden, dass wir uns einschüchtern lassen und die Straßen verlassen würden. Angesichts der vielen Menschen, denen bereits absurde Anklagen drohten, war der Marsch zur Baustelle ein riskantes Unterfangen – aber dem Staat zu erlauben, die Bewegung zu zerschlagen, hätte einen Präzedenzfall geschaffen, der andere Bewegungen bedroht und die Behörden ermutigt hätte, dieselben Taktiken auch anderswo gegen viele andere wie uns anzuwenden.

Manchmal kann man die Risiken nur herausfinden, indem man ein Risiko eingeht. Dieses Mal hatten wir Glück gehabt. Aber in gewisser Weise hatten wir auch eine Prüfung bestanden.

An der Frontlinie ist es nicht wirklich sicherer. Zu Hause zu bleiben ist siche-

rer – zumindest solange, bis die langfristigen Folgen des Rückzugs von den Straßen spürbar werden. Dann ist nirgendwo mehr sicher, und es stellt sich heraus, dass es besser gewesen wäre, früher kleinere Risiken einzugehen.

Die Antifaschist*innen, die im August 2017 nach Charlottesville gereist waren, um sich der Kundgebung „Unite the Right" entgegenzustellen, begaben sich in Gefahr. Eine von ihnen wurde getötet, mehrere wurden schwer verletzt. Aber wären sie zu Hause geblieben und hätten sie zugelassen, dass die Faschisten die Kontrolle über die Straßen übernehmen, wäre die ganze Welt gefährlicher geworden. Die Wahrscheinlichkeit, dass wir heute gezwungen sein könnten, denselben Kampf noch einmal zu führen, mindert nicht die Tatsache, dass sie uns acht kostbare Jahre relativer Sicherheit verschafft haben.

Selbst wenn wirklich alles hoffnungslos verloren ist, ist es in der Regel besser, mutig zu handeln und ein Signal der Hoffnung über die Generationen hinweg zu senden, so wie es die Kommunarden und die Kronstädter Rebellen getan haben. Auf diese Weise bewahrt man zumindest die Möglichkeit, dass andere inspiriert werden, weiter an der Verwirklichung der Welt zu arbeiten, die man sich wünscht, sodass eines Tages der eigene Traum wahr werden könnte – wenn auch ohne einen selbst, so doch zumindest teilweise dank der eigenen Bemühungen

Aber das ist nicht der Stand der Dinge heute. Wir stehen mächtigen Gegnern gegenüber, aber die Mehrheit der Menschen, darunter auch viele ihrer Anhänger, hat gute Gründe, sich gemeinsam mit uns gegen sie zu stellen. Wenn wir die Menschen zusammenbringen, wenn wir wirksame Wege zum Widerstand aufzeigen und unsere eigene Risikobereitschaft in den Dienst größerer Kämpfe stellen, werden sich uns letztendlich viel mehr Menschen anschließen. Es gibt keinen Grund, voreilig das Märtyrertum zu verherrlichen oder eine Niederlage hinzunehmen, solange die Zukunft noch nicht geschrieben ist.

Natürlich kann nicht jeder immer an vorderster Front stehen. Das kann anstrengend sein. Aber die Front ist kein räumlicher Ort. Richtig verstanden erfordert sie nicht unbedingt bestimmte körperliche Fähigkeiten oder Fertigkeiten. Es ist eine Art, sich mit Ereignissen auseinanderzusetzen, sich auf unsere Handlungsfähigkeit zu konzentrieren und die Initiative zu ergreifen, wo immer wir können, anstatt nur auf die Initiativen unserer Gegner zu reagieren. Jeder kann eine neue Front im Kampf eröffnen, indem er eine Schwachstelle in der herrschenden Ordnung identifiziert und in die Offensive geht. Je mehr Fronten es gibt, desto sicherer sind wir alle.

Angesichts der zweiten Amtszeit von Donald Trump wissen viele Anarchisten und Antifaschisten nicht, wo sie anfangen sollen. Während der vorherigen Trump-Regierung haben wir hart gegen einen Gegner gekämpft, der viel mächtiger war als wir, und gewonnen – nur um dann zu sehen, wie uns der Sieg von feigen Demokraten aus den Händen gerissen wurde, die eifrig dort weitermachten, wo die Republikaner aufgehört hatten, und so viele Menschen enttäuschten, dass Trump wieder an die Macht zurückkehren konnte. Aber das ist kein Grund, diesmal aufzugeben – es zeigt nur, dass wir die ganze Zeit über Recht hatten mit unserer Einschätzung der Natur der Macht, und wir sind es der Welt schuldig, eine echte Alternative aufzuzeigen.

In Ländern, die von Faschismus oder anderen Formen der Despotie regiert werden, unterstützt die Mehrheit der Menschen nicht unbedingt die Autoritäten; sie sind einfach etmutigt und an Passivität gewöhnt. Viel mehr als Liberale sind Anarchisten daran gewöhnt, zahlen- und waffenmäßig unterlegen zu sein, gegen unglaubliche Widrigkeiten zu kämpfen. Während Demokraten Entschuldigungen für die Faschisten finden oder sogar deren Agenda begrüßen, sollten wir zeigen, dass es möglich ist, ehrgeizige, prinzipientreue Maßnahmen zu ergreifen, um Widerstand zu leisten.

Wenn du Verzweiflung empfindest, wenn du dich besiegt fühlst, wenn du dich dabei ertappst, dass du dich distanzierst oder dich darauf konzentrierst, was unsere Unterdrücker tun, anstatt darauf, was du selbst tun könntest – dann ist das ein Gebiet in dir drin, das der Feind erobert hat. Gib ihnen nichts kampflos. Konzentriere dich auf deine Handlungsfähigkeit. Jede Stunde, jeden Tag, wo auch immer du dich befindest, gibt es immer etwas, das du tun kannst. Pass auf dich und deine Mitmenschen auf. Halte Ausschau nach Chancen und nutze sie. Wir befinden uns in einem Kampf – aber es ist ein Kampf, den wir gewinnen können. An vorderster Front ist es sicherer.

Crimethinc

Interview zum Aufstand im Iran

Interview mit Mitgliedern der Anarchist Front, einem Kollektiv, das Informationen über Ereignisse im Iran, in Afghanistan und Tadschikistan verbreitet

Wie groß ist die Unterstützung für die Streiks in der Bevölkerung?

Die Unterstützung für radikale Streiks und Proteste im Iran ist extrem weit verbreitet. Von den zweiunddreißig Provinzen des Iran haben sich nur zwei oder drei nicht an diesen Streiks und Protesten beteiligt.

Wie würdet ihr den aktuellen Generalstreik im Iran charakterisieren? Was hat den Streik ausgelöst?

Derzeit finden gleichzeitig Streiks und Proteste statt, und die Lage eskaliert rapide. Was als friedliche Schließung des Großen Basars von Teheran durch Ladenbesitzer begann, eskalierte nach dem Eingreifen der Sicherheitskräfte. Von dort aus breiteten sich die Proteste schnell auf Städte im ganzen Land aus. Im Zentrum dieser Unruhen stehen unerträglicher wirtschaftlicher Druck und eine galoppierende Inflation, die das tägliche Leben für große Teile der Gesellschaft unmöglich gemacht haben. Die ersten Streiks gab es unter den Verkäufern von Mobiltelefonen, ausgelöst durch das Chaos schwankender Wechselkurse und die steigenden Kosten für importierte Waren. Diese Proteste sind völlig spontan und selbstorganisiert. Es gibt keine Führung, keine politische Fraktion, die sie lenkt, und keine zentrale Kommandozentrale, die Befehle erteilt. Es ist die Wut, die direkt aus der Bevölkerung kommt. Gleichzeitig versucht der Sohn des ehemaligen iranischen Königs erneut, aus der Situation Kapital zu schlagen. Immer wenn es im Iran zu Protesten kommt, beeilt er sich, sie für sich zu beanspruchen. Zwar hat er einige Anhänger im Land, doch die überwiegende Mehrheit seiner Anhänger:innenschaft lebt im Ausland. Abgesehen von den Royalist:innen hat die jahrzehntelange Unterdrückung durch die Islamische Republik die Möglichkeit, dass andere organisierte Oppositionskräfte im Land entstehen, praktisch zunichte gemacht.

Wie werden die Proteste organisiert und welche Gruppen versuchen, davon zu profitieren?

Diese Welle begann mit der Schließung von Märkten als Reaktion auf den katastrophalen Zusammenbruch des Rial, die extreme Inflation, steigende Steuern und die völlige Unfähigkeit des Regimes, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Sie verwandelte sich schnell in eine angesammelte Wut gegen die gesamte Machtstruktur. Slogans wie „Tod für Khamenei" und „Basij, Sepah, ISIS – ihr seid alle gleich" spiegeln die Tiefe dieser Wut wider. Die Ursachen sind der totale wirtschaftliche Zusammenbruch des Regimes, der auf systemische Korruption, massive Militärausgaben und ausländische Sanktionen zurückzuführen ist. Die Sanktionen sind jedoch nur ein Vorwand, den das Regime benutzt, um die Unterdrückung zu rechtfertigen.Die Organisation ist weitgehend horizontal und dezentralisiert: über soziale Netzwerke, lokale Aufrufe von Basarhändlern und die organische Ausbreitung der Wut auf der Straße – ohne einen zentralen Anführer oder eine führende Partei. Genau darin liegt ihre Stärke: echte Selbstorganisation von einfachen Menschen gegen die Herrschaft. Hierin liegt jedoch auch die Gefahr. Exilierte Oppositionsgruppen – insbesondere Royalist:innen, die mit Reza Pahlavi verbündet sind – sind auf den Plan

getreten und versuchen, diesen Volksaufstand zu kapern. Durch Aufrufe aus dem Ausland verbreiten sie Slogans wie „Lang lebe der Schah", um die Proteste in Richtung der Wiederherstellung einer weiteren Erbmonarchie zu lenken – einer Monarchie, die zuvor das Volk durch die SAVAK und blutige Unterdrückung unterdrückte und nun versucht, durch diplomatisches Lächeln und leere Versprechungen die Macht zurückzugewinnen. Über diese Gruppen hinaus unterstützen auch Anarchist:innen, Teile der Kommunist:innen, Teile der Liberalen und Republikaner:innen diese Bewegung und würden vom Sturz der Islamischen Republik profitieren. Unterdessen versuchen Teile der Islamischen Republik selbst, diesen Aufstand als interne Reformbewegung darzustellen, um das Regime in abgewandelter Form zu erhalten.

Könntet ihr euch als Kollektiv vorstellen: Woher kommt ihr, was ist euer Ziel, wie seid ihr organisiert?

Die Anarchistische Front ist die neueste Form eines Weges, der 2009 begann – ein Weg, der von vielen Höhen und Tiefen geprägt war, von „The Voice of Anarchism" bis zur „Federation of the Era of Anarchism". Heute, mit einer erneuerten Struktur, die erfahrene Gefährt:innen und neue Kräfte zusammenbringt, legen wir erneut den Schwerpunkt auf Selbstorganisation und radikalen Kampf – sowohl bei der Schärfung des politischen Bewusstseins als auch bei der aktiven Förderung und Unterstützung von Kämpfen vor Ort. Die Anarchistische Front basiert auf den Prinzipien der Solidarität, des Antiautoritarismus und des unerbittlichen Widerstands gegen alle Formen der Herrschaft. Wir wollen die bestehende Ordnung nicht reformieren, sondern zerstören – damit keine Macht, keine Klasse und keine Grenzen mehr bestehen. Unser Kampf hat seine Wurzeln in den historischenProtesten und dem Widerstand der Menschen im Iran und in Afghanistan, während wir gleichzeitig eng mit der globalen anarchistischen Bewegung verbunden bleiben. Obwohl unser Hauptaugenmerk auf dem Iran und Afghanistan liegt, reicht unser Horizont weit über Grenzen hinaus. Wir streben nach einer Welt, in der Freiheit, Gleichheit, Solidarität und echte gegenseitige Hilfe verwirklicht sind – ohne jede Form von Herrschaft oder Ausbeutung. Für uns ist Anarchismus nicht nur eine Theorie, sondern eine Lebensweise, eine Handlungsweise und der Prozess des Aufbaus einer Welt, die frei von Macht, Unterdrückung und Lügen ist.

Ein Großteil Ihrer Berichterstattung konzentriert sich auf Gewalt gegen Frauen. Sehen Sie dies als Teil des aktuellen Streiks?

Heute sind Frauen, Student:innen und junge Menschen aktiv auf den Straßen präsent. Sie bildeten den sozialen Kern der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit". Daher ja – die aktuellen Streiks stehen im Einklang mit den Forderungen der Mahsa-Bewegung und dem Kampf für Frauenrechte. Wir glauben, dass diese Bewegung, während sie den Geist von „Frau, Leben, Freiheit" bewahrt, auch passiveren und konservativeren Teilen der Gesellschaft die Möglichkeit eröffnet hat, sich dem kollektiven Kampf gegen die Islamische Republik anzuschließen und sich mit anderen zu vereinen. Unser Hauptanliegen – neben der Bekämpfung der kriminellen Islamischen Republik, die allein letzte Nacht mehr als sieben Menschen in unserer Region getötet hat – ist die Bekämpfung royalistischer Strömungen, die die Bewegung unterwandert haben und die Situation ausnutzen. Ihre frauenfeindlichen Tendenzen sind sowohl in ihren Diskursen als auch in ihrer politischen Praxis deutlich erkennbar.

Wie ist die Lage des Anarchismus im Iran und in Afghanistan, und welchen Herausforderungen sehen sich Aktivist:innen gegenüber?

Drohungen, Vorladungen, Schläge, Morddrohungen, Inhaftierungen und sexuelle Gewalt sind Realitäten, mit denen Anarchisten in den letzten zwei Jahren und auch schon zuvor konfrontiert waren. Allein in den letzten fünf Monaten wurden zwei unserer Gefährt:innen verhaftet und vier weitere vorgeladen. Die Bedingungen im Iran sind für uns extrem gefährlich. Derzeit ist einer unserer direkten Gefährt:innen aus der Anarchistischen Front, Afshin Heyratian, im Evin-Gefängnis inhaftiert. Andere anarchistische Gefährt:innen sind in Gefängnissen in der Provinz Yazd inhaftiert. Wir hoffen, dass wir durch unseren Kampf unsere Gefährt:innen befreien und sichere Bedingungen für uns selbst schaffen können.

Seht ihr die Gefahr einer ausländischen Intervention im Iran? Was wäre das Ergebnis?

Wie bereits erwähnt, sind Royalist:innen und Anhänger:innen von Reza Pahlavi stark von den westlichen Mächten abhängig. Zusammen mit anderen Teilen der Opposition haben sie Bedingungen geschaffen, unter denen westliche Regierungen – unter dem Deckmantel der Hilfe für das iranische Volk – offen über Militärangriffe oder Medieninterventionen im Iran diskutieren.Trump und Netanjahu haben den Iran wiederholt mit militärischen Maßnahmen bedroht, insbesondere in Zeiten aktiver Proteste. Wir nutzen diese Gelegenheit, um unsere absolute und bedingungslose Ablehnung jeglicher militärischer Besetzung oder ausländischer Intervention westlicher Staaten im Iran – auf jeder Ebene und in jeder Form – zum Ausdruck zu bringen. So wie wir während des zwölftägigen Iran-Israel-Konflikts in den Bereichen Berichterstattung, gegenseitige Hilfe und Widerstand innerhalb des Iran präsent waren, bestehen wir darauf, dass wir im Falle einer ausländischen Intervention sowohl den Willen als auch die Bereitschaft haben, uns dieser entgegenzustellen. Wir sind eine lokale Kraft, die sich aus horizontalen und vielfältigen Netzwerken anarchistischer Aktivist:innen zusammensetzt, die zuvor innerhalb der Föderation der Ära des Anarchismus organisiert waren. Wir sind in erster Linie keine militaristische Gruppe. Je nach den zukünftigen Entwicklungen können wir jedoch neue Positionen einnehmen und uns entsprechend vorbereiten. Wir betrachten die iranische Gesellschaft insgesamt nicht als begierig auf ausländische Interventionen.

Und schließlich: Wie können Menschen im Ausland über die Ereignisse im Iran und in Afghanistan auf dem Laufenden bleiben?

Wir bieten Echtzeitberichterstattung und Organisation auf Persisch. Unsere Reporter:innen stehen in direktem Kontakt und sind physisch in den großen iranischen Städten präsent. Am Ende jedes Tages veröffentlicht die Nachrichten- und Journalismusplattform der Anarchistischen Front

einen umfassenden Tagesbericht auf Persisch. Darüber hinaus veröffentlichen wir täglich Nachrichten auf Italienisch, Spanisch (Argentinien), Arabisch, Englisch und gelegentlich auch auf Deutsch und Schwedisch. Es gibt auch eine Plattform für Gefährt:innen aus nicht-persischsprachigen Ländern, darunter eine internationale Koordinierungsgruppe. Wir erhalten Berichte aus aller Welt und agieren als anarchistische politische Kraft, die in aktuellen Krisen Solidarität und Unterstützung bietet.

Was Afghanistan und Tadschikistan betrifft: Unsere Gefährt:innen sind in Afghanistan präsent, und wir haben auch Gefährt:innen in Tadschikistan. Ähnlich wie im Iran engagieren wir uns in diesen Regionen sowohl in der Nachrichtenarbeit als auch in praktischen Aktionen.

Unsere letzte Forderung ist das anhaltende Bewusstsein freier Menschen aller Richtungen weltweit. Wir bitten sie, ihre Augen nicht von den spezifischen Verhältnissen im Nahen Osten und Nordafrika – insbesondere im Iran und in Afghanistan – abzuwenden und sich gegen Falschinformationen, irreführende Darstellungen und großspurige Erzählungen zu wehren, die die Gesellschaft, ihre Dynamik und ihre Forderungen aus der politischen Analyse ausblenden.

Wir rufen auch zu Solidarität und gegenseitiger Zusammenarbeit auf.

Interview von FreedomNews aus UK

link zur Anarchist Front: anarchistfront.noblogs.org

Was übrig bleibt – Die Entwicklungen in Syrien

geklaut von: Ulrich Weber

Kloß im Hals. Am Freitagmorgen wird ein Abkommen zwischen den SDF und der syrischen Übergangsregierung verabschiedet, was anders als die vorherigen daherkommt. Nicht zum ersten Mal wird seit dem Ausbruch des Krieges gegen die selbstverwalteten Teile Nord- und Ostsyriens am 6. Januar ein Abkommen geschlossen. Diesmal scheint es aber im Gegensatz zu den vergangenen Malen eine Einigung in zentralen Punkten zu geben. Im Umkehrschluss wird dies, so viel steht fest, nicht bedeuten, dass dies ein Ende der Konflikte oder des Kriegs in Syrien sein wird.

Am Freitagmorgen bedankte sich die außenpolitische Sprecherin der Demokratischen Selbstverwaltung Ilham Ahmed bei den USA und Frankreich für ihre Vermittlerrolle für das erzielte Abkommen. Von glaubwürdiger Dankbarkeit kann aber kaum die Rede sein, waren es gerade die USA und Frankreich, welche als bei einem Treffen am 6. Januar in Paris die Neuaufteilung Syriens absegneten und so den SDF überhaupt die Klinge an die Gurgel setzten. Das nun geschlossene Abkommen ist Abbild der neuen Kräfteverhältnisse in Syrien, erwachsen aus Verrat und Ausverkauf, eventuell auch falschen Annahmen und Desorganisiertheit. Grund zum Feiern, für alle, die in der Rojava-Revolution eine Hoffnung für den Mittleren sehen, gibt die Situation wahrlich nicht. Es reicht gerade einmal, um nach diesen bewegten Wochen durchzuatmen.

Integration

Das Abkommen vom 30. Januar regelt den Rückzug der militärischen Kräfte von den Fontlinien und einen schrittweisen Integrationsprozess der politischen und militärischen Kräfte in den syrischen Staat. Soweit entspricht es damit dem ersten großen Abkommen zwischen Damaskus und den SDF vom April 2025. Konkret soll das nun bedeuten, dass in naher Zukunft Regierungstruppen ins Zentrum der Städte Heseke und Qamishlo einmarschieren sollen, um ihre Präsenz im Nordosten Syriens aufzubauen. Des Weiteren hält das Abkommen fest, dass auf Seiten der SDF die Bildung von einer Brigade in der Region Kobane vorgesehen ist, welche der militärischen Leitung der Division des syrischen Verteidigungsministeriums im Raum Aleppo unterstellt sein soll. Währenddessen soll eine Division der SDF im Raum Heseke / Kanton Cizire aufgestellt werden. Damit wird die territoriale Zerschlagung der selbstverwalteten Gebiete manifestiert, die durch den Fall der Städte Tabqa und Raqqa und später der Kleinstadt Ayn-Isa besiegelt wurde.

Auch der US-Sondergesandte für Syrien, Tom Barrack gibt sich von den Verhandlungsergebnissen begeistert. War er noch derjenige gewesen, der vor einer Woche die SDF in den Krieg gegen iranische Verbände im Irak führen wollte, inszeniert er sich heute wieder als Freund der Kurd:innen und der regionalen Stabilität. So spricht er auf X (ehemals Twitter) von „nationaler Versöhnung, Einheit und dauerhafter Stabilität", welche von nun an in Syrien herrschen sollen. Gerade die USA, Israel, die Türkei aber auch Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik sind die Hauptverantwortlichen, für die vergangenen Wochen Krieg in Syrien gewesen.

Schlussendlich lässt sich festhalten, dass das Abkommen aus Sicht der SDF zu deutlich besseren Bedingungen geschlossen wurde, als die Verhandlungen am 18./19. Januar vermuten ließen. Darin hieß es von Seiten Damaskus nämlich noch, dass sämtliche Kämpfer:innen der SDF als Individuen der syrischen Armee beitreten müssten. Der Zerschlagung sämtlicher Selbstbestimmung in Nord- und Ostsyrien wäre damit Tür und Tor geöffnet worden.

Auf der anderen Seite muss man aber auch festhalten, dass das Abkommen wenig mit den Maximalforderungen von Seiten der Selbstverwaltung aus dem letzten Jahr zu tun hat. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch mit der Region Deir ez-Zor noch ein Gebiet unter Kontrolle der SDF, was in weiteren Gesprächen mit Damaskus Verhandlungsmasse gewesen wäre und früher oder später wahrscheinlich in die Kontrolle der Übergangsregierung gegangen wäre. Zu schnell hatte sich jedoch die militärische Situation auf den Boden zu Gunsten der Übergangsregierung in Damaskus verändert und mit dem Fall der Stadt Raqqa, die in den vergangenen Jahren zum politischen Zentrum der Selbstverwaltung geworden ist, Konzessionen abverlangt.

Die Frage ist natürlich was die Zukunft bringen wird. Auch das Assad-Regime war nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs 2012 in den Städten Qamishlo und Heseke präsent. Immer wieder kam es in den Folgejahren zu Scharmützeln und Kämpfen zwischen Assad-Truppen und Kämpfern der SDF / der inneren Sicherheitskräfte Asayish. Was jedoch auf der anderen Seite die Präsenz des Regimes damals bedeutete, war eine kleine Öffnung Rojavas zur Außenwelt, das sich sonst in fast vollständiger Isolation befunden hat. Die Anwesenheit des Staates war deshalb immer zweischneidig.

Wer nun dieses Abkommen als rein positiv verkaufen kann, der wird es wahrscheinlich ebenso schaffen, auf dem Basar von Heseke Sand zu verkaufen. Mit den neuesten Entwicklungen hat das multiethnische Projekt Rojava einen heftigen Schlag einstecken müssen, der auch dazu geführt hat, dass nicht mehr die Geschwisterlichkeit der Völker die ausgeschriebene Parole blieb, sondern der Wunsch nach kurdischer Einheit nach Jahren heftiger Konflikte zwischen den verschiedensten kurdischen Kräften in den Vordergrund rückte. Auch wenn die nationale Einheit des kurdischen Volkes die Grundlage für den Befreiungskampf darstellt, der nicht in Fahrwasser imperialistischer Interessen geraten will, bedeuten die Entwicklungen auf der anderen Seite, dass die Gräben zwischen den Kurd:innen und Araber:innen, die auch in Nord- und Ost Syrien nie gänzlich zugeschüttet waren, jetzt weit aufgerissen sind.

Wenn es tatsächlich zu einer Integration in die „arabische Republik Syriens“ kommt, werden weder die politischen Widersprüche unter der Herrschaft von Islamisten versiegen, noch die ethnischen Auseinandersetzungen. Das wichtigste für die Kurd:innen und ihre Verbündeten wird also die Fähigkeit zur Selbstverteidigung bleiben.

Turin ist eine Stadt der Partisanen: Die Zukunft beginnt jetzt

Wir schreiben ein paar Zeilen aus dem Stegreif, wenige Minuten nach dem Ende der Demonstration, bei der heute in Turin über 50.000 Menschen auf die Straße gegangen sind. Die politische Botschaft, die an diesem Tag vermittelt wurde, ist unmissverständlich: Es gibt ein Italien, das die Kriegsordnung ablehnt, mit der die Regierung Meloni den Status quo durchsetzen möchte.

Heute war auf drei Plätzen, die lebhaft und von Protagonisten durchquert wurden, ein Italien vertreten, das die Möglichkeit verteidigt, in einer Gegenwart zu existieren, die von Aufrüstung geprägt ist, in Worten und Taten. Es war das Italien vertreten, das die Räume der Zusammenkunft und Begegnung verteidigt, die sozialen Räume, die in der Geschichte dieses Landes eine Möglichkeit darstellten, eine konkrete Option zu bekräftigen, um etwas zu bewegen. Es war das Italien, das die Sprache der Inklusion spricht, das Rassismus und Diskriminierung ablehnt, das auf der Seite der Völker steht, die Widerstand leisten, das jeden Tag gegen das Patriarchat kämpft und für die Rettung des Planeten kämpft, um die Territorien gegen große, nutzlose Bauprojekte zu verteidigen. Ein Italien, das in den Vororten keine Probleme der öffentlichen Ordnung oder Wahlkreise sieht, sondern Orte, an denen Solidarität und auch widerstandsfähige Gemeinschaften aufgebaut werden können.

Auf den Plätzen versammelten sich Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien, Kollektive, Schüler*innen und Student*innen, Nachbarschaftskomitees, Boccia-Vereine, große und kleine Vereinigungen und politische Gruppierungen sowie zahlreiche Bürger*innen, die sich dafür entschieden hatten, nicht zu delegieren, sondern selbst Protagonisten eines unverzichtbaren Tages zu sein.

Die heutige Mobilisierung geht auf die Räumung von Askatasuna zurück, und man konnte einfach nicht fehlen. Die einen, weil sie dabei waren, als es besetzt wurde, die anderen, weil sie dachten, dass seine Existenz ein Damm gegen eine konservative, autoritäre und gewalttätige Politik der bisherigen Regierungen sei, wieder andere, weil dort Konzerte stattfanden, weil sie dort ihre Kinder großzogen, und wieder andere, weil sie sich organisieren wollten und weiterhin wollen, um andere mögliche Welten aufzubauen. Es ist eine Geschichte, die gemeinsames Erbe ist, eine Geschichte, die das ganze Land berührt. Und der heutige Tag spiegelt klar und deutlich eine massive, populäre und basisdemokratische Antwort auf eine Regierung wider, die Konflikte fürchtet und diejenigen, die Widerstand leisten und kämpfen, als Feinde betrachtet, die es zu vernichten gilt.

Giorgia Meloni hat es endlich klar und deutlich gesagt: Wer heute in Turin war, ist der „Feind der Regierung“. Sie hat es offen ausgesprochen und damit den letzten Schleier dieser makellosen Fassade zerrissen. Und es ist gut, dass Giorgia Meloni, Piantedosi, La Russa und die Polizeigewerkschaft Angst haben: In diesem Land gibt es viele von uns, die nicht bereit sind, sicherheitspolitische, rassistische, homophobe und kriegstreiberische

Maßnahmen zu akzeptieren. Heute waren diejenigen, die nicht mehr bereit sind, diese Politik widerstandslos hinzunehmen, dort, Seite an Seite, einige weiter vorne, andere weiter hinten. Jüngere und ältere Menschen, jeder mit seinen Möglichkeiten, haben ihren Beitrag geleistet. Wenn der Staat in all seinen Formen das wahre Gesicht der Gewalt zeigt, mit der er das Bestehende verwalten will, wenn er Militarisierung, Spott und Verachtung gegenüber der Bevölkerung durchsetzt, darf man sich nicht wundern, was daraus entsteht. Wenn aus Gründen der öffentlichen Ordnung die Pflichtschulen eines kleinen Stadtteils von Turin geschlossen werden, wenn nur ein Stadtteil einer italienischen Stadt militarisiert wird, wenn ein Staatsoberhaupt die politischen Entscheidungen der öffentlichen Institutionen einseitig bestimmt, wenn Dutzende von Demonstranten verletzt werden: Es kann Ausnahmen geben, es kann Notfälle geben, wenn man sie durch ihre Brille betrachtet. Durch unsere Brille ist das Bild klar: Es geht nicht um eine Schule, ein Stadtviertel, eine Stadt, ein paar Dutzend Menschen, es geht um den Horizont, den dieses System für alle Schulen, alle Stadtviertel, alle Städte, alle Andersdenkenden anstrebt. Minneapolis zeigt uns das auf kristallklare Weise, Gaza zeigt es uns auf verheerende Weise.

Das Geschehen in diesem Zusammenhang zu lesen, ist ein Schlüssel, der ein Fenster zur Zukunft öffnet. Ab morgen muss der Blick auf die Verantwortlichen gerichtet werden:

Die Regierung, die Unterdrückung als politische Sprache wählt; Krieg als Instrument des Profits und der Bewältigung internationaler Konflikte; das vorherrschende Modell der Vereinigten Staaten, der rassistischen Verfolgung und Kriminalisierung von Minderheiten; Propaganda und Angst als politische Praxis. Die Realität ist, dass der Konflikt zu einer unvermeidlichen Antwort wird.

Die Anwesenheit von über 50.000 Menschen zeigt, dass dieser Widerstand weder marginal noch isoliert ist. Er ist eine reale soziale Kraft, die sich selbst erkennen und vereinen kann. Es gibt eine Zeit zum Sammeln, eine Zeit zum Aufbauen, eine Zeit zum Zerstören, eine Zeit, um die Feinde des Volkes zu benennen und neu anzufangen. Sie dachten, sie hätten den Damm gebrochen, aber der Damm wird noch breiter und noch stärker wieder aufgebaut.

Solidarität mit allen Menschen, die heute festgenommen und verletzt wurden.

Askatasuna bedeutet Freiheit.

Kritische Reflektion der Free-Maja Kampagne aus Budapest

In seinem Buch „Filterworld" verwendet Kyle Chayka den Begriff „algorithmische Homogenisierung", um zu beschreiben, wie Innenräume in verschiedenen Städten, Ländern und Kontinenten immer ähnlicher aussehen. Chayka zeigt, dass man heute anhand von Bildern und kurzen Videos eines Hauses nicht mehr erkennen kann, wo sich dieses Haus befindet. Chayka argumentiert, dass dies auf die globale Homogenisierung von Innenräumen zurückzuführen ist. Die Schöpfer streben alle nach derselben visuellen Anerkennung in den sozialen Medien. Um heute anerkannt und geschätzt zu werden, sollte das eigene Zuhause eine Reihe von Elementen aufweisen, die von anderen erkannt werden können, die wahrscheinlich nie einen Fuß in dieses Zuhause setzen werden.

In unserer globalisierten Welt finden ähnliche Prozesse bei vielen Phänomenen statt, und die radikale Linke bildet da keine Ausnahme. Standards und Kategorien zur Einschätzung des „Grades" von Faschismus, Patriarchat oder wirtschaftlicher Ausbeutung sowie der Kämpfe dagegen werden oft nicht kontextualisiert. Insbesondere politische Arbeit wird oft ohne große Anstrengungen zur Kontextualisierung aufgezwungen oder importiert. Durch die Aneignung einer bestimmten „Sprache" oder eines erkennbaren Stils hat eine solche Arbeit jedoch bessere Chancen, von unseren ausländischen Genoss*innen anerkannt zu werden. Wenn diese Strategien verfolgt werden, läuft die globale Bewegung Gefahr, Praktiken und Perspektiven von sichtbareren – sprich: größeren und ressourcenstärkeren – Bewegungen gegenüber kontextualisierteren Kategorien und Praktiken zu bevorzugen.

Vielfalt in Strategien und Ansätzen, die stärker in historischen und politischen Kontexten verwurzelt sind, muss im Mittelpunkt stehen. Die Autoren dieses Zines hoffen, dass wir durch das Aufschreiben unserer Gedanken zur „Free Maja"-Kampagne aus Budapest – wohin die Kampagne nach ihrer Organisation in Deutschland durch Majas Familie, Freunde und Genossen ihren Weg gefunden hat – zum Verständnis der Komplikationen und Herausforderungen beitragen können, die mit politischen Kämpfen an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Kontexten verbunden sind – ohne dabei jedoch die Grundlagen kritisch zu hinterfragen. Wir hoffen daher, dass dieses Zine einen Beitrag zur Diskussion darüber leistet, wie internationale Solidarität in der Praxis aussieht und aussehen kann.

Vorwort

Jedes Jahr im Februar findet in Budapest die Demonstration „Tag der Ehre" statt – ein Festtag, an dem sich Faschisten aus ganz Europa versammeln, um der ungarischen Faschisten („nyilasok") und regulären Truppen zu gedenken, die 1945 bei der Belagerung Budapests durch die sowjetische Armee ums Leben kamen. Entsprechend findet jedes Jahr am selben Tag eine Gegendemonstration statt, um gegen diese faschistische Versammlung und die anschließende Wanderung zu protestieren. Die Gegendemonstration hat sich in den letzten Jahren durch die Ankunft von Genoss*innen aus verschiedenen Ländern Europas deutlich internationalisiert.

Vor drei Jahren, im Februar 2023, kam es am Vorabend dieser Ereignisse zu mehreren Angriffen auf rechtsextreme Personen. Einer der Vorfälle wurde zufällig von einer Kamera gefilmt, ohne dass die Teilnehmer der Veranstaltung damit gerechnet hätten. Das Video wurde in einigen sozialen Medien veröffentlicht, und viele Genoss*innen, darunter auch wir, waren verwirrt darüber, wie sie das Geschehene interpretieren sollten und was genau passiert war.

Wir hatten große Angst vor Racheakten und davor, dass die Büchse der Pandora geöffnet würde – Straßengewalt, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatten und von der wir wussten, dass wir ihr schnell unterliegen würden

Bald griff die Polizei auf der Straße ein: Zunächst verhaftete die Budapester Polizei einen Ungaren, ein Mitglied von Szikra – einer sozialdemokratischen politischen Jugendorganisation, die die bekannteste linksgerichtete Organisation in der ungarischen Politik ist. Die Person wurde wegen des Verdachts der Beteiligung an einer Schlägerei festgenommen und zwei Wochen lang inhaftiert, bevor sie mangels Beweisen wieder freigelassen wurde. In den folgenden Tagen wurden mehrere andere Personen – allesamt Ausländer – in Budapest festgenommen, die verdächtigt wurden, an dem Angriff auf einen Faschisten beteiligt gewesen zu sein. Danach kam es innerhalb weniger Wochen in verschiedenen Städten Deutschlands – und später auch in Italien – zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen, die bis heute andauern.

Eine der Festgenommenen, der Antifaschist Gabriele, wurde im November 2023 in Italien festgenommen. Durch eine Entscheidung des Mailänder Gerichts im März 2024 wurde Gabriele nicht an Ungarn ausgeliefert. Die Entscheidung basierte offiziell auf den potenziellen Bedingungen in Ungarn, die – wie behauptet wurde – schlechter seien als in Italien. Im Dezember 2023 wurde die Antifaschist*in Maja in Berlin festgenommen, und im März 2024 – im selben Monat, in dem die Auslieferung von Gabriele abgelehnt wurde – hat das Gericht die Auslieferung von Maja an Ungarn genehmigt.

In Deutschland wurde eine Kampagne gegen die Auslieferung von Maja gestartet. Einen Monat später, im Juni 2024, entschied das Berliner Kammergericht, Maja an Ungarn auszuliefern, und dieses Verfahren wurde mit äußerster Eile durchgeführt: Nur wenige Stunden nach dieser Entscheidung wurde Maja in der Nacht aus Berlin abgeholt und über die Grenze nach Ungarn gebracht. Am nächsten Tag, in der Nacht, gab das Bundesverfassungsgericht dem Eilantrag von Majas Anwälten statt und ordnete an, die Auslieferung auszusetzen und Maja nach Deutschland zurückzubringen. Zu diesem Zeitpunkt, etwa eine Stunde zuvor, war Maja bereits an die ungarischen Behörden übergeben worden und wurde nicht zurückgebracht. Daher wird die Auslieferung von vielen Genossen als illegal angesehen, und laut BASC, deren Website die Quelle für einen Großteil der oben genannten Informationen ist (wir haben die Informationen aus dem Deutschen mit einer KI übersetzt), ist Majas Auslieferung eine der umstrittensten Auslieferungen Deutschlands in den letzten Jahren. Seitdem gibt es die Kampagne „Free Maja", um Maja im Kampf vor dem ungarischen Gericht zu unterstützen. Hunderte von Protesten finden in Berlin, Leipzig, Jena, Hamburg, Dresden und anderen deutschen Städten statt, die die Rückführung von Maja nach Deutschland fordern! Politiker, insbesondere der Partei Die Linke, äußern Bedenken hinsichtlich der Haftbedingungen und der fehlenden „Rechtsstaatlichkeit" im ungarischen Staat. Die Kampagne rund um Majas Inhaftierung und Verhaftung wird vom Slogan „Bring Maja Back" begleitet. Entsprechende Plakate und Graffitis sind in verschiedenen linken Cafés und Bars, Geschäften, Autowerkstätten, Manufakturen, Druckereien und auf den Straßen großer und kleinerer Städte in Deutschland zu finden und tragen zur Mainstream-Berichterstattung bei, die Ungarn verteufelt.

Viele Menschen aus Deutschland und Österreich kamen vor Beginn der Gerichtsverhandlungen regelmäßig nach Budapest, um Maja zu unterstützen. Selbst ungarische neoliberale Medien, die antifaschistische und linke Kämpfe ignorierten oder sie als Ereignisse einiger Radikaler darstellten, berichteten über eine Kampagne vor dem Gericht. Bislang im ungarischen Kontext kaum bekannte „Antifaschisten" tauchten plötzlich in den Medien auf und wurden sofort mit der deutschen Sprache und dem deutschen Kontext in Verbindung gebracht.

Viele von uns haben die Genoss*innen getroffen und/oder bei sich aufgenommen. Wir beobachteten, dass mit dem Wachstum der Kampagne verschiedene Menschen, die zuvor wenig Verständnis oder Interesse für unsere Politik und unsere Kämpfe hatten, schnell zu Urteilen kamen und uns leider sogar belehren wollten. Diese Erfahrung hat uns dazu inspiriert, dieses Zine zu schreiben, um einige wichtige Aussagen zu machen.

Disclaimer

Bevor wir unsere Erfahrungen mit der Kampagne, wie wir sie in Budapest und von Budapest aus gesehen haben, kritisch diskutieren, möchten wir zunächst einige Dinge klarstellen.

Wir unterstützen Maja als Gefangene, als eine Person, die sich gegen eine riesige bürokratische Staatsmaschinerie stellt, die nur ihre ideologischen Interessen verfolgt, die nicht mit unseren Interessen übereinstimmen.

Der Kampf für die Freilassung von Maja und anderen Antifa-Genoss*innen aus dem Gefängnis wird vor allem unter dem Motto „Free All Antifas"

geführt, das sich zu einer der beliebtesten und bekanntesten Kampagnen der Linken entwickelt hat. Wir müssen es klar sagen:

Wir stehen hier für die vollständige Abschaffung des Strafvollzugssystems. Wir glauben, dass Gefängnisse vollständig abgeschafft werden sollten. Wir glauben, dass alle freigelassen werden sollten. Nicht nur unsere Genoss*innen, sondern auch viele andere Menschen. Das Strafvollzugssystem ist keine Antwort auf soziale Probleme! Abschaffung des Strafvollzugssystems! Freiheit für Maja und alle inhaftierten Menschen!

Mit unserer Kritik an einigen Aspekten der Kampagne wollen wir NICHT sagen, dass wir gegen physische Gewalt an sich sind (unabhängig davon, ob Maja daran beteiligt war oder nicht).

Auf diesen Seiten diskutieren wir, wie die Kampagne unserer Meinung nach von unseren Genoss*innen formuliert wurde und wie sie von unserem Teil der Bewegung wahrgenommen wird. Wir befassen uns nicht mit dem rechtlichen Rahmen und seinen Möglichkeiten und Grenzen. Hier geht es um die Kampagne und die internationale Solidarität unter Genoss*innen.

Es gibt doch mehrere Strategien zur Bekämpfung des Faschismus, oder?

Die Frage der Unterstützung von Maja und der entsprechenden Kampagne befasste sich nicht mit der Frage der tatsächlichen Gewalttat.

Die Kampagne ließ die Frage offen, ob solche Aktionen, wie sie im ungarischen/Budapester Kontext stattfanden, gutgeheißen, fortgesetzt oder verurteilt werden sollten. Wir meinen hier nicht die Frage der Beteiligung von Maja daran – die mit einem Rechtsfall zusammenhängt –, sondern vielmehr die Position der Kampagne zu dieser Frage. Für uns kann man die Kampagne „Free Maja" nicht durchführen, ohne dazu Stellung zu beziehen.

Die Diskussion über die Entwicklung politischer Arbeit in einem ungleichen Kontext mit mehr Ressourcen für finanzielle und kulturelle Einrichtungen und Infrastrukturen ist für die radikale Linke nichts Neues. Die Position der Kampagne zur Frage der physischen Gewalt an sich (1) und zur Frage von Menschen, die nicht in Budapest wohnen und in die Stadt kommen, um diese „politische Arbeit" zu leisten (2), wäre sehr wichtig.

Solche Aussagen und erklärte Positionen würden zeigen, dass die Fragen – was in Budapest passiert ist, wie sich dies auf die in der Stadt und im Land lebenden Genoss*innen auswirkt – angesprochen werden und daher für die Aktivist*innen von Bedeutung sind. Diese Fragen fehlen jedoch weitgehend in der Kampagne. Nicht nur die Frage, wie sich die Ereignisse von 2023 auf die linke Bewegung in Ungarn ausgewirkt haben, fehlt, sondern das Aufwerfen dieser Frage selbst wurde gleichgesetzt mit einer Feindschaft gegenüber dem Antifaschismus.

Warum ist das so? Das Verprügeln von Faschisten und Gewalt auf der Straße gelten als die wichtigsten, wenn nicht sogar als die einzigen wirksamen Mittel zur Bekämpfung des Faschismus.

Dieser Ansatz war vor allem in Ländern mit einer relativ großen – oder zumindest in Europa am deutlichsten sichtbaren – linken Bewegung vorherrschend, darunter Deutschland, Griechenland und Spanien. Für viele von uns aus Mittel- und Osteuropa war dies eher neu, und wir mussten lernen, dass Straßengewalt zwischen Faschisten und Antifaschisten als Norm oder historische Notwendigkeit angesehen wurde.

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass es weltweit unterschiedliche Strategien im Kampf für die Befreiung von kapitalistischen und/oder faschistischen Systemen gibt. Diese reichen von der Gründung und dem Kampf für autarke Gemeinschaften außerhalb des Rahmens des Nationalstaates, wie in Kurdistan oder bei den Zapatisten, bis hin zu einer Strategie der persönlichen Transformation, die auf die Befreiung des individuellen Selbst abzielt. Auf massiver Ebene zielt dieser Ansatz darauf ab, die Gesellschaft von innen heraus gewaltfrei zu verändern – eine Philosophie, die von Hippies und anderen linksgerichteten Gruppen in den USA in den 1970er Jahren vertreten wurde. Eine weitere wichtige Strategie ist die Infiltration und Veränderung institutioneller Strukturen von innen heraus, bekannt als „langer Marsch durch die Institutionen", inspiriert von Rudi Dutschke in den 1960er und 70er Jahren. Ganz zu schweigen vom revolutionären Terrorismus, bei dem berühmte und mächtige Personen wie Zaren oder Politiker getötet werden – eine jahrhundertealte Strategie.

Selbst in der jüngeren modernen Geschichte haben sich die Strategien zur Bekämpfung des Faschismus in ihren Methoden und Ansätzen dramatisch unterschieden. Trotz dieser Vielfalt bleibt der Schwerpunkt auf der Bekämpfung faschistischer Bewegungen auf Straßenebene und an der Basis bestehen.

Trotz dieser Vielfalt bleibt der Fokus auf der Bekämpfung faschistischer Bewegungen auf Straßenebene und an der Basis vorherrschend und wird selten lautstark in Frage gestellt. Ein kürzlich erschienener AK-Artikel[1] von Raul Zelik hinterfragt diese Frage im deutschen Kontext. Der Autor stellt die Vorstellung in Frage, dass der alarmierende Anstieg der gegenwärtigen Faschisierung in erster Linie von rechtsextremen Bewegungen vorangetrieben wird. Stattdessen argumentiert er, dass der Hauptmotor dieses Prozesses oft nicht die extremistische Bewegung selbst ist, sondern der Staat, seine Institutionen und das globale kapitalistische System im Allgemeinen. Diese Perspektive verschiebt den Fokus grundlegend: Wenn die Faschisierung tief in den staatlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Logik verankert ist, dann erfordert eine wirksame Opposition möglicherweise Strategien, die sich radikal von denen unterscheiden, die

ausschließlich auf die Bekämpfung von Faschisten an der Basis abzielen. Entscheidungen, die uns betreffen, ohne uns (oder kurz über das Fehlen von CEE[2] auf der europäischen und globalen linken Landkarte)

Wie bereits erwähnt, ist die Strategie der direkten physischen Konfrontation mit Faschisten auf den Straßen Budapests kein weit verbreiteter oder praktizierter Ansatz. Aufgrund dieses Kontextes war der Vorfall von 2023 für viele von uns nicht nur erschreckend, sondern auch zutiefst beunruhigend oder sogar beängstigend, da die echte Befürchtung bestand, dass solche Aktionen unvorhersehbare und unkontrollierbare Folgen haben könnten. Wir verstanden, dass dieser Präzedenzfall die Dynamik vor Ort grundlegend verändern könnte – ganz sicher zu unserem Nachteil.

Wir haben uns gefragt: Konnte eine Gruppe von Menschen, die so gehandelt hat, wirklich keine Gedanken an die möglichen Folgen verschwendet haben? Wie kam ihnen diese Idee? Haben sie sich überhaupt mit Menschen beraten, die hier leben und sich der Situation bewusst sind? Wenn ja, war dies ein Versuch, unsere Lebensrealität an die im Westen üblichen Methoden und Lebensweisen anzupassen? War es ein Versuch, unsere Straßen vor der vermeintlichen Schande der „Untätigkeit" der Antifaschisten in einem zunehmend autoritären und faschistischen Ungarn zu „retten"?

Wir können zwar die Motive hinter diesen Maßnahmen nicht kennen, aber wir können die Missachtung des lokalen Kontexts und das Desinteresse an den Folgen für uns beobachten. Eine solche Dynamik wirft wichtige Fragen über die Auswirkungen und die Ethik der Übertragung von Aktivistenstrategien in einen anderen soziopolitischen Kontext auf. Nicht nur wurden die Folgen dieser Einmischung in unser lokales Machtgleichgewicht nicht untersucht, sondern die linke Gemeinschaft in Budapest wurde auch weder zu diesen Maßnahmen konsultiert noch darüber informiert. Wie so oft in breiteren europäischen und globalen linken Diskussionen über Strategien gegen Kapitalismus und Faschismus wurden unsere Perspektiven übersehen – und wieder einmal wurden Entscheidungen, die uns betreffen, ohne unsere Mitwirkung getroffen. Diesmal mussten wir die Konsequenzen in der Stadt und dem Land tragen, in dem wir leben, arbeiten und uns organisieren, und wurden allein gelassen, um mit den strukturellen Folgen der Ereignisse fertig zu werden, zusätzlich zu anderen überwältigenden Ereignissen, die sich im Land abspielten.
Die Grenzen des Dialogs

Die Bedenken wurden einigen Genoss*innenen gegenüber geäußert. Die angesprochenen Themen betrafen die Haltung gegenüber Gewalt auf der Straße, die Frage, ob diese Methoden außerhalb eines bekannten Kontexts angewendet werden sollten, und den Stellenwert der Budapester Perspektiven in der Kampagne. Kurz gesagt, wir fragten, wie diese Menschen, die sich aktiv für die „Free Maja"-Kampagne engagieren und sie unterstützen, die Konsequenzen und die Rolle Budapests sehen. Leider haben wir, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine strenge Orthodoxie und „Loyalität" in Bezug auf Strategien festgestellt: Diese Praktiken der Straßengewalt sind in Deutschland weit verbreitet und werden unterstützt, sie werden als wirksam und moralisch gerechtfertigt angesehen. Für viele Genoss*innen aus Deutschland zeugten unsere Zweifel nur von unserer Unwissenheit und unseren politisch „unterentwickelten" linken Bewegungen. Es blieb wenig Raum für alternative Sichtweisen oder Ansätze. In Diskussionen über antifaschistische Straßenaktionen konnten wir nur eine Tendenz beobachten, Kritik an diesen Taktiken mit einer Ablehnung der antifaschistischen Haltung insgesamt gleichzusetzen, was jede kritische Auseinandersetzung mit diesen Methoden erschwerte oder unerwünscht machte

Natürlich hätte jede ehrliche Diskussion über Strategien auch die Unterschiede zwischen unseren Lebensweisen, den wirtschaftlichen und historischen Unterschieden thematisiert. Das ist kein einfaches Thema: Unsere Gesellschaften sind heute im globalen Kapitalismus verstrickt, der nicht nur die Wirtschaftsstrategien der Länder, sondern auch die der Individuen beeinflusst.

Diese Dynamiken beeinflussen die Bewegungen und Strategien, die auf unterschiedliche Weise nachhaltig sein könnten. Dennoch gab es kaum Raum für einen solchen kritischen Dialog. Meistens wurden die Gespräche zu Ratschlägen: Uns wurde gesagt, wie wir eine Bewegung aufbauen, uns organisieren und unsere Verbündeten auswählen sollten, sowohl lokal als auch international.

Eine kleine Anmerkung am Rande:

Uns ist nicht entgangen, dass nach Ansicht einiger Genoss*innen die Prioritäten im antifaschistischen Kampf vorab festgelegt zu sein schienen. Für sie bedeutet Antifaschismus oft „nie wieder Faschismus" und ein klarer Fokus auf jüdische Opfer. Anderen Gruppen wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In Ungarn beispielsweise sind die Roma die Hauptzielgruppe der Faschisten, die übrigens auch Opfer des Holocaust waren. Diese Perspektive fand selten mehr als symbolische Unterstützung. Als wir zögerten, zu akzeptieren, dass die jüdische Gemeinschaft als Hauptopfer der aktuellen faschistischen Bedrohung angesehen werden sollte, wurden wir schnell als politisch naiv abgetan oder sogar des ererbten Antisemitismus bezichtigt. Es wurde implizit oder offen argumentiert, dass man, wenn man Juden nicht als die Hauptziele des Faschismus betrachte, das Thema nicht ernst nehme und an seinem inneren Antisemitismus arbeiten müsse. Diese Art von Arroganz, die sich darin äußert, dass man seine eigene Sichtweise und Perspektive aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sichtbareren und größeren radikalen linken Bewegung aufzwingt, ist sowohl auffällig als auch verwirrend. Das Traurigste daran ist jedoch, dass eine solche Haltung die Möglichkeiten eines sinnvollen Austausches ausschließt.

Das wirft die Frage auf: Warum glauben manche Menschen zu wissen, was in Kontexten, in denen sie mit der spezifischen Geschichte, dem Gleichgewicht der sozialen Kräfte, den drängenden Problemen oder den zugrunde liegenden politischen Dynamiken nicht vertraut sind, am besten ist?

Die Antwort liegt möglicherweise in der Tendenz, die eigenen Erfahrungen zu verallgemeinern, ohne zu erkennen, dass diese Erfahrungen durch ihren spezifischen Kontext geprägt sind und ihre Grenzen haben. Die Homogenisierung des Diskurses lässt jedoch wichtige Nuancen außer Acht, und auch wenn im Allgemeinen alles richtig erscheint, ist es im Detail eher oberflächlich. Das Anerkennen von Unterschieden ist entscheidend für den Aufbau von Verständnis und Zusammenarbeit und für die Vermeidung von Bevormundung.

Wenn uns unsere Begegnungen etwas gelehrt haben, dann ist es, dass echte internationale Solidarität noch einen langen Weg vor sich hat und wir eine schwierige Aufgabe vor uns haben: die Herausforderungen einer ungleichen kapitalistischen Welt zu überwinden, anstatt sie einfach zu ignorieren. Andernfalls bleibt uns nur ein einseitiger Fluss von Ratschlägen, anstatt eines ehrlichen gegenseitigen Austauschs von Ideen. Nur wenn wir die Vielfalt der Erfahrungen und Strategien innerhalb der verschiedenen Systeme von Zwängen und Möglichkeiten anerkennen, können wir hoffen, die breiten und starken Bewegungen aufzubauen, die unsere Zeit erfordert.

Geben Sie nicht der Peripherie die Schuld –
geben Sie dem System und seinem Kern die Schuld.

Wir sehen die Gründe für diese gestörte Dynamik in einem größeren Zusammenhang. Wir glauben, dass die Dynamik innerhalb der radikalen linken Bewegung oft die der Gesellschaft insgesamt widerspiegelt.Nach unserer Erfahrung spiegeln einige der Einstellungen, denen wir bei deutschen Genoss*innen begegnet sind, offenbar breitere gesellschaftliche und politische Muster wider, nämlich die Auffassung, dass die Entwicklungen in Ungarn rückständig, illiberal und in gewisser Weise schlimmer sind als in den westlichen liberalen Demokratien. Wenn solche Vorurteile nicht kritisch hinterfragt, sondern in der radikalen linken Bewegung reproduziert werden, stärken wir das System, in dem wir leben.

Als Linke sehen wir es als unsere Verantwortung an, wachsam und kritisch gegenüber allen Formen von Hierarchie und Dominanz zu bleiben, insbesondere gegenüber denen, die in der ungleichen historischen Entwicklung des globalen Kapitalismus verwurzelt sind. Daher möchten wir in diesem letzten Abschnitt einige Punkte aufzeigen, die zu einer solchen unausgewogenen Dynamik in der Kampagne geführt haben könnten.

1. Politisch naive Osteuropäer? Hierarchien zwischen Ländern, Hierarchien innerhalb der Linken

Wie oben erwähnt, werden die zwischen Ländern bestehenden Hierarchien oft innerhalb der linken Bewegungen selbst reproduziert. Der Philosoph Boris Buden beschreibt in seinem einflussreichen Essay „Kinder des Postkommunismus" (2010)[3] ein hartnäckiges Problem: die Tendenz, Menschen aus Osteuropa als „politische Kinder" zu betrachten. Buden argumentiert, dass die Osteuropäer nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus plötzlich als „Kinder" im Verhältnis zum sogenannten „Westen" positioniert wurden, der als „erwachsenes" oder reifes Subjekt der Geschichte erschien, während sie im Vergleich zum vermeintlich „erwachsenen"Westen, der als reifes Subjekt der Geschichte angesehen wurde, als unreif oder unerfahren galten.

Diese Metapher verdeutlicht, wie Osteuropäer von ihren westlichen Kollegen als unerfahren und bildungsbedürftig in Sachen Demokratie und Kapitalismus behandelt wurden. Die Beziehung, die sich aus dieser Annahme entwickelt, ist grundlegend asymmetrisch und hat tiefgreifende Auswirkungen auf die kulturelle und politische Dynamik in postsozialistischen Gesellschaften gehabt.

Leider spiegeln sich diese Muster sogar in radikalen linken Kreisen wider. Das ist nicht überraschend: Linke Szenen existieren nicht in einem Vakuum, auch wenn wir das gerne glauben möchten. Es ist unsere politische Aufgabe, Beziehungen aufzubauen und uns dabei dieser fest verankerten Hierarchien bewusst zu sein, anstatt sie zu übersehen. Das gilt für beide Seiten.

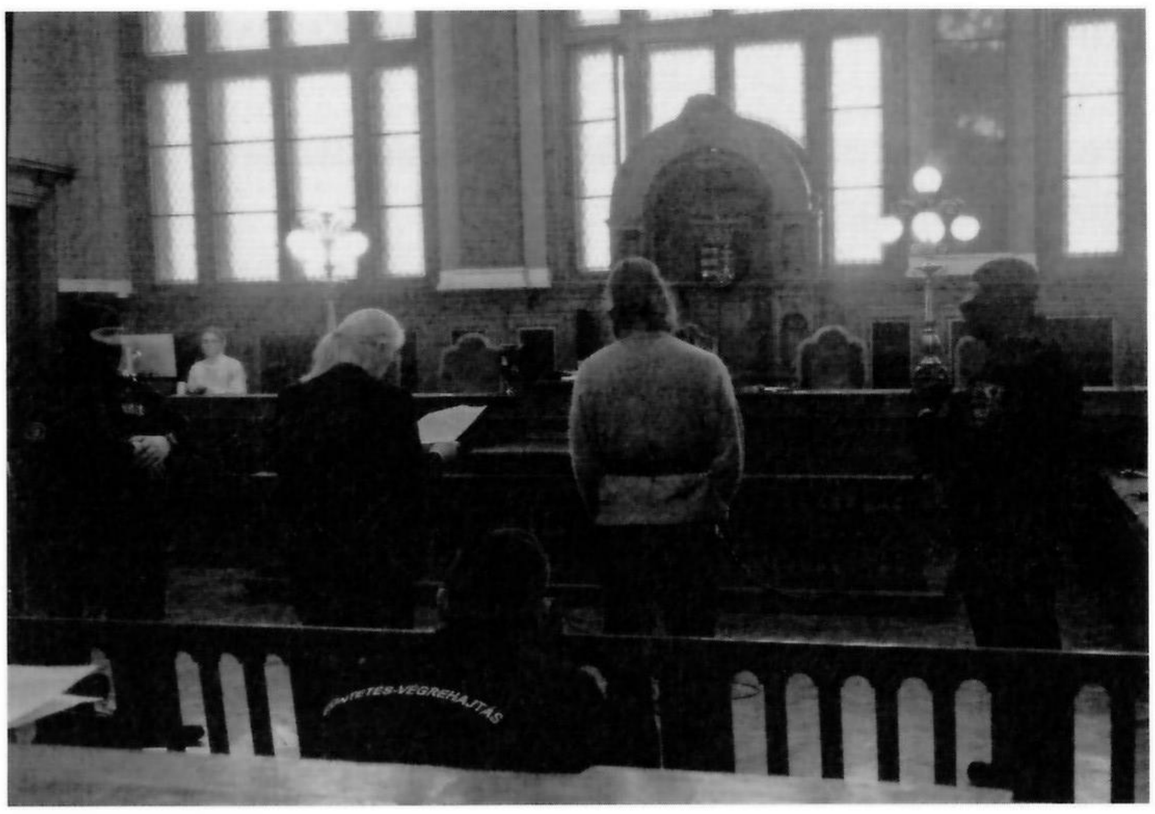
Daher muss unsere politische Arbeit von dem Grundsatz geleitet sein, einander in den antifaschistischen und antikapitalistischen Kämpfen anzuerkennen, aufgezwungene Kategorien von Erfolg oder Legitimität abzulehnen und Konkurrenz um Sichtbarkeit oder Anerkennung innerhalb der Bewegung zu vermeiden. Wir müssen anerkennen, dass sich unsere Kämpfe in konkreten Punkten unterscheiden können – auch wenn wir das übergeordnete Ziel der Bekämpfung des Kapitalismus teilen. Nur durch kritische Solidarität können wir hoffen, die durch Geschichte und Kapitalismus auferlegten Spaltungen zu überwinden.

2. Die Schuld der „autoritären Anomalie" – die systemischen Ursachen übersehen

Es ist gängige Praxis, Viktor Orbán und seine Politik als alarmierende Abweichung zu diskutieren – als Fehlfunktion innerhalb eines ansonsten reibungslos funktionierenden neoliberalen demokratischen Systems des Westens. Was aber, wenn der Aufstieg radikaler rechter Parteien und ihrer Politik tatsächlich ein organisches Produkt eben dieses Systems ist? Was, wenn solche Entwicklungen keinen Bruch mit der neoliberalen Demokratie darstellen, sondern vielmehr deren logische Fortsetzung – wenn nicht sogar deren Höhepunkt?

Als Beispiel hat die Soziologin Céline Cantat in ihrer Forschung[4] gezeigt, dass „die offiziellen ungarischen Diskurse und Praktiken zu Migration und Asyl nicht nur stark mit der EU-Migrationspolitik, sondern auch mit den Identitätsnarrativen im Zentrum des europäischen Projekts übereinstimmen". Mit anderen Worten: Ungarns Ansatz zur Migration ist kein einzigartiger Ausreißer, sondern steht in tiefem Einklang mit der übergeordneten Logik und den Narrativen, die die Grenz- und Identitätspolitik der EU strukturieren. Die Darstellung Orbáns als einzigartig monströs oder des ungarischen Regimes als einzigartig regressiv wird zu einem bequemen Narrativ. Es ermöglicht, die Krise zu externalisieren – sich vorzustellen, dass die wirkliche Gefahr außerhalb des „zivilisierten" Kerns Europas liegt, in seinen Randgebieten, und nicht im Zentrum der liberalen Ordnung. Das eine existiert jedoch nicht ohne das andere. Der Neoliberalismus ist tief in den Prozessen der Globalisierung und der globalen Arbeitsteilung verwurzelt. Seit den 1980er Jahren hat sich die Welt stark vernetzt, und die Fähigkeit einzelner Länder, ihren eigenen Weg zu bestimmen – wirtschaftlich, politisch oder sozial – hat abgenommen. Das globale Kapital, historisch gesehen westlich und zunehmend chinesisch geprägt, spielt eine entscheidende Rolle dabei, welche Länder zu Standorten für Industrie, Tourismus, Mode, Finanzen oder Handel werden. Diese strukturellen Determinanten lassen peripheren und semi-peripheren Ländern wenig Spielraum, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Europäische Union bildet dabei keine Ausnahme. Sie weist eine sehr klare Arbeitsteilung und eine sehr klare Hierarchie in Bezug auf die Lebensqualität auf. Dies ist innerhalb dieses Systems unumstößlich.

Sich auf den autoritären Orbán oder andere „unterentwickelte" Demokratien in Osteuropa zu konzentrieren, ist nicht nur irreführend, sondern auch äußerst gefährlich. Als radikale Linke müssen wir unseren kritischen Blick nicht auf die für liberale Regime bequemen Sündenböcke richten, sondern auf das System als Ganzes und stattdessen auf die Vision einer Alternative. Wenn wir unsere kritische Aufmerksamkeit von den Institutionen abwenden, die echte globale Macht ausüben – wie die EU und die NATO (die für einen Großteil des Leids innerhalb und außerhalb Ungarns verantwortlich sind) –, geraten wir dann nicht in die Falle, das europäische Grenzregime zu verteidigen? Wenn wir uns so sehr auf den Kampf gegen rechte „Herausforderer" konzentrieren (sei es die AfD in Deutschland, Vox in Spanien oder Fidesz in Ungarn), verstärken wir dann nicht letztendlich die liberale Mainstream-Machtordnung, anstatt gegen Unterdrückung und Ausbeutung in all ihren Formen zu kämpfen? Für die radikale Linke ist es unerlässlich, nicht in die Falle zu tappen, eine Seite gegen die andere zu verteidigen – unsere Kritik muss sich gegen das System als Ganzes richten.



Wir fordern unsere Genossinnen und Genossen dringend auf, die tieferen Strukturen im Blick zu behalten und wachsam zu bleiben, um nicht liberale Narrative zu reproduzieren, die die Peripherie beschuldigen und gleichzeitig die Rolle des Zentrums bei der Aufrechterhaltung von Ungleichheit, Ausgrenzung und Gewalt entschuldigen.

3. Das Verständnis für die Ressentiments

In Ungarn und weiten Teilen Osteuropas ist nach wie vor ein tiefes, anhaltendes Ressentiment gegenüber dem kapitalistischen Establishment zu spüren. Jahrzehnte nach dem Ende des Staatssozialismus scheint eine echte Unabhängigkeit von westlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen so weit entfernt wie eh und je – wenn nicht sogar noch weiter. Viele sind nach wie vor gezwungen, in kapitalistische Kernländer auszuwandern, um dort einen Lebensstandard zu erreichen, der dort als normal gilt. Dieses Gefühl der Enttäuschung und Wut, das in der anhaltenden strukturellen Abhängigkeit begründet ist, wird seit Jahren von Orbán instrumentalisiert. Unter der Oberfläche geht es bei dieser Frustration der Bevölkerung jedoch nicht grundlegend um Orbán selbst, sondern um den globalen Kapitalismus und die Institutionen, die ihn stützen. Dazu gehört auch die Europäische Union, die eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung dieser Arbeitsteilung und der politischen und wirtschaftlichen Hierarchien spielt. Unterdessen profitieren die Menschen in den westlichen Ländern von diesem System, was sowohl die Migrationsströme als auch das Fortbestehen der Ungleichheit erklärt. Die Darstellung der kapitalistischen Kernländer als „Erfolgsgeschichten" der liberalen Demokratie verschleiert die Tatsache, dass ihr Wohlstand auf historischen und aktuellen Ausbeutungsmustern beruht. Die Beziehung zwischen Ost und West in Europa – sowohl historisch als auch innerhalb der EU – ist keine gleichberechtigte Partnerschaft, sondern geprägt von Abhängigkeit und Ausbeutung. Auch wenn den Menschen die Worte fehlen, um die Gründe für ihren Groll zu benennen, lügt ihr Leben nicht. Sie wissen, dass ihr Feind nicht Orbán ist, sondern das Kapital.

Zusammenfassung

Die Ereignisse im Februar 2023 haben die radikale Linke erheblich beeinflusst, jedoch auf sehr unterschiedliche Weise, die wir noch erforschen und verstehen müssen. Dieser Text ist der Beginn dieser Erforschung. Wir wollten nicht nur die Diskussion eröffnen und unseren Standpunkt darlegen, sondern, inspiriert von positiven Erfahrungen internationaler Solidarität, auch die Gründe für eine solche Spaltung in der Kampagne aufzeigen. Wir glauben, dass viele Dinge noch nicht reflektiert wurden, und haben beschlossen, dass wir unsere Überlegungen formulieren und mit Ihnen teilen müssen.

Zunächst einmal ist es wichtig zu erkennen, dass Genoss*innen in unterschiedlichen Kontexten mit unterschiedlichen Ressourcen und manchmal auch unterschiedlichen Zielen agieren. Es gibt keine universellen Strategien oder Einheitslösungen. Man kann nicht einfach irgendwo auftauchen und ignorieren, wie sich die eigenen Handlungen auf die Genossinnen und Genossen auswirken, die tatsächlich dort leben und arbeiten. Darüber hinaus muss man sich vor dem Besuch von Gerichtsverhandlungen Gedanken darüber machen, was diese Ereignisse für die lokale Gemeinschaft bedeuten. Eine solche Haltung würde die Kampagne stärken und die Genossinnen und Genossen eher vereinen, als sie in diejenigen zu spalten, die Maja unterstützen, und diejenigen, die dies nicht tun.

Zweitens geht es bei den Unterschieden zwischen linken Bewegungen nicht darum, „besser" im Aktivismus zu sein; sie ergeben sich aus tiefgreifenden historischen Faktoren – politischer Geschichte, Vermächtnissen, Erfahrungen mit Revolution und Konterrevolution sowie konkreten Ressourcen. Die Größe von Institutionen, der Zugang zu Finanzmitteln, Infrastrukturen wie Druckereien, bestehende Gruppen, die Einrichtung der Logistik usw. und sogar grundlegende Faktoren wie die Frage, wie viel Menschen arbeiten müssen, um zu überleben, Durchschnittslöhne und das Vorhandensein sozialer Unterstützung prägen das, was möglich ist. Wir müssen nicht vor Orbán gerettet werden. Wir müssen vom Kapital und von der westlichen Vorherrschaft befreit werden. Schließlich wird es in Ungarn keine wirklichen Veränderungen geben, nur weil gelegentlich einige Leute zu Besuch kommen, und auch kurzfristige Interventionen werden den Diskurs nicht verändern. Ihr alle wisst, dass es die langsame, beharrliche Organisationsarbeit und die tägliche Arbeit derjenigen, die hier leben, sowie echte langfristige internationale Solidarität, soziale Beziehungen und die Verbindungen zwischen den Menschen sind, die den wirklichen Unterschied ausmachen.

Fazit

Wir haben in den letzten Jahren viele bedeutungsvolle Momente internationaler Solidarität erlebt und arbeiten weiterhin daran, diese Verbindungen zu stärken und unsere Bewegung widerstandsfähiger zu machen. Gleichzeitig hat die „Free Maja"-Kampagne einige der schmerzhaften Aspekte des Internationalismus deutlich gemacht – sie hat alte Wunden aufgerissen, bestimmte Stereotypen und Klischees verstärkt und uns daran erinnert, wie viel Arbeit noch vor uns liegt, um wirklich gleichberechtigte, nicht paternalistische Formen der Zusammenarbeit aufzubauen.

Mit diesem Zine haben wir einen bescheidenen Versuch unternommen, zu verstehen, warum die „Free Maja"-Kampagne die Meinungen über die Kampagne je nach dem Kontext, in dem wir sozialisiert wurden, größtenteils gespalten hat. Während viele von uns mit Maja solidarisch sind und ihre sofortige Freilassung fordern, gibt es unterschiedliche und oft unausgesprochene Positionen dazu, wie die Kampagne mit dem Ereignis selbst umgegangen ist und wie sie – wenn überhaupt – die Budapester Perspektiven einbezieht. Wir hoffen, dass wir einen Beitrag zur Kampagne leisten können, indem wir ihr eine weitere Ebene hinzufügen.

FREIHEIT FÜR MAJA. FREIHEIT FÜR ALLE AUS DEM GEFÄNGNIS!

Abschaffung des Strafvollzugs!

Und vergessen wir nicht:

Fuck die kolonialen Praktiken der EU!

Abschaffung des Kapitalismus!

Abschaffung der Staaten!

Einige Anarchist*innen aus dem sogenannten Ungarn

Übersetzung: ea dresden.Quelle:https://feketelobogo.org

Eine Ergänzung zu den kürzlich veröffentlichten „Kritische Gedanken"

Ende Januar 2026 erschien auf der Website feketelobogo.org ein Text, der nicht gut zu den anderen auf der Website veröffentlichten Texten passte und in dem der*die Autor*in Phänomene kritisierte, die sie*er im Rahmen der internationalen antifaschistischen Solidarität erlebt hatte. [...] Übrigens ist der Slogan gegen die Kolonialisierung durch die EU, der am Ende des Textes steht, zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels einer der offiziellen Slogans des autoritären Orbán-Regimes.

Zunächst einmal ist es von größter Bedeutung zu erwähnen, dass dieser Text die Meinung einiger weniger Personen widerspiegelt und nicht die des gesamten ungarischen antifaschistischen oder anarchistischen Milieus. Darüber hinaus scheint es, dass diejenigen, die den Text verfasst haben, in den letzten Jahren mäßig aktiv am internationalen antifaschistischen Kampf beteiligt waren. Der Hauptfehler des Textes besteht darin, dass die*der Autor*in „dazu neigt, ihre*seine eigenen Erfahrungen zu verallgemeinern", was bedeutet, dass er*sie – angeblich – genau dasselbe tut wie die Menschen, die er*sie kritisiert. Wir behaupten nicht, dass sie*er mit Meinungen konfrontiert war, die ihm*ihr widersprüchlich erschienen, aber es könnte sich dabei um Einzelfälle gehandelt haben, die sicherlich nicht die gesamte Bewegung beschreiben können. Die Veröffentlichung fordert zum Dialog auf, sagt aber nicht, was sie in einem Dialog sagen würde.Gehen wir Schritt für Schritt vor:

-Welche Debatte wird über die Frage „Wie sieht internationale Solidarität aus?" geführt?

-Im Jahr 2023 wurden unmittelbar nach den Protesten drei Personen festgenommen. Eine davon wurde freigelassen, eine andere wurde nach einem kurzen Prozess zu einem Jahr Haft verurteilt und befindet sich seitdem in Deutschland im Gefängnis. Ilaria wurde nach mehr als einem Jahr freigelassen, nachdem sie dank einer italienischen Partei Abgeordnete im Europäischen Parlament geworden war. Die Kampagne für ihre Befreiung stand im Zusammenhang mit dem „Antifa-Ost"-Prozess, der schon damals lange Zeit aktiv war. (Die „Antifa-Ost" ist im Grunde eine „kriminelle Vereinigung", die vom deutschen Staat geschaffen wurde, der wichtigste Beweis für die Anklage wurde in einem Plädoyer als „Geständnis" abgegeben. Dieses Geständnis war auch der wichtigste Beweis in Majas Fall.) Da Ilaria Italienerin ist, kamen zu ihrem Prozess vor allem Unterstützer*innen aus Italien, es handelte sich also nicht um einen „deutschen Fall". Wir haben keine Ahnung, auf welche wertenden oder belehrenden Ausländer*innen der Autor gestoßen sein könnte, da wir, die mit diesen ausländischen Unterstützer*innen in Kontakt stehen, solche Einstellungen nie erlebt haben. Der Artikel suggeriert, dass die Kampagne für die „Dämonisierung Ungarns" nützlich war. Warum sollte das so sein? „Dämonisierung", wenn man sagt, dass das Orbán-Regime die Vorhut des europäischen Faschismus ist? Orbán ist autoritär und hat ein zunehmend faschistisches System aufgebaut – das ist eine Tatsache.

-Alle Kampagnen auf der Seite der Inhaftierten machen deutlich, dass sie sich gegen das System richten, das die Gefängnisse geschaffen hat. Die Nennung einer gefangenen oder inhaftierten Gruppe bedeutet nicht, dass die anderen Gefangenen nicht wichtig sind. Man kann jedoch keine Kampagne durchführen, ohne die konkreten Gefangenen zu erwähnen.

Der Artikel versteht die Funktionsweise einer Solidaritätskampagne nicht. Während wir die Grundlagen der kapitalistischen Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen, akzeptieren wir nicht die Logik der Strafjustiz. Es gibt unzählige Räume, um über politische Methoden zu diskutieren, und es gibt viele Debatten zu diesem Thema. Eine Solidaritätskampagne hingegen ist nicht so ein Raum, sie ist kein Debattierclub.

-Es ist nicht wahr, dass Gewalt gegen Faschisten irgendwo als die einzig wirksame Methode angesehen wurde. Es gibt und gab nie einen solchen Konsens. Der Antifaschismus bekämpft den Faschismus mit unzähligen Mitteln, direkte Gewalt ist nur ein kleiner Teil davon und dient hauptsächlich der Selbstverteidigung. Nazi-Straßengewalt ist überall verbreitet, sogar in Ungarn. Die systematischen einschüchternden Nazi-Aufmärsche, die Gewalt vor allem gegen Minderheiten – auch wenn sie nicht täglich stattfinden, sind jedoch ein bekanntes Phänomen. Jeder in der rebellischen Subkultur hat schon einmal Nazi-Gewalt erlebt. Wenn man mehrere Jahrzehnte betrachtet, findet man Fälle, in denen Menschen Gewalt gegen Nazis zur Verteidigung eingesetzt haben. Plötzlich wechselt der Artikel zum Thema Mobilisierung gegen faschistische Bewegungen, als wäre dies mit Gewalt gleichzusetzen. Das ist ein völliges Missverständnis. Noch einmal: Der Kampf gegen den Faschismus hat eine Vielzahl von Formen und Mitteln, niemand behauptet, dass es nur eine einzige wirksame Methode gibt. Antifaschismus ist nicht wie Bandenkrieg. Ungarn ist Teil der osteuropäischen Semiperipherie. Es fehlt auf keiner Karte. Auch hier gibt es lokale Probleme, aber die Situation ist in der gesamten Region ähnlich. Zweifellos mag in der internationalen Gemeinschaft ein falsches Bild vom Ausmaß des Nazi-Terrors entstanden sein – aber war es wirklich falsch? Bedeutet der Marsch von Hunderten von Nazis in Uniformen ohne Widerstand nicht, dass viele Menschen sich nicht trauen, gegen sie zu protestieren? Einschüchterung erfordert nicht immer direkte Gewalt. Orbán hat sein autoritäres Regime stets ohne Polizeiterror auf den Straßen aufgebaut. Wer zur Zusammenarbeit bereit war, konnte immer ungarische Kontakte finden, aber was die Aktion im Jahr 2023 angeht, so wäre es äußerst kompliziert gewesen, Dinge [im Vorhinein] auszuhandeln.

-Zum Diskurs. Diejenigen, die sich aktiv an internationalen Kampagnen beteiligt haben, können die Erfahrungen des*der Autors*in nicht bestätigen. Alle, denen wir begegnet sind, haben uns zuerst gefragt, wie sich die Repressionen auf uns auswirken. Wir wurden nichtirgendwie belehrt. Niemand wollte uns Ratschläge geben, und alle interessierten sich für die Lage in Ungarn.

-Jeder kann zum Ziel des Faschismus werden, daher können wir keine Prioritätenliste erstellen. Wenn wir jedoch über den Zweiten Weltkrieg sprechen, ist es nur natürlich, dass der Holocaust im Mittelpunkt der Diskussion steht. Niemand kritisiert, dass sich jemand gegen die faschistische Hetze gegen die Roma wehrt. Die bestehende internationale Zusammenarbeit funktioniert so, wie es der Artikel wünscht: auf der Grundlage des gegenseitigen Erfahrungsaustauschs und der Absicht, einander zu verstehen.

-Der*die Autor*in betrachtet sich selbst als linksradikale Person, als Linke*n, *dieder radikaler ist als die anderen. Aber wir sind der Meinung, dass der Anarchismus außerhalb der Systemgrenzen liegt und somit nicht nur eine von vielen linken Ideologien ist. Tatsächlich kann die kapitalistische Wirtschaft in der kapitalistischen Weltordnung außerhalb des imperialen Kerns nirgendwo unter den Regeln der liberalen Demokratie funktionieren. Osteuropa ist eine Region der Semi-Peripherie, hier sind die autoritären Systeme Teil des Kapitalismus. Wir können davon ausgehen, dass jede*r Anarchist*in mit der Funktionsweise kapitalistischer Hierarchien vertraut ist. Wir haben nie erlebt, dass westliche Anarchist*innen die Osteuropäer*innen als „Kinder" betrachtet hätten. Das bedeutet nicht, dass es keinen Bedarf an politischer Bildung und Entwicklung gibt. Unsere Erfahrungen zeigen, dass gegenseitige Bildung die Grundlage für Zusammenarbeit ist. Aber um dies zu erleben, brauchen die Menschen echte, langfristige Beziehungen.

-Es gibt keine Anarchist*innen, die nicht sehen, dass sich Orbáns Fremdenfeindlichkeit nicht wesentlich vom Rassismus des imperialen Kerns unterscheidet. Neoliberalismus ist eine Wirtschaftspolitik. Orbáns Wirtschaftspolitik ist neoliberal. Neoliberale Wirtschaftspolitik hat nichts mit liberaler Demokratie zu tun, sie kann ohne sie existieren. Der*die Autor*in ist der Meinung, dass seit den 1980er Jahren die Chance für Länder, „ihren eigenen Weg zu bestimmen", abnimmt. Warum, wann hatten sie denn diese Chance? Während der mehreren hundert Jahre des Kapitalismus konnte Osteuropa beispielsweise nicht das Niveau Westeuropas erreichen. Es gab nie so etwas wie einen eigenen „nationalen Weg". Was für ein*e Anarchist*in ist jemand, die*der „die Aufmerksamkeit" von der EU oder der NATO „ablenkt"? Die Grundlage des anarchistischen antifaschistischen Kampfes ist der Kampf gegen den Kapitalismus. Antifaschismus ist einfach notwendige Selbstverteidigung, ein Kampf gegen die stärkere Form des Kapitalismus – aber alle anarchistischen Interpretationen des Faschismus haben gemeinsam, dass Faschismus nur eine der Formen der Herrschaft des Kapitals ist.

-Wie stellt sich der*die Autor*in die „Unabhängigkeit von westlichen Wirtschaftsinteressen" vor? Glaubt sie*er ernsthaft, dass eine Abspaltung von der globalen kapitalistischen Weltordnung möglich ist? Das kann höchstens in den verschiedenen sozialdemokratischen Utopien geschehen. Es ist nur natürlich, dass sich die Menschen unter dem Kapitalismus nicht wohlfühlen, aber wenn jemand versuchen würde, diesen Zorn gegen den Westen zu richten, würde diese Person lediglich den Kapitalismus verteidigen. Natürlich ist Orbán unser Feind, da er hier der wichtigste Verteidiger der Herrschaft des Kapitals ist.

-Es ist nicht wahr, dass 2023 den politischen Kampf radikal beeinflusst. Es gab sicherlich einen Vorwand für die faschistische Propaganda, aber das ist nicht der Grund für die Verfolgung des Antifaschismus. Orbáns autoritäres System steuert direkt auf den Faschismus zu. Im September 2025 – zweieinhalb Jahre nach 2023 (!) – wurde der Antifaschismus offiziell verboten, aber das ergab sich aus der inneren Logik des Systems und den vorteilhaften Veränderungen im Ausland.

-Wie können wir „von der westlichen Vorherrschaft befreit" werden? Wer ist „wir"? Von welcher Art von Vorherrschaft sprechen wir? Was bedeutet die „Praxis des Kampfes gegen die Kolonisierung durch die EU"? Der Artikel basiert auf oberflächlichen Eindrücken, und leider lässt sich daraus nichts herauslesen, was zu irgendeiner Art von Dialog führen könnte.

andere Anarchist*innen aus Ungarn

RE: Re:Organisiert die materiellen Grundlagen revolutionärer Organisierung

In Zeiten großer Ohnmacht wird selbst von den Wissenden alles in Frage gestellt, sogar ihr Wissen und ihre Denkmethoden selbst. Man wisse noch so wenig, gar nichts eigentlich, muss ganz von vorne anfangen, alles neu bedenken, die ganzen alten Sachen nochmal lesen, das Denken erneut erfinden, etwas auf den Begriff bringen und sich einigen, dann schnell die neuesten Phänomene mal ganz kurz abreißen und sich dann wieder wundern, warum das alles und so schnell passiert…Oder die ganz alten Sachen wieder ausgraben, Stalin-Lesekreis, Entweder-Oder-Logiken, methodischer Nationalismus, stumpfer Anti-Imperialismus, Demokratiepropaganda, Werte wie Disziplin, Anstand, Verbindlichkeit. Alles nicht schlecht, aber irgendwie fehlt da was, irgendwas ist komisch. Hier soll die Behauptung aufgestellt und argumentiert werden, dass in den letzten 20 Jahren sich zu wenig mit den materiellen Vorbedingungen von Widerstand beschäftigt wurde, also dem Alltag und seinen zwischenmenschlichen Verhältnissen beschäftigt wurde. Ausnahme bleibt dabei die theoretisch deutlich weiter entwickelte feministische Theorie marxistischer oder anarchistischer Herkunft, die sich diesen Themen seit langem widmet. Nur leider werden diese immer noch zu wenig wahrgenommen bzw. nur auf Identitätspolitiken rumgehackt (siehe letzte Blättchen-Ausgabe), ohne die gesellschaftlichen Strukturen, die solch eine Politik bewirken oder gar nötig machen zu benennen. Doch wenig mehr trennt uns voneinander als der Alltag und seine Strukturen, denen wir auf unterschiedliche, intersektionale Art unterworfen sind.

Mit der Sache, der gesellschaftlichen Grundlage, den grundlegenden Verhältnissen, dem Alltag aus dem Ideologien, Identitäten, Alltagshaltungen und Werte entstehen, mag man sich nicht beschäftigen, denn das führt zu weit, ist zu viel, da haben die Leute keine Zeit für, das muss reichen, das versteht doch eh keine*r, die hat man halt…Sie verschwinden immer noch hinter dem Vorhang der Normalität und der Natur, des Alltags. Und ohne die Sache dann betrachtet zu haben, werden wiederum Urteile gefällt, Empfehlungen ausgegeben oder sonstige politische Maßnahmen ausgegeben, die sich an Individuen richten oder gar nicht näher bestimmt werden, meist schlecht abstrakte Bestimmung und moralisierende Inhalte.

Alltag und und die Ideologie des Neoliberalismus

Dies sind Phänomene des Neoliberalismus und seines Weltbilds, des Individualismus. Beide setzen das Individuum und seine Innenwelt als Kern der Welt und versuchen durch es, alles zu verstehen und zu bewerten. Diese sind dann nur noch zu vernetzen. Das, was als Verantwortung des Individuums ausgegeben wird, was nur kollektiv, gemeinsam, gegenseitig und in großer Menge zu ändern ist, erscheint als individuell zu verantwortender Mangel an subjektiven Werten oder Fähigkeiten und erzeugt einen starken Druck auf die Individuen sich zu ändern. Zwingende Umstände erscheinen gar nicht mehr als solche, so wie etwa die Organisierungsfähigkeit zersetzende Ausweitung der Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit bei gleichzeitiger Prekarisierung der Leben. Die Autonomie erweiternden Umstände, Möglichkeiten und zwischenmenschlichen Verhältnisse werden kaum noch theoretisiert in Bezug auf Möglichkeiten des Widerstands. Auch Alltag, diesmal der Widerständigen, wird als normal und universal gesetzt, ohne sich jemals zu fragen, ob dies überhaupt so ist. Von sich wird schnell auf andere geschlossen, ohne unterschiedliche gesellschaftliche Positionen der Arbeitsteilung und ihrer Folgen zu betrachten. Selbst Schuld. Oder die negative Form davon: Da kann man gar nichts machen, weil… . Beide Extrempositionen sind falsch. Nicht nur weil sie Überforderung und Hilflosigkeit kultivieren, sondern vor allem, weil sie das Individuum in den Mittelpunkt und dieses damit auch als alleinigen Verantwortlichen für alles setzen. Die Möglichkeiten von Arbeitsteilung und Lernerfahrungen, also der Veränderung durch Verbesserung der Tätigkeiten, die das Potenzial haben, dass etwas besser werden kann, werden ausgespart und damit die Voraussetzungen und notwendigen Existenzbedigungen von Organisierung vergessen.

Es wird Ideologie mit Wirklichkeit verwechselt, vergessen, dass das Subjekt sich seine Vorstellungen über den Alltag im Alltag aneignet und produziert, seine Werte aneignet und modifiziert, sein Verhalten im Alltag aneignet, einübt und reproduziert, niemals alleine. Sie sind außerdem Produkte von Sozialisation und Erziehung, wie die Erziehenden und der materielle Grund warum überhaupt erzogen wird, modifiziert durch das bisschen Individualität, Erfahrung und Willen. Was dieser Alltag und seine Geschichte ist, wie er verarbeitet wird, wie er sich darstellt sind verschiedene, wenn auch vermittelte Dinge, die als solche und in ihrem Verhältnis dargestellt werden müssen.

Re:Organisiert die Antifa!

Das gilt auch für Debatten um die Re:Organisierung der autonomen Antifa (in: autonomes Blättchen Nr.63 „Zur Notwendigkeit antifaschistischer Re:Organisierung") und Debatten um Faschismus und Antifaschismus in Ostdeutschland (siehe Autonome Blättchen und Indymedia 2024/2025). Faschismus ist keine Meinung, sondern eine Gesellschaftsstruktur, die intensivste, brutalste und wahnsinnigste Form bürgerlicher Herrschaft. Wenn er da ist, weiß man es, vorher ist das schwer. Die Gefahr droht in bürgerlichen Gesellschaften immer, mal mehr mal weniger, eben weil die historischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, Kapital, Staat, Patriarchat, nahezu identisch sind mit denen der faschistischen Gesellschaft. Kapital, Staat, Patriarchat haben die strukturelle Angewohnheit sich zu konzentrieren und zu intensivieren, die gesamte Gesellschaft zu umfassen.

Dies hier wird aber kein Text zum (kommenden) Faschismus, davon gibt es schon genug und diese sind in Kombination mit den Texten aus der älteren und jüngeren Geschichte ausreichend, um das Hier und Jetzt zu verstehen (nachlesen im Buch „bis alle frei sind" Immergrün-Verlag 2025 und in den Klassikern). Es soll um die Grundlagen der Analyse gehen, wie man dem was entgegensetzen kann. Denn auch Werte und Ideologien haben ihre Basis im alltäglichen, praktischen Vollzug des Lebens, sowohl gedanklich als auch praktisch. Verbindlichkeit und Eigenverantwortung sind keine individuell gesetzten Einstellungen, sondern Resultat gelingender Veränderung auf der Beziehungsebene im zwischenmenschlichen Bereich

und gelingender individueller Reproduktion, also zwischenmenschliche Beziehungsinhalte und Beziehungsformen, keine individuellen Werte. Gelingend bedeutet hier, wie auch im kritisierten Text („Zur Notwendigkeit….s.o.) ohne Hierarchien (vor allem im alltäglichen Bereich, der zumeist patriarchal organisiert ist), die nur mit Gewalt oder anderen Zwängen Dauerhaftigkeit herstellen können und notorisch instabil sind. Sie gehen kaputt, wenn sie nicht mehr materielle Praxis sind und propagiert werden müssen, sondern werden so zu „Werten", eher „Normbildern", „Ideen".

Wissen, Denken, Werte

Um hier Missverständnissen vorzubeugen: Es ist gut, wenn viel gewusst wird im Großen und im Kleinen, wenn man anständige Werte hat und gut nachdenken kann. Wenn die Umstände es hergeben, sollte man besser handeln und nicht aus reiner Bequemlichkeit Schäden anrichten oder alles vollkommen passiv hinnehmen. Ganz sicher ist auch, dass Wissen und Denken und Werte eine*n nicht besser macht als die Umstände, unter denen man handeln kann und muss, es zulassen. Es ist ebenfalls gut, wenn viel gekonnt wird, denn ganz sicher ist nur Handeln realitätsverändernd, nur so können wir das Gegebene zum Besseren oder Guten wandeln. Man muss Denken, Wissen und Werte tun können, gemessen an vorgegebenen Spielräumen. Diese Spielräume müssen aber gekannt werden, um nicht das einzelne Individuum stark zu überfordern oder Schäden an Anderen anzurichten. Wer andere Genossen*innen ausbeutet oder beraubt, nur um Verbindlichkeit und Eigenverantwortung in der Macker-Antifa-Gruppe herstellen zu können leistet der Sachen einen schlechten Dienst. Diese Spielräume und Umstände sind in den meisten Fällen nicht individuell, sondern betreffen uns gemeinsam und sind stets durch und mit anderen Menschen vermittelt.

Sicher ist auch, dass ich was wissen muss oder Werte haben muss, um mein Handeln zielgemäß ausrichten zu können. Wenn ich nicht in der Lage bin zu verstehen, dass es die Anderen braucht, damit sich was ändert, dann brauche ich moralische Werte wie Verbindlichkeit und Eigenverantwortung, damit diese mangelnde Einsicht in die Notwendigkeit (Den kommenden Faschismus besiegt man nicht allein, sondern nur mit vielen, gut Organisierten mit ausreichend Ressourcen) überbrückt wird. Aus der Einsicht ergibt sich der Wert Verbindlichkeit. Diese Einsicht ist auch rein praktisch als individuelle oder gemeinsame Erfahrung möglich und eher der Normalfall. Fraglich bleibt, ob ich/wir in der Lage bin/sind diesen Werten handelnd Geltung zu verschaffen und zwar allseitig. Die trübe Geschichte vieler Politgruppen ist, dass diese zwar einen hohen Grad an Verbindlichkeit in der Politarbeit zeigen, dafür aber die Reproduktionsarbeit ihrer Genossen*innen ausgebeutet haben. Beispielhaft steht dafür die klassische patriarchale Arbeitsteilung, in der Verbindlichkeit im politischen Bereich Unverbindlichkeit im privaten Bereich voraussetzt. Ein kürzlich erschienener Text zu Partyvismus, nennt dies ganz im Marktjargon der Gegenwart (nichtsdestotrotz treffenderweise) Konsum. Ändert sich nun meine Wahrnehmung der Realität und was ich darüber denke, dann ändere ich, wenn die Umstände (materielle und psychische) dies zulassen, mein Verhalten. Fragt sich wiederum, was dazu führt, dass ich Erkenntnisse gewinne, also die Wahrnehmung der Realität verändere. Dass dabei die Veränderung des Denkens oder die Anerkennung von Werten relevant sein kann ist durchaus wichtig. Aber nur die Veränderung des Denkens oder die Anerkennung von Werten kann keine Realität verändern, erst die Umsetzung in Handlung tut dies. Es tritt also notwendigerweise Vermittlung von Denken und Handeln ein, die näher bestimmt werden muss und zwar konkret am Objekt, der Sache, auf die sich Werte und Ideen orientieren und dem gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie stattfinden.

Um etwas zu ändern, muss ich verstehen wie Veränderung funktioniert, nicht, wie ich mir vorstelle, dass sie funktionieren soll oder könnte. Wenn sich etwas verändert hat, dann gilt es zu prüfen, ob das, was sich verändert hat, damit zusammenhängt, was ich getan habe. Denn wenn sich etwas ändert, was es zunächst zu verstehen und dann zu begreifen gilt, dann muss diese Veränderung sichtbar sein als Grundlage für neues Denken, sie muss begriffen werden. Wer sagt, dass etwas anders geworden ist oder fehlt, sollte sich auf die Suche machen danach, was sich geändert hat. Wer einen Mangel feststellt, der muss erklären, warum, um politisch damit umgehen zu können. Beispiel: Festzustellen, dass die Erde durchschnittlich immer wärmer wird und das schlechte Auswirkungen auf Tier und Mensch hat, lässt einen hilflos zurück, weil man ja gar nicht weiß, warum und wieso. Wissen wir das, dann können wir uns darüber streiten, was dagegen zu tun ist. Dieser Streit, eine durch und durch soziale Angelegenheit, lässt erst Gemeinsamkeiten und Unterschiede auftreten.

Die Lücke zwischen Alltag und Ideologie

Auch wenn viel gewusst wird, so meist nur über das, was sich als Ideologie darstellt und ausdrückt, doch das ist nicht die Sache selbst. Ideologie ist nur vor der Folie dessen zu verstehen, wovon diese Ideologie "falsches Bewusstsein" "Alltagsorientierung" "Weltbild" oder welchen Begriff ihr auch immer von Ideologie habt, ist. Wenn die Welt tatsächlich von Echsenmenschen regiert werden würde, dann wären wir die Spinner, die behaupten, das stimmt nicht. Hier kommt dazu, dass die Lücke zwischen Subjekt (wahrnehmende Person) und Objekt (das Wahrgenommene, Sache Person Verhältnis...) ebenso hochgradig relevant ist, denn sie beschreibt die denkende, fühlende und handelnde Praxis, in der Ideologie entsteht, sich verändert, sich reproduziert und praktisch bearbeitet wird unter Einfluss von beiden Seiten auf Basis gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse. Je nach Ideologiebegriff wird der Schwerpunkt der Beziehung höchst unterschiedlich verteilt. Hier gibt es eine kleine Chance, dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse etwas entgegenzusetzen und wir leben davon: Negation, Verweigerung, Mitgefühl, Kritik, Wille. Sonst wäre nicht zu erklären, warum die einen so und die Anderen anders denken/handeln….

Warum gibt es die autonome Antifa nicht mehr?

Menschen müssen also fragen, warum es die autonome Antifa nicht mehr gibt. Gründe dafür werden im hier kritisierten Text durchaus angeboten, verbleiben aber auf der subjektiven Ebene und verbleiben in aufzählender und spekulativer Form. Die materielle Ebene kommt kaum vor, vor allem nicht als Grundlage des Handelns. Dies fällt an sehr vielen Texten der vergangenen Antifa-Debatte 2025 auf. Ebenso spielt in vielen Analysen zum Faschismus, zu Krieg und Frieden, dem Patriarchat oder der Kritik an Identitätspolitik usw. die Objektseite, also das, was es zu analysieren gilt, kaum noch eine Rolle spielt, außer als Aufzählung, was denn alles schlimm geworden ist.

Als wäre die Entstehung des Faschismus als radikalisierte Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft nicht ein langwieriger Prozess. Faschismus ist für die Meisten einfach, wenn es dolle scheiße ist und Minderheiten und Marginalisierte massenhaft gequält werden. Die aufgezählten politischen Ereignisse sind nur Symptome eines langwierigen Prozesses, sie tauchen als Skandale und emotionale Reaktionen hervorrufende Ereignisse auf, welche dann als für sich stehend, aber immerhin in einer Linie stehend, gesehen werden.

Ein Beispiel zur Erläuterung ist die systematische Ausblendung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Corona-Krise und diese selbst. Die Abwesenheit der Thematisierung der bisher größten Krise unserer Lebenszeit

ist augenfällig. Diese war nicht nur eine Krise der Gesundheit, sondern eine selten dagewesene wirtschaftliche Krise. Wir alle kennen den Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise 1929 und dem Aufkommen der historischen Faschismen weltweit. Egal, wie man dies nun theoretisch versteht, könnte man daraus gelernt haben: Ok, wenn es wirtschaftlich so richtig schlecht läuft, dann droht Gefahr. Diese Gefahr kennen wir, nämlich die Intensivierung der Herrschaft und die Ausbreitung autoritärer Formen des Miteinanders. Die Intensivierung von Herrschaft haben viele Linke und Linksradikale mitgetragen, ebenso auch die Ausbreitung autoritärer Formen des Miteinanders. Warum ist nicht ganz klar, dazu möchte sich von Linksradikalen niemand befragen lassen. Sicherlich ist die Ausgangslage für eine suchende Antwort der allgemeine autoritäre Charakter als Grundtypus des Charakters in bürgerlichen Gesellschaften. Die staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie waren das größte repressive Ereignis der bundesdeutschen Geschichte seit 1990. Die seit der Pandemie vorherrschende Wirtschaftskrise tut ihr Übriges. Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sind auch für uns nicht sonderlich gut und es geht immer noch schlimmer.

Warum ist das wichtig?

Wenn man nicht weiß, welche Entwicklungen dazu führen, dass Parteien wie die AfD entstehen und groß werden und wenn man nicht weiß oder richtig fühlt, zu welchem Zeitpunkt wer anzugreifen ist, dann wird man den Punkt verpassen, an dem man hätte intervenieren können oder andere politische Maßnahmen ergreifen. Und zwar mit deutlich weniger Einsatz als jetzt erforderlich ist, wo die AfD stabil ein Viertel der Wähler*innen repräsentiert. Wenn man nicht weiß oder fühlt, dass Organisierungen nur Bestand haben, wenn man sich verbindlich verhält und verhalten kann, dann werden die keinen Bestand haben.

Wenn man nicht weiß, dass das Patriarchat auch ein wirtschaftliches Verhältnis ist, welches sich seine Objekte auch durch die zwingenden Erfordernisse auf den jeweiligen hierarchisch geordneten Positionen erschafft und dies mit Gewalt durchsetzt, dann muss es ein Rätsel bleiben, warum sich Ideologie und Praxis des Patriarchats modernisiert, aber stets erhalten bleibt. Warum Antifa-Strukturen fast nur aus Typen bestehen. Darüber, wie das Patriarchat nun abzuschaffen ist, darüber kann man dann politisch streiten, sicherlich auch durch unterschiedliche Analysen informiert. Wer allerdings glaubt, dass es nur ein gedankliches oder ideologisches Verhältnis zwischen dem Ideologieträger Mann und der Ideologieträgerin Frau ist, bekennt sich zum kleinbürgerlichen Idealismus deutscher Prägung, der*die glaubt Menschen bräuchten nur die guten und richtigen Ideen beigebracht zu bekommen, dann wird schon alles gut. Man tut so, als ob echte Vorurteile einfach nur Ideen wären, die man in Aufklärungsworkshops los werden kann. Die viel spannendere Frage ist, warum man den Dreck geglaubt hat,warum es überhaupt Aufklärung braucht und was zur Hölle das mit meinen Gefühlen zu tun hat.

Analyse des Gegebenen ist unabdingbar

Die Meisten wissen nicht, welchem Gegner man wie gegenübersteht und was es für Möglichkeiten gäbe dagegen vorzugehen, außer dass wir ganz wenige sind und ganz schwach (Wieviele sind wir denn und schwach im Gegensatz zu wem?). Was nun mit dieser Lage tun, darüber wird dann gar nicht mehr geredet, es wird als Sachverhalt, nicht als konkretes, sich änderndes und beeinflussbares Machtverhältnis verstanden. Was dann zu tun wäre, bleibt im Dunkeln, muss im Dunkeln bleiben. So debattiert man darüber, auf welche Seite man sich stellen muss im Krieg, gerade aus eigener Unfähigkeit (gedanklich und praktisch) heraus für sich selbst

stehen zu können. Den Gedanken, dass man ja auch die ganzen rechten Spinner an die Front verschieben könnte, damit sie sich für ihr Vaterland abknallen lassen, habe ich noch nie vernommen, und im Zuge dessen nutzen wir die Zeit um eigene Optionen zu erarbeiten....Was Krieg materiell und gesellschaftlich bedeutet, selbst, wenn er gewonnen wird, wissen die Meisten gar nicht, die über Wehrpflicht, Russland, Ukraine oder sonstwas reden. Die materiellen Verhältnisse und wie sich diese unter welchen Bedingungen verändern wird nicht in den Blick genommen.

Dass wir uns in der Phase eines reaktionären und autoritären Umbruchs befinden wissen ja nun alle. Das das Ganze spätestens mit der Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die Agenda 2010 durch die Rot-Grüne-Regierung vor über 20 Jahren begonnen hat, das wird gern vergessen, weil da gab es noch nicht die AfD, die nur das Symptom tieferliegender Entwicklungen ist. Sich dagegen langfristig und mit „Programm" (also einer Vorstellung wie und wann etwas zu tun ist und was es dazu braucht) zu organisieren, braucht Zeit. Anrufungen moralischer Art (auch durch das eigene Gewissen) hingegen erhöhen nur kurzfristig die Schlagkraft und schaden langfristig, weil sie Ressourcen rasend schnell verbrennen, die sich nicht alleine wieder herstellen. Dies kann unter bestimmten Umständen, die dann auch als solche gekennzeichnet werden sollten, durchaus notwendig sein, man nennt es dann Hingabe oder Opfer bringen. Dieses Argument soll zeigen, dass Entwicklungen langfristiger Natur sind und manchmal sichtbar Geschwindigkeit aufnehmen. Verhalten wir uns nicht ähnlich, also langfristig aufbauen, um kurzfristig handeln zu können, dann können wir dem sozialen Wandel nur stets erschöpft hinterherkampagnieren. Wie sozialer Wandel funktioniert, darüber gibt es kaum Vorstellungen, so wie es keine belastbare linksradikale Strategie (abgesehen von den Roten Strategien) gibt, die sich an der konkreten Realität orientiert. Dass man die eigene Moral und Politik auch (über-)leben muss, davon handeln die Texte nicht, wir sind alle notwendigerweise Propagandist*innen von Werten und Denkweisen geworden oder müssen uns aufopfern. Zum Teil notwendigerweise, weil wir die Kräfte gegen uns so stark und unsere tatsächlich so schwach sind sich also wenig real dauerhaft verändern lässt. Nur ein gemeinsamer Ausstieg daraus ist möglich. Dieser Text möchte ein Plädoyer dafür sein, sich die Zeit zu nehmen, über die eigenen und fremden Bedingungen des Widerstands nachzudenken und soll eine Selbstverteidigung gegen die ständigen Aufrufe zu !Mehr! sein. Ja Mehr, aber mehr Leute, mehr Organisierung, mehr Grundlagen, nicht noch mehr individuelle Fähigkeiten und Werte. Dafür ist es meiner Meinung nach notwendig weniger „zu machen", nicht auf jeder Hochzeit zu tanzen, nicht allem hinterherzukampagnieren. Was das genau bedeutet kann ich nur in meinen Kontexten besprechen, es ist nutzlos meinen Kontext auf euren Kontext anzuwenden, dazu sind alle selbst in der Lage.

Die eigene Misere

So schrauben sich die Anforderungen und Erkenntnisse in immer weitere luftige Höhen während wir im Schlamm hocken und kaum von der Stelle kommen ohne zu wissen warum. Dann kommt man halt schnell auf die Idee, dass Andere schuld sind ("die Antideutschen" "die Roten" "die Macker" "der Queerfeminismus" ...) statt die eigene Misere anzuschauen und zu checken, dass Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit einen langsam aber sicher zugrunde richten, während man dem Großgrundbesitzer 30-50% des Einkommens als Schutzgeld überreichen darf. Der Fürsterzherzog Aldi verlangt seinen Tribut, damit ich was essen darf. Und wenn ich meine Untertanenrechte wahrnehmen möchte, dann muss ich mich psychisch quälen lassen von Bütteln und Schergen, denen es kaum besser geht als mir. Dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinanderklafft bedeutet vor allem, dass sich die Machtverhältnisse stark zugunsten des oberen Scherenteils verteilt hat. Im Alltag bedeutet das im Kapitalismus immer, dass ich mehr Zeit für die Herrschenden arbeiten muss, mir also weniger Zeit und Energie für Widerstand zur Verfügung steht.

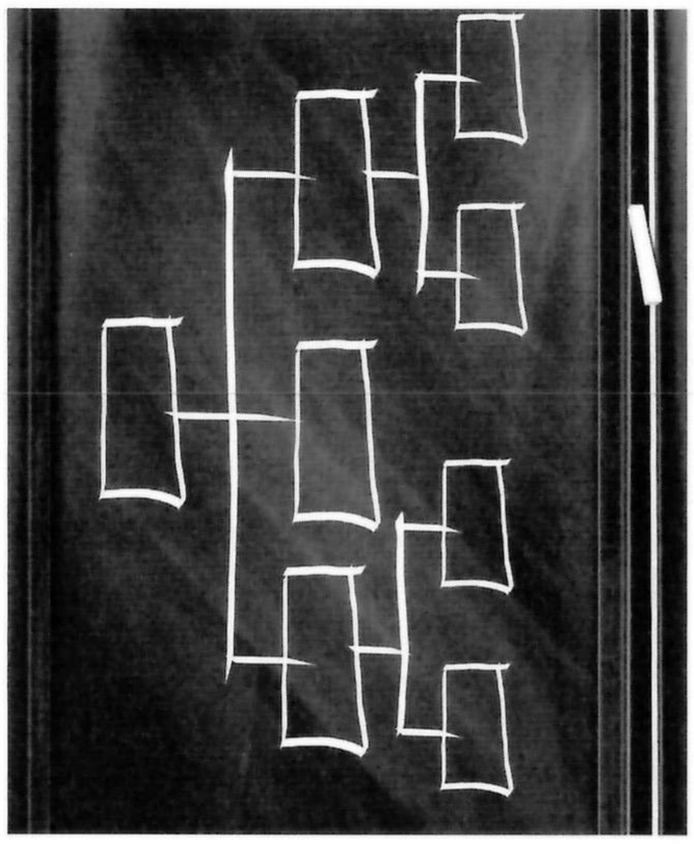
Die großen Unterschiede zwischen den 1990ern und den 2020ern sind die politökonomischen und polizeilichen und massenmedialen Verhältnisse unter denen wir gedeihen und verderben - nicht eine sich ausbreitende Unverbindlichkeit oder gar Mangel an Selbstdisziplin. Um nur wenige wirtschaftliche Punkte zu nennen: Die Konjunktur lief halbwegs, der Sozialstaat war deutlich stärker ausgebaut, Arbeitslosenunterstützung deutlich höher, die Miete geringer, die Löhne relativ gesehen höher, die Arbeitszeit weniger intensiv, die Gewerkschaften stärker...Das, was wir Neoliberalismus nennen, war und ist Klassenkampf von oben bei dem die gesellschaftliche Linke insgesamt deutlich an Macht verloren hat, weil ihr die Massenbasis, Mobilisierungspotenzial und Zuversicht systematisch kaputtgemacht wurden. Gleichzeitig wurde der Repressionsapparat ausgebaut, mit weiteren Befugnissen ausgestattet, die Trainings verbessert und neue effizientere Taktiken der präventiven Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Mittlerweile sind viele Städte mit tausenden Kameras ausgerüstet, die Autobahnen werden in regelmäßigen Abständen gescannt. Die Massenmedien haben eine ungeheure Vielzahl an Menschen in nie dagewesener Geschwindigkeit vermasst, abhängig gemacht und auf schlechte Art und Weise miteinander vernetzt. Social Media ist ein nie dagewesener Vermassungsapparat, der die ihm ausgesetzten psychisch an das Herrschende bindet und einem viel Scheiße ins Gehirn kippt, auch das Reinkippen von „guten" Inhalten ist problematisch. Soweit ich weiß, gab es keine gelungene Hausbesetzung, die sich länger als ein Jahr halten konnte, seit 10 Jahren, es gibt sie kaum noch, viele wurden unter Gegenwehr geräumt. Diese kurze, umvollständige Aufzählung soll nur dazu dienen, aufzuzeigen, dass große Veränderungen bei den grundlegenden Bedingungen des Widerstands stattgefunden haben.

Sicherlich gibt es auch schlechte Entwicklungen innerhalb der politischen Bewegungen, die sich links schimpft, doch sind diese als eher schwach einzuschätzen im Gegensatz zu den ökonomischen, politischen und medialen Einflussgrößen, die auf uns alle jeden Tag wirken. Der Neoliberalismus hat seinen Siegeszug auch in unseren Kreisen erlebt. Arbeitskrafterhöhung durch Flexibilisierung und Verschlimmbesserung der Kommunikation mithilfe digitaler Technik, welche beständig aktualisiert, gewartet und neu angeschafft werden muss. Vernetzung ist angesagt, ebenso wie Information. Jetzt sind halt alle gut erreichbar und vernetzt, aber nicht mehr gut organisiert, wenn man darunter wiederum nicht nur Vernetzung versteht, sondern diese auch eine materielle Grundlage hat. Jetzt sind wir halt gut erreichbar, aber nicht mehr gut organisiert. Für nicht hochgradig spezialisierte Arbeitskräfte wird der Markt prekärer, jede*r muss sich eine hochspezialisierte Nische suchen und dort versuchen Anschluss zu halten, an ein Milieu aus Widerständigen, dass in zunehmendem Maße Abhängigkeiten vor allem wirtschaftlicher und sozialer Natur schafft und daher zur Abschottung und Konformität neigt und dem Autoritären Tür und Tor öffnet.

Was erschaffen?

Erst wenn wir verstanden haben, dass es nichts nützt zu fordern, dass man ohne Angst seine Meinung sagen können soll, sondern Umstände und zwischenmenschliche Verhältnisse erschaffen, in denen eine andere Meinung keine zu Recht angstauslösenden Konsequenzen mehr beeinhaltet, dann wird sich sowas ändern, weil wir dann eine Ahnung davon haben, was zu tun ist. Ansonsten verschieben wir den Druck auf das verängstigte Individuum, es möge doch bitte mutiger sein, verbindlicher und eigenverantwortlicher. Oder müssen repressiv gegen diejenigen vorgehen, die abweichende Meinungen (zu welchem Grad?) verurteilen und ausschließen wollen (ab wann zu Recht?).

Auch hier geht es nicht darum, pauschal zu sagen, dass man das nicht sagen sollte zu Leuten die eigentlich vor nichts Angst haben müssten, weil es in Realität keinen angemessenen Anlass dafür gibt. Es kommt halt wieder darauf an, wie sich die konkrete Sachlage verhält. Die Frage ist also nicht: Bin ich ängstlich? Sondern: Ist diese Angst der Sache angemessen? Erst wenn ich weiß, wie das Objekt wirklich ist, kann ich mich ihm stellen, auch wenn noch immer der Schatten des vorgestellten Monsters über ihm lauert. Der langwierige Prozess des Verlernens der Angst oder des Aushaltens der Angst kann beginnen. Dieser Prozess ist vor allem ein gemeinsamer, wie es für die meisten erlernten sozialen Praxen gilt. Dieser Prozess ist auch ein materieller, denn die Lernumstände, also alles was bestimmt wie wann wie oft durch wen und mit welcher Qualität gelernt werden kann, ist in letzter Instanz und in herausragendem Maße von politökonomischen Umständen bestimmt (Wie viel Zeit haben wir dafür? Wer kann wie gut helfen? Was passiert sonst so mit mir? Wie viel Aufwand ist nötig, um das Gelernte auch dauerhaft zu behalten oder zu können? Wissen wir, dass Lernen eine soziale Angelegenheit ist und organisiert werden muss?).



Um den Vorwurf des Ökonomismus oder marxistischer Dogmatik zu entkräften hier ein Gedankenexperiment: Stell dir vor, du lebst in einem Land ohne Sozialstaat und mit starker politischer Repression, der kaum Steuern erheben kann, weil die Wirtschaft imperialistisch und neokolonial ausgebeutet wird von der BRD und so direkten Raub an seiner Bevölkerung, also auch an Dir, praktiziert. Könntest du dann deine politischen Aktivitäten dort genauso durchführen? Hättest du genug Zeit und Kraft? Oder bestimmen die Umstände Zeit und Kraft dafür? Ich bin selber schwer dafür, Werte, wie Verbindlichkeit und Selbstverantwortung in hohem Maße einzufordern und einen Anspruch von Mindestfähigkeiten an Genossen*innen zu stellen. Dies aus den vielen Gründen, die auch im Text in der vergangenen Ausgabe genannt wurden. Diese werden hier nicht wiederholt, lest das! Vor allem allerdings, weil bei einem zu geringen Maß an Fähigkeiten andere die Drecksarbeit verrichten müssen. Wer etwa wie Rote Gruppen nicht möchte, dass die angeblich "antideutsche Schlägertruppe" Antifa-Ost oder gar die Polizei gegen Nazis vorgeht, wird es selbst tun müssen. Machen sie aber nicht, sie nutzen die Arbeit anderer systematisch aus, das ist es, was eine Avantgarde erst entstehen lässt, sei es durch die (durchaus auch) freiwillige Abgabe von Arbeit und Macht nach oben oder durch simple politisch-autoritäre Lenkung und Hierarchien. Das gleiche gilt auch für die autonomen und anarchistischen Avantgarden und Eliten, zumeist Männer. Wer ökonomisch nicht für sich selbst sorgen kann, aus welchem Grund auch immer, muss versorgt werden. Diese Versorgung bedeutet Aufwand, was ein Problem ist, wenn Ressourcen knapp sind. Je mehr Menschen also krank werden innerhalb der Bewegung, desto mehr Aufwand muss geleistet werden, um diese zu versorgen. Es fragt sich, wie diese Arbeit geleistet wird und von wem. Es fragt sich, wie diese Arbeit bezahlt wird und von wem. Wo, wann, wie diese Arbeit aufgeteilt werden kann und je nach Fähigkeiten aufgeteilt werden sollte, ist eine ganz andere Frage. Auch die Frage, wer für wen was macht und welchen Anspruch ans Gegenüber gerechtfertigt ist und wann z.B. staatliche oder zivilgesellschaftliche Stellen in die Pflicht genommen werden müssen, ist in diesem Kontext zu beantworten. Aber es sind Fragen, die gestellt werden müssen und aus der sich (auch bei Nicht-Beantwortung) bestimmte Beziehungen ergeben, die sehr schnell hierarchisch sein können. Die patriarchalen Verhältnisse auch in unserer Szene sprechen Bände davon. Die materiellen und mentalen Voraussetzungen der Organisation oder Organisierung kann man schaffen ohne eigene Genossinnen auszubeuten, wodurch die Eigenverantwortlichkeit schon wieder beschädigt wäre, Stichwort Reproduktionsarbeit, Genossen! Oder man versucht sich möglichst viel davon von Ausbeuter*innen, Reichen und den großen Kapitalen zu besorgen. Das geht bei den mentalen Ressourcen nicht, daher sind unsere Beziehungsverhältnisse so wichtig. Kurz gesagt: Konzerne jeder Art bestehlen und Sozialbetrug statt Ausbeutung und Aneignung der (Reproduktions-) Arbeit der Genossen*innen. Organisation des Widerstands und seiner materiellen Voraussetzungen statt individueller Spezialisierung im Politischen und Privaten. Und wenn Spezialisierung notwendig ist, dann nur, wenn die Umstände, die es braucht, um sich zu spezialisieren, nicht anderen schaden oder diese sich dessen bewusst sind, was sie da füreinander tun. Alles andere macht mehr kaputt, als es erschafft, nur dass man die Rechnung erst später bekommt. Einmal mag man mit autoritären Rumgemacker und der Vernachlässigung der Reproduktionsarbeiten durchkommen und bestimmen was wie getan wird, ein zweites Mal vielleicht auch noch, aber dann geht die Gruppe irgendwann kaputt und ist nicht mehr da, der Frust muss langfristig verdaut werden und die Organisierungsfähigkeit leidet unter den schlechten Erfahrungen. Ein schlechtes, weil sehr kurzfristiges Ergebnis, mal ganz davon abgesehen, dass man den Genossen*innen direkt geschadet hat. Auch hier kommt es aber darauf an, wie man sich die zu verändernde Sache (die politische Arbeitsteilung und ihre materiellen Voraussetzungen) vorstellt (Ideologie) und wie sie wirklich ist. Gezeigt werden sollte, dass es sehr voraussetzungsvoll ist, die Antifa zu re:organisieren. Größtes Problem zumindest theoretisch ist wohl, dass die Umstände noch nicht so schlimm sind, wie in den 90ern, auf die sich der Text bezieht. Und soweit mir aus „historischen" Texten und Gesprächen bekannt, war der Impuls zur Organisierung vor allem die physische Notwendigkeit Gegenwehr gegen tagtägliche Neonazi-Angriffe zu organisieren. Diese Notwendigkeit existiert für viele Angehörige der linksradikalen Szene (noch) nicht, weil sich die Meisten von uns in eher kosmopolitischen

Großstädten tummeln. Und erst nachdem diese Notwendigkeit dann auch von Anderen, für die dies nicht notwendig war, anerkannt wurde, formierten sich größere Organisationsstrukturen, die beachtliche Erfolge gegen Neonazis errangen.

Marathon statt Sprint

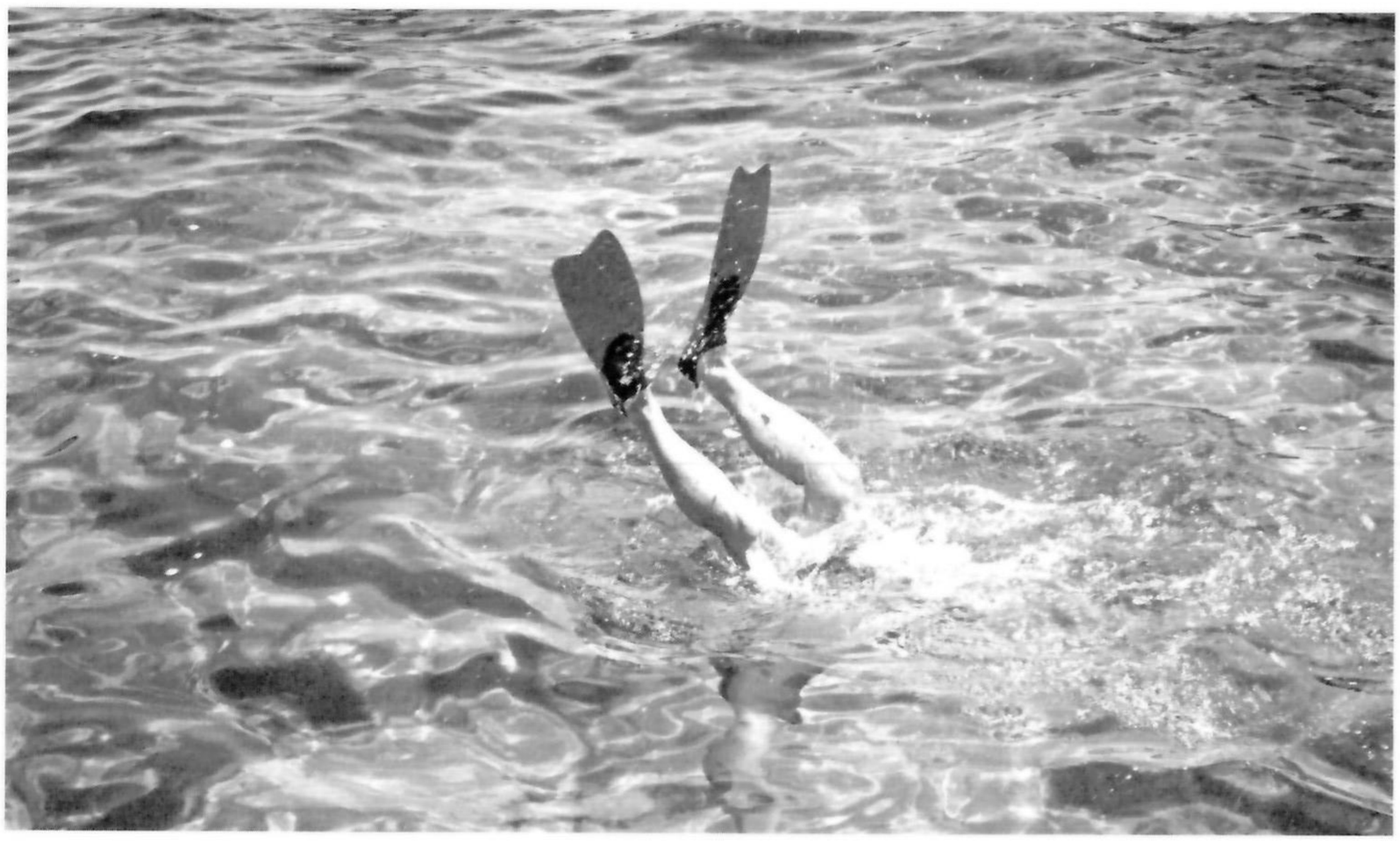
Sicher ist, dass es eine langwierige, schwierige Aufgabe ist diese Art Gesellschaft zu revolutionieren. Politischer Widerstand und revolutionärer Aufbau in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften gleicht eher einem Marathon als einem kurzen Ackermatch. Der Kampf gegen Nazis ist in dieser Gesellschaft ein ewiger, weil die bürgerliche Gesellschaft zum Faschismus tendiert. Aber erst, wenn die unmittelbare physische Bedrohung durch Nazis minimiert ist, lassen sich andere Tätigkeiten ausbreiten, welche eine Abschaffung der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft beinhalten. Hierbei bleibt die Frage ob Nazis wirklich die große politische Gefahr sind oder ob es nicht Polizei und Bundeswehr sind. Darüber lässt sich vortrefflich streiten und es sollte auch getan werden. Der Gewalt muss begegnet werden. Daher müssen Werte wie Verbindlichkeit und Eigenverantwortung und Organisierungs- und Vernetzungsinitiativen zwar hoch gehalten werden und nach vorne gebracht werden, aber auch mit Inhalt und Kontext gefüllt werden. Denn systemisch ist in bürgerlich-patriarchalen Gesellschaften die Voraussetzung für Eigenverantwortung die Ausbeutung Anderer, dazu zählen zum Teil auch unsere Genoss*innen. Diese können vollkommen zu Recht den gleichen Anspruch mit gleichem Recht stellen. Verbindlichkeit stellt sich dann auch nur in einer Sphäre her, in der Anderen wird sie beschädigt. Die Krux der Verbindlichkeit und der Eigenverantwortung in dieser Gesellschaft ist, dass sie nicht für alle zu haben ist. Wie man mit diesem Problem und dem Widerspruch nun umgeht muss Gegenstand jedes Lebens- und Politzusammenhanges sein, es bedeutet die langfristige Überlebensfähigkeit der Struktur. Zumindest an diesen Stellschrauben können wir jederzeit drehen um unsere Handlungsfähigkeit dauerhaft zu erhöhen. Erst auf dieser Grundlage lässt sich Macht und Stärke organisieren, um die anderen Kräfte, die uns niederhalten und ausbeuten zu schwächen.

In Erinnerung an Devran

Meine Mama Fatma Balamir, politisch bekannt als Devran, engagierte sich über viele Jahre hinweg politisch. In den frühen 1990er Jahren war sie in Berlin Teil antifaschistischer Bewegungen. Wenn ich über sie spreche, ist es mir wichtig zu sagen: Für sie war Politik nie etwas Abstraktes oder Theoretisches. Politik bedeutete für sie Haltung, Verantwortung und Konsequenz. Nicht Worte machten sie sichtbar, sondern der Mut, das Richtige zu tun. Sie setzte sich konsequent für Frauenrechte ein, gegen patriarchale Gewalt und für die Selbstbestimmung von Frauen. Gleichzeitig engagierte sie sich gegen Rassismus, Faschismus und staatliche Repression, für die Rechte von Migrantinnen, politisch Verfolgten und Arbeiterinnen. Internationale Solidarität war für sie kein Schlagwort, sondern Teil ihres Alltags und ihres politischen Verständnisses. In Berlin war meine Mama Teil der Antifaşist Gençlik, einer migrantisch geprägten antifaschistischen Jugendorganisation. Die Gruppe entstand in einer Zeit massiver rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung und verstand sich als selbstorganisierte Antwort auf Neonazi-Angriffe, staatliches Wegsehen und strukturellen Rassismus. Antifaşist Gençlik war kein homogener Zusammenschluss, sondern Teil einer breiten autonomen, antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegung. Trotz aller Unterschiede verband sie eine klare Haltung: Rassismus und faschistische Gewalt verlangten nach Widerstand und Konsequenz. Für meine Mama bedeutete die Antifaşist Gençlik nicht Aktionismus, sondern Verantwortung innerhalb einer Gemeinschaft. Es ging darum, Strukturen aufzubauen, sich gegenseitig zu unterstützen und sichtbar gegen rassistische und faschistische Gewalt Stellung zu beziehen. Viele der Beteiligten hatten eigene Erfahrungen mit Ausgrenzung, Gewalt oder politischer Verfolgung gemacht. Ein zentraler Teil ihrer Arbeit bestand darin, sich gegen rechte Übergriffe zu organisieren, insbesondere in Stadtteilen, in denen migrantische Jugendliche regelmäßig bedroht oder angegriffen wurden. Dazu gehörten gegenseitige Information über Gefahrenlagen, gemeinsame Präsenz bei Veranstaltungen und das Begleiten von Menschen, die sich nicht allein sicher fühlten. Im April 1992 kam es im Zusammenhang mit einer antifaschistischen Aktion zu schweren Auseinandersetzungen mit bekannten Neonazis. Für Polizei und Staatsschutz war schnell klar, dass sie die Verantwortung bei der Antifa Gençlik suchten. Die Gruppe wurde fortan observiert, kriminalisiert und systematisch verfolgt. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Kainz-Verfahren wurde meine Mama am 15. November 1993 verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Die Anklagen waren extrem schwer und politisch aufgeladen. Sie verbrachte mehrere Monate in Haft, zeitweise in vollständiger Isolation, und war massivem Druck ausgesetzt, Aussagen oder sogenannte Einlassungen zu machen. Trotz der Aussicht auf lange Haftstrafen entschied sie sich bewusst dagegen. Für sie hätte eine Einlassung bedeutet, sich politisch zu verleugnen. Diese Entscheidung war keine emotionale, sondern eine politische. Sie war getragen von der Überzeugung, dass Würde, Haltung und Verantwortung nicht verhandelbar sind. Neben ihrem politischen Engagement arbeitete meine Mama als Sozialarbeiterin. In Berlin war sie in einer Wohngemeinschaft tätig, in der Jugendliche und junge Erwachsene lebten, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihren Familien wohnen konnten. Die Arbeit war geprägt von Alltagsorganisation, Konfliktbegleitung und verlässlicher Präsenz, weniger von Konzepten als von kontinuierlicher Arbeit. Ihr Arbeitsalltag bestand aus Gesprächen, Kriseninterventionen und praktischer Unterstützung. Sie half bei Schul- und Ausbildungsfragen, begleitete Termine bei Behörden und war Ansprechpartnerin bei Konflikten innerhalb der Wohngemeinschaft. Oft ging es darum, Strukturen zu schaffen, Grenzen zu klären und gleichzeitig erreichbar zu bleiben. Viele der Jugendlichen, mit denen sie arbeitete, hatten wenig Vertrauen in Erwachsene oder Institutionen. Rückblickend wird für mich deutlich, dass sich ihr politisches Verständnis auch in dieser Arbeit zeigte. Nicht als Parole, sondern als Haltung im Alltag Verantwortung übernehmen, dranbleiben und Menschen nicht aufgeben. Ihr Engagement war kein abgegrenzter Teil ihres Lebens, sondern zog sich durch verschiedene Bereiche, politisch wie sozial.

Menschen wie meine Mama sind für eine Gesellschaft wichtig, weil sie dort handeln, wo Strukturen oft versagen. Sie übernehmen Verantwortung im Alltag, bleiben ansprechbar und sorgen für Stabilität, ohne dafür Sichtbarkeit oder Anerkennung zu erwarten. Ihr Handeln zeigt, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch große Worte entsteht, sondern durch Verlässlichkeit.Gleichzeitig macht ihre Geschichte deutlich, wie wichtig es ist, dabei die eigene psychische Gesundheit nicht aus dem Blick zu verlieren. Engagement für andere darf nicht bedeuten, sich selbst zu verlieren oder sich dauerhaft zu überfordern. Eine solidarische Gesellschaft braucht Menschen, die füreinander einstehen, und ebenso Räume, in denen Sorge für sich selbst möglich ist. Beides gehört zusammen: der Einsatz für andere und der Schutz der eigenen Psyche. Nur so kann Engagement dauerhaft, menschlich und tragfähig bleiben.

Ich erzähle diese Geschichte, weil sie zeigt, wie viel einzelne Menschen bewirken können, auch jenseits von Aufmerksamkeit oder Anerkennung. Die Geschichte meiner Mama steht für Verantwortung, Haltung und die Bereitschaft, nicht wegzusehen. Ich bin stolz darauf, eine Mutter mit Migrationsgeschichte zu haben, die sich nicht in vorgegebenen Strukturen eingerichtet hat, sondern sie hinterfragt und durchbrochen hat. Sie hat sich Räume erarbeitet, in denen sie handeln konnte, und damit für viele andere Menschen Türen geöffnet. Ihr Weg zeigt, dass Herkunft kein festgeschriebener Rahmen ist, sondern Ausgangspunkt für Veränderung. Diese Geschichte zu erzählen bedeutet für mich, sichtbar zu machen, wie wichtig solche Biografien für unsere Gesellschaft sind und warum sie gehört werden müssen.



Abtauchen – Leben in der Illegalität

Aus aktuellem Anlass dokumentiere ich einen Text, der im Juli 1994 in der radikal Nr. 150 veröffentlicht wurde. Einige praktische Aspekte darin sind natürlich mittlerweile überholt, aber die wesentlichen Informationen im juristischen Bereich und was den persönlichen Umgang mit der Situation betrifft, sind weiterhin zutreffend. Vielleicht hilft der Text der einen oder dem anderen, sich konkreter mit dem Thema zu beschäftigen.

Was tun, wenn ein Haftbefehl gegen dich vorliegt

Illegal zu leben ist nichts exotisches! In die Illegalität geht man, wenn man muß. (Frau auch!) Dieses Muß betrifft in der momentanen politischen Situation zum größten Teil ausländische Frauen und Männer, die aus ihren Herkunftsländern fliehen vor Krieg, politischer Verfolgung, Diskriminierung als Frau oder weil sie Angehörige bzw. Angehöriger einer bestimmten Nationalität, Hautfarbe, Religion sind oder weil ihr materielles Leben nicht mehr gewährleistet ist. Allein in der BRD leben viele Tausende illegal. Für Deutsche erübrigen sich aufgrund des herausragenden Lebensstandards solche Überlegungen zur Flucht. Für uns wird das Thema erst aktuell, wenn wir verschärfter staatlicher Repression ausgesetzt sind. Doch auch hier ist die Praxis des Abtauchens oder Abhauens gar nicht so selten, wie oftmals angenommen wird. Wir fänden es gut, wenn mehr Frauen und Männer, die zu dem Thema was sagen könnten, sich entschließen würden ihre Erfahrungen zu veröffentlichen, soweit das möglich ist. So kann die Vorstellung für viele Linke greifbar und zu einer reellen Entscheidungsmöglichkeit werden und muß nicht bestimmt sein von irrationalen Ängsten und dem Unvermögen, sich ein anderes Verhalten vorstellen zu können als das staatlich vorgegebene.

Deine Ausgangssituation: du bekommst mit, daß die Bullen dich suchen! Z.B. waren sie bei deiner Meldeadresse, haben durchsucht und nach dir gefragt, aber du warst nicht da – oder du wohnst eh nicht da, wo du gemeldet bist. Oder du bist bei einer Sache, für die sie dich ziemlich rankriegen können, erkannt oder verraten worden, und es ist nur noch eine Frage von Stunden, bis sie dich abholen kommen. Du bist also in der vergleichsweise „privilegierten" Situation dir aussuchen zu können, ob du dich stellst bzw. verhaften läßt – oder ob du dich entziehst. Spätestens jetzt zahlt es sich aus, wenn du in der Vergangenheit etwas zurückhaltend warst mit wahren Informationen gegenüber Meldestelle, Arbeits- und Sozialamt, Polizei, Hinz oder Kunz. Oder wenn du an „heißen" Telefonen (wo die Wahrscheinlichkeit, daß abgehört wird, relativ hoch ist) nicht immer dein gesamtes Privatleben ausgebreitet hast, nach dem Motto „das wissen die Bullen doch eh alles"... (tun sie

nämlich nicht!).Ruhe bewahren!Es ist grundsätzlich nicht strafbar, sich der Festnahme zu entziehen, deine Strafe kann dadurch nicht höher werden, sollten sie dich kriegen. Du hast deshalb Zeit, ganz im Gegensatz zu den panischen Empfindungen, die die Nachricht von einem Haftbefehl auslöst, dir in aller Ruhe und mit Rat von Freundinnen zu überlegen, wie es weitergehen soll!

Der erste Schritt sollte natürlich sein, dich an einen sicheren Ort zu begeben. Der Ort muß nicht ewig weit weg sein, es kommt darauf an, daß er nicht für die Bullen nachvollziehbar ist. D.h. es sollte keine Telefonnummer von dort bei deiner Meldeadresse oder Wohnung rumliegen, es sollten nicht die Wohnungen deiner allernächsten FreundInnen sein. Außerdem solltest du dich relativschnell mit einer Anwältin oder einem Anwalt (RA) in Verbindung setzen.

Rechtsanwalt/-anwältin

Die/der RA kann auch gegenüber Justiz und Bullen als dein/e Anwält/in auftreten, ohne daß er/sie verraten muß, wo du dich aufhältst. Es ist natürlich empfehlenswert, Vorsichtsmaßnahmen beim Kontakt mit der/dem RA zu treffen, damit die Bullen dich nicht beim Anwaltsbesuch fangen. Spätestens wenn den Bullen klar ist, wer dich vertritt, wird das wichtig. Z.B. könnte der Kontakt dann über eine/n Vermittler/in laufen. Dein/e RA wird klären, ob überhaupt ein Haftbefehl vorliegt. Dann versucht er/sie, Einsicht in die Akten (Beweislage, Zeuginnenaussagen) zu bekommen. Das kann ein paar Monate dauern, aber mit einer Entscheidung, sich zu stellen, empfiehlt es sich auf jeden Fall, so lange zu warten. Denn die Beweislage weicht häufig sehr erheblich von der Realität ab, im Guten wie im Schlechten. Nur aufgrund der Akteneinsicht kann eingeschätzt werden, wie stark du wirklich belastet wirst, welche Möglichkeiten der/die RA im Prozeß hat, die Anklage zu Fall zu bringen.

Kriegt die/der RA überhaupt Akteneinsicht, wenn du der Justiz nicht zur Verfügung stehst? Wenn es noch andere Angeklagte in der Sache gibt, die nicht illegal sind, haben sie ein Recht auf Akteneinsicht. Dann ist es möglich, sich deren Akte anzuschauen. Wenn du die/der einzige Belastete bist, ist die Chance, die Akte zu bekommen, geringer, aber einer/m pfiffigen RA wird vielleicht auch da was einfallen.

Sich zu stellen, kann bei weniger schwerwiegenden Vorwürfen sinnvoll sein, z.B. wenn der einzige Haftgrund „Fluchtgefahr" ist. Dadurch, daß du selbst ankommst, können sie mit der Gefahr, daß du flüchten willst, nicht mehr argumentieren, und den Haftbefehl nicht aufrechterhalten. Grundsätzlich finden wir es wichtig, die Entscheidung – abhauen oder Knast – nicht gänzlich vom Rat der/des RA abhängig zu machen. AnwältInnen werden meistens der Knast-Variante den Vorzug geben. Das ist ihr Terrain, da kennen sie sich aus, und das ist der „vorgeschriebene" Weg. Deine Realität kann durchaus ne andere sein! Deshalb muß eine solche Initiative von dir (und deinem Umfeld) kommen! Du solltest dir an der Stelle auch klarmachen, daß ein/eine RA keine höhere Autorität sein muß, sondern in einem Dienstleistungsverhältnis zu dir steht. Das heißt, daß du letztendlich die Rahmenbedingungen vorgibst.

Aussehen

Es ist sehr ratsam, dein Aussehen zu verändern. Auch wenn noch kein Fahndungsfoto von dir erschienen ist, ist es sinnvoll sofort zu überlegen, was du einschneidendes an deinem Äußeren verändern kannst. Du kannst nie genau einschätzen, ob und wann die Bullen sich entscheiden, öffentlich zu fahnden, und wenn du von Anfang an relativ verändert aussiehst, ist die Möglichkeit wesentlich geringer, daß du später denunziert wirst oder deine Fluchtetappen nachvollzogen werden. Grundsätzlich ist eine optische Annäherung an Erna oder Otto Normal sinnvoll, um möglichst wenig aufzufallen. Zum anderen solltest du typische Erkennungsmerkmale verändern, vor allem im Gesicht: Frisur, Haarfarbe, Bart ab oder dran, Brille oder Kontaktlinsen, je nachdem. Für Frauen, die sich nicht schminken: damit ist ne ganze Menge an Veränderung möglich, sieht man ja bei den Fotomodellen! Du solltest dich bei optischen Veränderungen von Leuten beraten lassen, die ein Auge dafür haben. Auch Kleidung kann eine ganze Menge vom Typ verändern. Scheue keine Kosten, um neue Garderobe und Utensilien anzuschaffen, das zahlt sich auf jeden Fall aus!

Argumente für und gegen Illegalität

1. Tauchen bedeutet Stress

Die Hauptbelastung des illegalen Lebens ist der psychische Druck, der auf dir lastet. Du lebst „unfrei", weniger körperlich als in deinem Kopf. Die Situation zwingt dich, umzudenken, ständig auf der Hut zu sein, dein Verhalten immer wieder zu kontrollieren. Je nachdem was du bislang an politischen Aktivitäten gemacht hast, wird dir das mehr oder weniger vertraut sein. Viele Leute werden in so einer Situation von ihren Ängsten völlig bestimmt, verfallen in Verfolgungswahn und schaffen es nicht mehr, die tatsächlich vorhandenen Gefahren einigermaßen nüchtern zu sehen und sich entsprechend zu verhalten.

Bestimmt kannst du an einer schwierigen Situation wachsen, kannst den Umgang mit der Angst lernen, kannst es schaffen, mit der Zeit auch ein sicheres Gefühl im Alltag zu bekommen und dich wohl zu fühlen, und nicht nur überall Spitzel und Bedrohungen zu wittern. Besonders, wenn es Freundinnen und Freunde gibt, mit denen du dich auseinandersetzen kannst und die dir helfen. Wir wissen aber auch von Leuten, die selbst nach vielen Jahren den Kopf nicht frei bekommen können von dem Gedanken, verfolgt oder beobachtet zu werden, sich nirgends hin trauen und nur in der Wohnung sicher fühlen. Jeder und jede muß für sich einschätzen, ob er/sie in der Lage ist, in so einer Situation einigermaßen cool zu bleiben, und auch die angenehmen Seiten des Lebens zu sehen. Aber selbst wenn du Zweifel hast, ob du der psychischen Belastung des illegalen Lebens gewachsen bist, kann es nicht verkehrt sein, es zu versuchen, denn du kannst deine Entscheidung jederzeit rückgängig machen. Das ist ein großer Vorteil gegenüber Knast – wenn du da erst einmal bist, wird's ganz schön schwer, wieder abzuhauen!

2. Zukunftsperspektiven

Der Grund der Verfolgung „erledigt" sich ja meist nicht von alleine, du wirst also, solltest du jemals erwischt werden, deine Strafe evtl. dann absitzen müssen. Du kannst dir dann sagen: „wär ich gleich in die Kiste

gegangen, wär ich jetzt schon wieder draußen" . Das ist die eine Seite. Andererseits besteht bei Verfahren von geringerer Tragweite, z.B. Landfriedensbruch, die gute Chance, daß irgendwann der Haftbefehl zurückgezogen und das Verfahren eingestellt wird. Die ZeugInnen vergessen mit den Jahren alles mögliche und damit sinkt die Chance der Verurteilung, die politische Brisanz deiner „Untat" läßt nach, weil die öffentliche Meinung wieder ganz andere Bedrohungen der Demokratie ausgemacht hat ... Kurzum, es ist gut möglich, daß ein anfänglich fanatischer, nach Vergeltung geifernder Staatsanwalt das Interesse verliert. Das ist durchaus kein Einzelfall.

Oder, ganz banal, die Straftat verjährt. Wann eine Tat verjährt, richtet sich nach der zu erwartenden (Höchst-) Strafe. Mord verjährt grundsätzlich nicht. Taten, für die es bis zu lebenslänglich gibt, verjähren nach 30 Jahren, mehr als zehn Jahre Strafe nach 20 Jahren, fünf bis zehn Jahre Strafe nach zehn Jahren, ein bis fünf Jahre Strafe nach fünf Jahren, der Rest verjährt nach drei Jahren.

Diese Fristen sind aber nicht bindend! Durch sogenannte „Unterbrechungshandlungen" kann die Verjährungsfrist immer wieder verlängert werden, maximal bis auf das Doppelte der eigentlichen Frist. Unterbrechungshandlungen sind alle möglichen Amtshandlungen, die die Strafsache betreffen, so z.B. eine richterliche Anordnung, eine Untersuchung im Ausland vorzunehmen, ein Strafbefehl, die Erhebung der Anklage oder Eröffnung des Verfahrens, eine richterliche Durchsuchungsanordnung, der Erlaß eines Haftbefehls...

Es ist also wichtig, die tatsächliche Verjährung einer Tat durch eine Anwältin nachprüfen zu lassen, und sich nicht einfach darauf zu verlassen, daß die Zeit um ist!

3. Strukturen/Freundeskreis

Eine ganz wesentliche Voraussetzung für ein Abtauchen ohne Untergehen sind Leute, die dich unterstützen! Welche, die dich bei deinen Entscheidungen beraten, die dir helfen, dich zu stylen, sicher über die Grenzen zu kommen, dich zumindest am Anfang materiell versorgen, die dich psychisch stabilisieren, wenn's dir Scheiße geht...

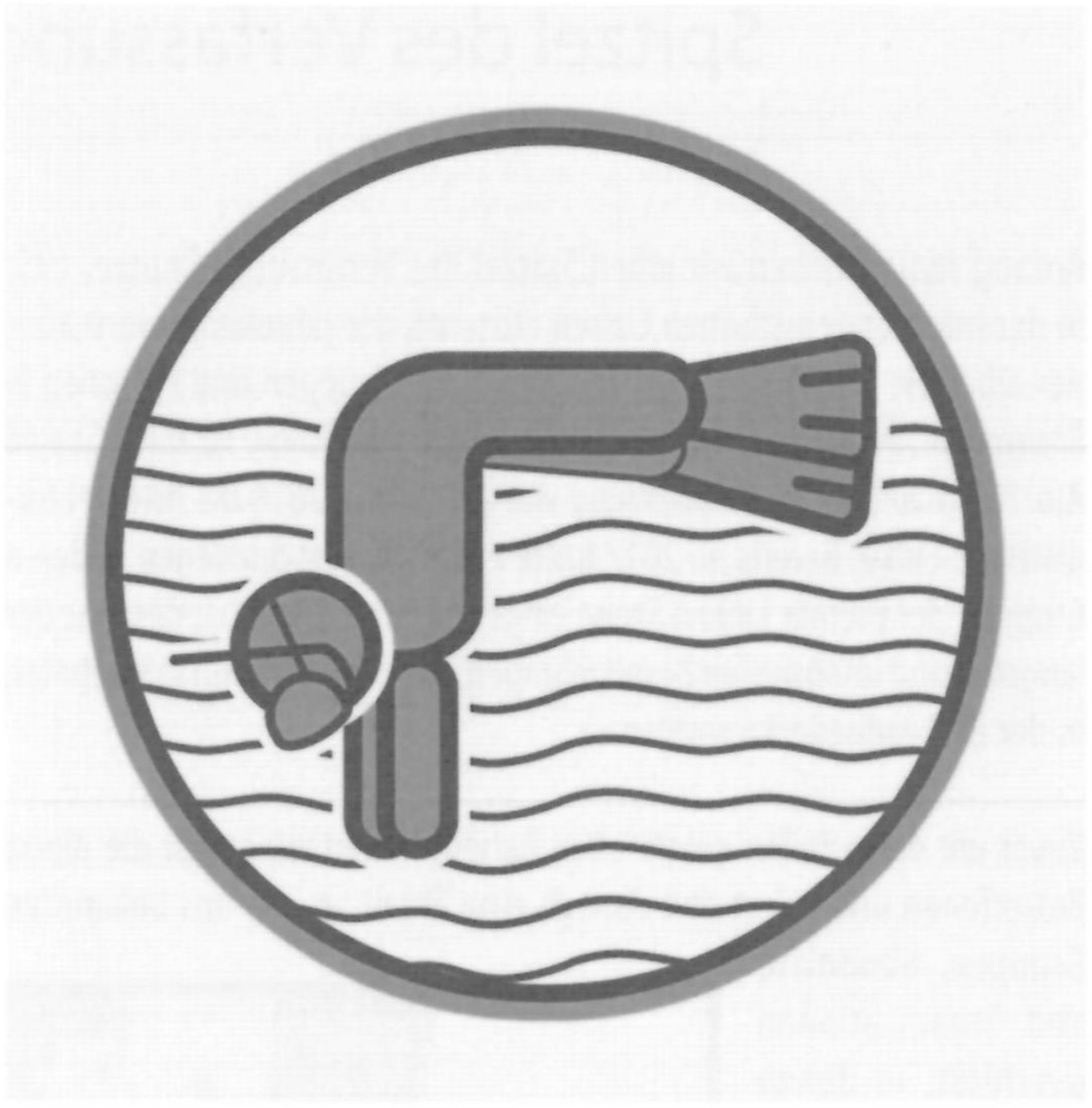
Wenn du schon in der Situation bist, abhauen zu müssen, dann ist es natürlich zu spät, entsprechende Strukturen aufzubauen, die deine Versorgung und alles Mögliche gewährleisten. Dann kannst du nur noch das mobilisieren, was da ist. Deshalb ist es wichtig, daß du bei deiner Entscheidung, ob du lieber abtauchst oder in den Knast gehst, eine vernünftige Einschätzung von deiner persönlichen Stabilität, deinen Beziehungen und Strukturen machst. Wenn du völlig alleine dastehst, sieht es einfach Scheiße aus. Und das nicht nur in einer solch extremen Situation, sondern schon im normalen Leben. Natürlich soll das nicht bedeuten, daß du nicht auch einfach auf eigene Faust los kannst. Wenn du dir das zutraust, ist es sicher einen Versuch wert. Vielleicht hast du auch noch nie darüber nachgedacht, was du tun würdest, wenn du oder andere Bekannte betroffen wären. Vielleicht regt dich der Artikel an, mal darüber zu reden, Leute zu fragen ob sie jemanden aufnehmen würden, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen ...

Was es zum Thema Freundeskreis noch zu sagen gibt ist natürlich, daß es Vielen, die gute Freunde und Freundinnen haben, schwer fallen wird sich vorzustellen, ein Leben ohne sie zu führen. Wir denken auch nicht, daß das sein muß. Erstens mußt du nicht unbedingt alleine abtauchen. Welche, die dir total wichtig sind (und umgekehrt), können sich ebenso gut entschließen mitzugehen. Außerdem kannst du dir auch weiterhin Besuche organisieren, du mußt nicht jeglichen Kontakt abbrechen. Wichtig ist nur, daß die Leute, die dich irgendwo treffen, sich absichern, daß sie nicht die Bullen mitschleppen, d.h. konkret, daß ihr euch damit beschäftigen müßt, wie ihr Observationen erkennen könnt, und wie ihr euch vergewissern könnt, daß ihr keine Bullen draufhabt. Dazu gibt's interessante Broschüren – in jeder gut sortierten Buchhandlung.

Du hast dich entschieden abzutauchen – wohin, welche Möglichkeiten gibt es?

Ganz unabhängig davon wo du vielleicht Freundinnen hast und hin könntest, solltest du dir die Sache grundsätzlicher überlegen. Inland oder Ausland? Mit falschem Paß oder ohne Papiere? Wir spielen das im Folgenden mal durch: Generell ist das Risiko wiedererkannt und verraten zu werden im Inland, wo dich mehr Menschen kennen, größer. Wenn öffentlich nach dir gefahndet wird und deine Fotos rausgegeben werden, wird es noch krasser. Die zwangsläufige Folge davon wäre, daß du dich tatsächlich relativ versteckt halten mußt, nicht am öffentlichen Leben teilnehmen kannst. Wenn du gefaßt wirst, bedeutet das auf jeden Fall Knast, während in manchen Ländern noch kleine Hoffnungen bestehen, daß du nicht ausgeliefert wirst (dazu später mehr). Mit einem falschen Paß brauchst du weniger durch das Leben zu schleichen, da du nicht befürchten mußt, im Falle einer Ausweiskontrolle gleich festgenommen zu werden. Wir halten die Variante, im Inland ohne falschen Paß zu leben, für die allerbeschissenste! Dieses Verstecken und Rumschleichen wird sich zwangsläufig auf deine Psyche auswirken, du wirst ängstlich und geduckt leben müssen und dich immer schlechter auf Menschen einlassen können. Es gibt bessere Möglichkeiten! Du kannst ins Ausland gehen, irgendwie über die Grenze/n schleichen, und dort mit deinem richtigen Namen und Paß offen leben. Sinnvoller ist es natürlich trotzdem, sich einen neuen Namen oder einen Spitznamen zuzulegen. Du mußt ja nicht allen deinen neuen Bekannten deinen Perso vorlegen. Diese Möglichkeit bietet sich an bei weniger schweren „Straftaten" , wie z.B. Landfriedensbruch. Wir wissen von Leuten, die das seit Jahren praktizieren, und wo relativ klar ist, daß ihr Aufenthalt den Bullen bekannt ist (z.B. wenn du in exponierten besetzten Häusern lebst). Das „Gastland" unternimmt trotzdem keine Anstalten sie festzusetzen und auszuliefern. Mehr dazu im Abschnitt „Auslieferung". Ist die dir vorgeworfene Straftat gravierender, solltest du auch hier einen falschen Paß haben und dich nicht so weit aus dem Fenster lehnen. Die beste Variante: du lebst im Ausland, hast aber einen Paß oder Ausweis mit anderem Namen, aber deinem Bild.Die Vorteile liegen auf der Hand: Du bist nicht der direkten Fahndung in Deutschland ausgesetzt. Wenn du nicht gerade RAF-Mitglied bist, wird dein „Gastland" keine verschärften Bemühungen unternehmen, der BRD bei der Fahndung behilflich zu sein. Weil du dich außerhalb deines bisherigen sozialen Umfeldes bewegst, gibt es auch kaum Möglichkeiten, von Bekannten erkannt zu werden, die mit ihrem Wissen dann evtl. nicht korrekt umgehen. Und vor allem kannst du dich einigermaßen selbstsicher bewegen und dir einen neuen Bekanntenkreis aufbauen, ohne ständig Angst vor einer Kon-

trolle haben zu müssen. Gerade letzteres halten wir für sehr wesentlich, wenn es darum geht, für mehrere Jahre oder auch für immer abzutauchen! Die Möglichkeiten, die du persönlich hast, an einen Paß ranzukommen, sind also letztendlich ziemlich entscheidend für dein weiteres Leben! Im Glücksfall gibt es eine Person, die dir ähnlich sieht und dir ihren Paß gibt, ohne ihn verloren zu melden. Vielleicht kannst du auch durch Frisurenangleichung eine Ähnlichkeit zu irgendeinem der Paßfotos deiner Bekannten herstellen. Fotos sind nicht immer besonders treffend und eventuell siehst du einem Paßfoto deiner Bekannten viel ähnlicher als der Person. Wenn das alles nichts taugt, dann wäre es gut, dazu in der Lage zu sein, ein Paßbild aus einem geliehenen Paß durch dein eigenes zu ersetzen und die Bildecke nachzustempeln. Dazu gehören gewisse praktische Fertigkeiten, die aber durchaus für jede und jeden erlernbar sind. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf eine Publikation der RZ „Von A bis RZ". Dort stehen diese Dinge unter „Fälschen" beschrieben. Leider sind einige Praktiken mittlerweile veraltet, aber im Großen und Ganzen finden wir diese Praxisanleitung doch noch brauchbar. Wir wissen, daß viele nicht die Möglichkeit haben, an diese alte RZ-Publikation ranzukommen, wir bemühen uns deshalb in der nächsten Nummer, sie nochmal abzudrucken und eventuell zu überarbeiten. Für dieses Mal reicht der Platz einfach nicht aus!



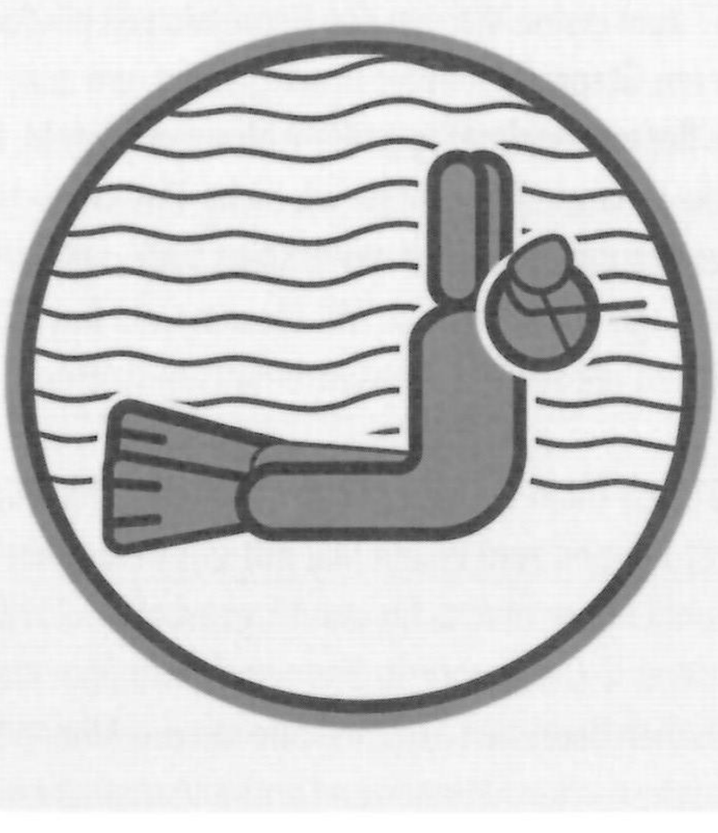
Was ist mit Auslieferung?

Nehmen wir an, dir wird was vorgeworfen, wofür eine hohe Strafe zu erwarten ist. Etwa ab einem Jahr Knast aufwärts wird ein internationaler Haftbefehl rausgegeben. Die Grenze ist nicht genau festzulegen, das ist Ermessenssache der Behörden. Also in jedem Land der Erde können die Bullen theoretisch feststellen, daß jemand deines Namens in Deutschland gesucht wird, wenn sie deine Personalien in ihren Computer geben oder in ihr Fahndungsbüchlein schauen. Wenn du nun mit deinem regulären Ausweis unterwegs bist und in eine Kontrolle gerätst, wird es von Land zu Land recht unterschiedlich sein, wie sich die Bullen und Gerichte verhalten. In der Regel (aber nicht zwangsläufig) werden sie dich in Haft nehmen. Dann werden sie nachfragen, ob „dein" Land ein Auslieferungsgesuch stellt, und darüber entscheiden. Das ist ein bürokratischer Weg, der auf jeden Fall mehrere Wochen dauert. Falls sie dich bei der Kontrolle nicht festgesetzt, sondern nur deinen Aufenthaltsort festgestellt haben, hast du jetzt natürlich Zeit, deine Reise fortzusetzen. Ansonsten sieht es wahrscheinlich schlecht aus. Je freundschaftlicher der betreffende Staat mit der BRD verkehrt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß ausgeliefert wird. Die Schweiz liefert z.B. immer aus, es sei denn, es handelt sich um Steuervergehen. Die Länder des „Schengener Abkommens" (EG) liefern grundsätzlich immer aus. Manche Staaten sind etwas zurückhaltender, wenn es sich in ihren Augen um politische Delikte handelt. Als „politisch" gilt dann aber nur, wenn du deine Meinung gesagt (oder geschrieben) hast, und dafür mit hoher Strafe belegt werden sollst. Also sobald der Tatvorwurf irgendwas mit Gewalt zu tun hat, ist sowieso Essig. In vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks und des Trikonts wird es möglich sein, durch Zahlungen an die zuständigen Behörden den Schutz vor Auslieferung zu erkaufen. Der beste Schutz vor Auslieferung ist aber die Heirat mit einem/einer Einheimischen, in manchen Staaten auch ein gemeinsames Kind. Und natürlich liefern Staaten nie eigene BürgerInnen an andere Länder aus. Also würde Belgien keine Belgierin an die BRD ausliefern, wenn die hier was ausgefressen hätte. (Ausnahmen sind natürlich auch hier möglich.) Was aber passieren kann ist, daß z.B. die belgische Justiz nach Unterlagen aus der BRD selbst ein Verfahren eröffnet.

Last but not Least!

Wir haben jetzt so ziemlich alle Aspekte des Abtauchens, die uns verallgemeinerbar erscheinen, beschrieben. Natürlich bleiben trotzdem noch viele Fragen offen, die erst aufgrund deiner speziellen Situation beantwortet werden können. Eine wäre, wie du dich in der Illegalität weiter politisch betätigen kannst? Da kommt☒s dann drauf an, was du für ein Mensch bist, was du dir alles an politischer Arbeit vorstellen kannst, welche Möglichkeiten das Gastland bietet, auf welche Strukturen du selbst zurückgreifen kannst, also ob es Leute gibt mit denen du was weitermachen kannst,... Aber auch bei dieser Frage finden wir es sinnvoll schon mal im Trockenen zu überlegen, bevor es ans Abtauchen geht! Das war's dazu.

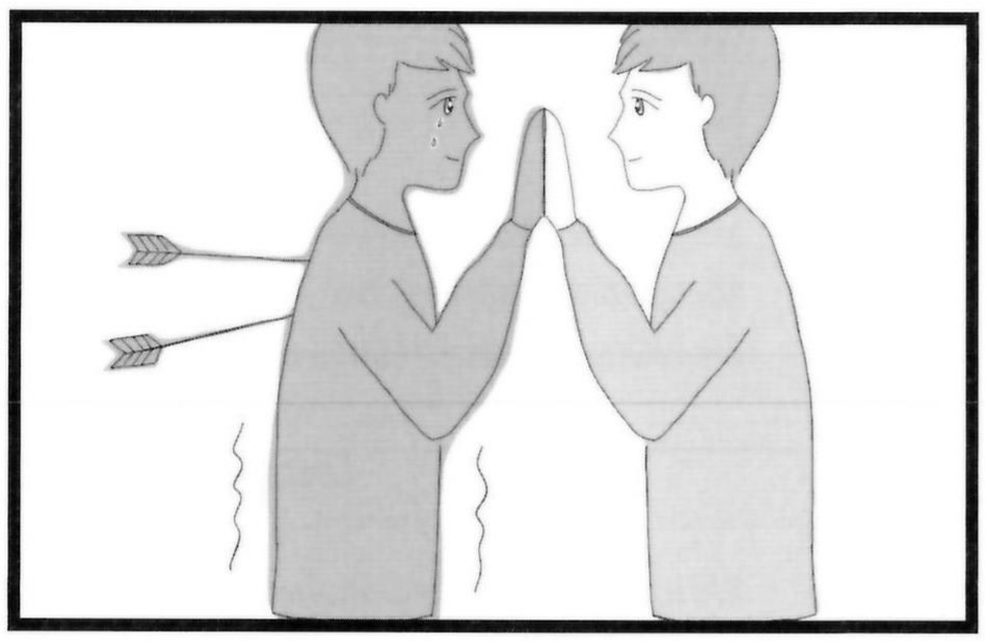
Wir grüßen alle, die in den Kellern sitzen! Und natürlich auch alle, die nie die Chance dazu hatten und deshalb im Knast schmoren! Für eine Gesellschaft ohne Knäste!!!



Spitzel des Verfassungsschutzes (VS) in der IL

Anfang Januar haben wir einen Spitzel des Verfassungsschutzes (VS) in der Interventionistischen Linken enttarnt, der jahrelang Informationen über die Strukturen und Aktionen linker Gruppen und Personen in Bremen gesammelt und weitergegeben hat. Sein Name ist Dîlan Seyyid Alo. Hauptziel seiner Bespitzelung war ab Anfang 2018 die Interventionistische Linke. Bereits ab 2017 hatte er sich in verschiedenen anderen Gruppen der Bremer Linken Szene eingeschlichen. Damit ist das eine der längsten und intensivsten Bespitzelungen, die in den letzten Jahrzehnten in der BRD aufgedeckt wurden.

Bevor wir diese Zeilen geschrieben haben, haben wir zuerst die direkt Betroffenen informiert und danach eine Email an alle uns bekannten Gruppen, Bündnisse und Organisationen geschickt, in denen Dîlan sich bewegt hat. Mit diesem öffentlichen Text schließen wir diese Informationsphase ab und konzentrieren uns auf die Aufarbeitung und weitere politische Auseinandersetzung.



Chronologie eines Lügenlebens

Durch Zufall erhielten wir den Hinweis auf Gespräche zwischen Dîlan und dem Verfassungsschutz. In einem Konfrontationsgespräch hat Dîlan zugegeben, für den Bremer Verfassungsschutz als V-Mann zu arbeiten. Das Konfrontationsgespräch überrumpelte ihn und traf ihn unvorbereitet. Er erzählte, dass er alle zwei bis vier Wochen in oft mehrstündigen Gesprächen mit dem Verfassungsschutz gesprochen hat. Diese Gespräche haben meistens außerhalb Bremens stattgefunden und ihr Ziel war es, Informationen über Personen, Strukturen und Aktionen an den VS weiterzugeben. Laut seiner Aussage war die Interventionistische Linke Bremen der primäre Fokus, aber es wurden auch andere Teile der radikalen Linken aus Bremen und überregional von ihm bespitzelt. Nach Dîlans Aussage wurde er 2017 zum ersten Mal von den Repressionsbehörden kontaktiert und in mehreren Gesprächen unter Druck gesetzt, um zum Informanten zu werden. Es flossen regelmäßig größere Mengen Bargeld. Den genauen Betrag über die gesamte Zeit kennen wir nicht. Unsere Recherche hat ergeben, dass es sich um monatlich mindestens 500€, wahrscheinlich aber um höhere Beträge gehandelt hat. Mit diesem Geld hat Dîlan zeitweise einen erheblichen Teil seines Lebensunterhalts bestritten.

Im Herbst 2017 ist Dîlan bei einem offenen Treffen für Klimapolitik an der Universität Bremen zum ersten Mal mit uns in Kontakt getreten. Zu diesem Zeitpunkt hat er bereits für den VS gearbeitet. 2018 wurde er zu einem Teil unserer IL-Ortsgruppe in Bremen. Er war über die Zeit in allen unseren politischen Bereichen aktiv, machte mit uns Klimapolitik, war Teil unserer antifaschistischen Aktionen und antimilitaristischen Kampagnen. Er fuhr auf überregionale Treffen und engagierte sich gleichzeitig auch in anderen politischen Gruppen in Bremen.

Der Verfassungsschutz nutzte Dîlan als Spitzel als wir 2018/19 mit Ende Gelände die Verursacher*innen der Klimakrise angriffen, als wir 2024/25 bei Widersetzen in Essen, Riesa und Gießen die Organisierung von Faschist*innen störten und im gleichen Zeitraum in Bremen gegen die Abschaffung des Kirchenasyls kämpften. Bei all diesen Aktionen handelte es sich um zivilen Ungehorsam, der genauso durchgeführt wurde, wie er angekündigt war. Diese offene Form der politischen Arbeit mittels V-Personen überwachen zu lassen ist absurd.

In seiner Zeit in der IL Bremen war er während eines Auslandssemesters und durch längere Krankheit auch mehrmals inaktiv. Währenddessen stand er trotzdem in stetigem persönlichen und politischen Austausch mit uns. Seiner Aussage nach hat sich der VS, nach jeder Phase der Abwesenheit, erneut gemeldet und Dîlan hat sich jedes Mal wieder für die Bespitzelung gegen Bezahlung entschieden.

Im Vergleich zu ähnlichen Fällen aus den letzten Jahren ist auffällig, dass Dîlan die Menschen, die er an den Geheimdienst verraten hat, für beinahe ein Jahrzehnt zu seinen engsten Freund*innen machte: Persönliche und politische Krisen half er aufzufangen, er war für politische Bestärkung genauso zu haben, wie für das Besprechen von Zweifeln und Ängsten. Er forderte offensiv, und im Nachhinein betrachtet höchst zynisch, eine enge Genoss*innenschaftlichkeit ein. Dîlans Leben war mit unserem tief verwoben. Wir feierten Geburtstage und andere Feste und übernahmen Sorgetätigkeiten als er krank wurde. Wir gingen gemeinsam auf Demos und Aktionen, stritten leidenschaftlich über politische Überzeugungen und reflektierten unsere Lebensentscheidungen. Er führte während der letzten acht Jahre auch sexuelle und Liebesbeziehungen in unserer Gruppe und wohnte in WGs, während er diese Personen gleichzeitig ausspähte.

Verfassungsschutz abschaffen!

Wir als Interventionistische Linke werden überwacht, weil wir für eine befreite Gesellschaft kämpfen und den dafür notwendigen Bruch mit dem kapitalistischen, patriarchalen System suchen. Die Überwachung des VS ist eine Gewalt, die sich gegen unsere Kämpfe für eine gerechte Welt richtet. Denn der Staat und seine Überwachungsbehörden wollen diese gerechte Welt nicht. Sie stehen für die Fortsetzung von Armut, Gewalt und Unterdrückung. Für die Fortsetzung dieses Systems sind wir gefährlich und das ist gut so.

Der Einsatz von Spitzeln soll politische Aktivist*innen einschüchtern, Misstrauen streuen und uns als "Extremist*innen" brandmarken. Der Verfassungsschutz setzt ohne Kontrolle fest, wer "Extremist*in" sein soll. Diese Behörde ist ein politischer Akteur und versucht seit ihrer Gründung linke Bewegungen zu zermürben und zu zerschlagen. Der Verfassungsschutz ist der Geheimdienst eines Staates, der uns immer wieder mit Gewalt be-

gegnet. Indem der VS behauptet, wir seien gewaltorientiert, versucht er uns aus der Zivilgesellschaft auszuschließen. Das ist antidemokratische Propaganda, die eine grundlegende Kritik an den Verhältnissen verunmöglichen soll. Für sogenannte Extremist*innen sollen Grundrechte, wie der Schutz der Privats- und Intimsphäre, offenbar nicht gelten. Gerade weil wir in Bündnissen mit vielen verschiedenen Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, sind wir für den VS ein besonders interessantes Ziel: Dem VS ist es so möglich, einen Teil der Zivilgesellschaft zu überwachen, die nicht als sogenannte "Verdachtsfälle" unter "Extremismusverdacht" stehen. Das ist ein kalkulierter Übertritt der Befugnisse dieses zutiefst undemokratischen Geheimdienstes.

Es ist auffällig, wie weit über unsere Gruppe hinaus Dîlan Informationen gesammelt hat. Weil Dîlan dem VS so lange Informationen weitergegeben hat, gehen wir davon aus, dass nicht nur jede Information über unser intimstes Leben weitergegeben wurde, sondern auch über viele andere Bremer Gruppen und Engagierte gesprochen wurde. Das betrifft direkt Ende Gelände, Defend Kurdistan und eine migrantisierte, antirassistische Gruppe in Bremen, die sich seit Jahren für die Belange, Rechte und Sichtbarmachung von marginalisierten Personengruppen einsetzt. Soweit wir rekonstruieren können, betrifft das indirekt den Bremer Flüchtlingsrat, die Partei die Linke, die Zionsgemeinde, das feministische Streikbündnis (f*streik), das Bremer Bündnis gegen Rechts und Laut gegen Rechts Bremen. Dîlan hat sich im Winter 2024/2025 auch in die Aktionen zur Verteidigung des Kirchenasyls in Bremen eingebracht und damit einen Zusammenhang für den Verfassungsschutz bespitzelt, der aus der solidarischen Selbstorganisation der Bremer Stadtgemeinschaft entstanden ist und dessen Überwachung weit jenseits der Aufgaben dieser Repressionsbehörde liegt. Das breite Spektrum dieser Liste zeigt klar: Der VS hat Dîlan benutzt, um einen großen Teil der bremischen Zivilgesellschaft auszuspionieren. Wir halten das für Geheimdienstalltag und leider nicht überraschend.

Die Bespitzelung durch Dîlan zeigt, dass die demokratische Kontrolle eines geheim operierenden Nachrichtendienstes ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ein Einsatz von V-Personen in politischen Bewegungen, der sich an rechtliche Vorgaben hält, ist vollkommen realitätsfern. Wie in anderen bekannten Fällen auch, brach Dîlans Bespitzelung zahlreiche Vorschriften und Gesetze. Der Verfassungsschutz hält sich nicht an die ihm vom "Rechtsstaat" auferlegten Gesetze und wirft uns gleichzeitig vor kriminell zu handeln. (lol)

Über die genannten Gesetzesverletzungen hinaus wurden weitere Gesetze und Vorschriften, die den Verfassungsschutz demokratisch einhegen sollen, gebrochen. V-Leute wie Dîlan dürfen, laut dem Bremischen Verfassungsschutzgesetz, "weder die Zielsetzung noch die Tätigkeit des Beobachtungsobjektes entscheidend mitbestimmen" [1]. In der Interventionistischen Linken treffen wir alle Entscheidungen gemeinsam. Dîlan hat über viele Jahre an den Diskussionen über Ziele und Aktionen aktiv teilgenommen und so, wie wir alle, die Tätigkeiten und Zielsetzungen der Interventionistischen Linken Bremen entscheidend mitbestimmt. Dîlan litt außerdem unter Depressionen und einer Angststörung und befand sich deshalb in therapeutischer Behandlung. Nach den VS-eigenen "Qualitätsstandards in der Quellenführung" müssen V-Personen ein "psychisch stabiler und einschätzbarer Charakter" sein [2]. Wir gehen außerdem davon aus, dass Dîlan über Jahre einen wesentlichen Teil seines Lebensunterhalts durch die Bezahlung des VS bestritt - was ebenfalls gegen das Verfassungsschutzgesetz verstößt. Dîlans Einsatz als Spitzel war also nicht nur widerlich und unmoralisch, sondern auch illegal.

Dass die parlamentarische Kontrolle hier versagt hat, ist kein Zufall. Denn das Problem beim Verfassungsschutz sind nicht die vielen einzelnen Skandale, sondern der Verfassungsschutz selbst. Er ist ein politischer Geheimdienst, der Menschen wegen ihrer politischen Einstellung überwacht und gehört abgeschafft. Die bis heute unaufgeklärte Mitwirkung des VS an den rechtsextremistischen Morden des NSU und die Sympathien des damaligen Verfassungsschutzchefs Hans-Georg Maaßen für rechtsextremistische Menschenjagten in Chemnitz 2018 zeigen außerdem, dass dort, wo Menschenleben tatsächlich bedroht sind, der Verfassungsschutz keine Hilfe darstellt, sondern mitwirkt.

Die Enttarnung Dîlans ist für den VS vielleicht etwas ärgerlich, aber tatsächlich zweckdienlich. Allgemeines Misstrauen kann sich traumatisch festsetzen und politische Gruppen zerbrechen. Der VS kalkuliert nicht nur mit der Überwachung und den so gewonnenen Informationen, sondern versucht uns damit aktiv in die Paranoia zu treiben und die soziale Kraft unserer Genoss*innenschaft zu brechen. Diese Strategie wird nicht aufgehen, wir werden einander auch weiter vertrauen und solidarisch handeln.

Die Gewalt des Verrats

Der Einsatz von V-Personen zählt zu den grausamsten Überwachungsmethoden, die dieser Staat gegen uns einsetzt: Dîlan redete mit uns über die intimsten Dinge im Leben. Er suchte immer wieder den emotionalen Austausch und festigte so auch gleichzeitig seine soziale Stellung in unserer Gruppe. Wir müssen nun mit dem Gefühl leben, dass nichts von dem, was wir unserem Freund und Genossen anvertraut haben, vertraulich war. Dass wir nicht wissen, was mit den Informationen über unser Leben geschehen ist. Wer sie wo sammelte oder auswertete, ist ein unbeschreibliches Gefühl des Verrates. Durch Dîlan hat uns der Staat psychische Gewalt angetan. Wir sind traurig und stinksauer, weil jemand, den wir für einen Freund und Genossen gehalten haben, unsere Nähe und Verwundbarkeit missbraucht hat, um uns zu schaden.

Die Bremer Innensenatorin Eva Högl verlangt von uns, dass wir euch und all unsere Genoss*innen nicht vor Dîlan warnen, weil wir ihn damit in Gefahr bringen würden [3]. An dieser Stelle müssen wir eins in aller Deutlichkeit sagen: Dîlans Leben wird nicht jetzt mit dieser Enttarnung zerstört, sondern das wurde es 2017, als der VS ihn - auch unter Druck - zu einem Informanten gemacht hat. Die Verantwortung hierfür tragen der ehemalige Innensenator Ulrich Mäurer, der Leiter des VS Bremen Thorge Köhler, der ehemalige Leiter Dierk Schittkowski und der Geheimdienst selbst, der Dîlan angeworben und ihn benutzt hat. Selbst als Dîlan bereits merklich unter den psychischen Folgen seines falschen Doppellebens litt und in den letzten Jahren regelmäßige Panikattacken und eine Angststörung entwickelte. Dass er fast alle seine engen Freund*innen an den Geheimdienst verriet, und dass er eine einzige große Lüge gelebt hat, hat diese Panikattacken sicher nicht besser gemacht. Dîlan führte sie im Konfrontationsgespräch selbst auf seine Tätigkeit als V-Mann zurück. Seine Gesundheit, "Leib und Leben" [3], sind daher seitens des VS bedroht, der auch hier keine Grenzen kennt.

Wir werden nicht an der Repression gegen uns mitwirken und warnen vor diesem Verfassungsschutz, der vulnerable Menschen sucht,

um sie zum Verrat an deren Freund*innen und Genoss*innen auszunutzen. Der VS wird seine Informationslücke bald schließen wollen. Sprecht offen über alle Anquatschversuche mit euren Genoss*innen und der Roten Hilfe. Redet nicht mit Polizei und Verfassungsschutz! Auch wenn der VS euch unter Druck setzt und ihr im ersten Moment etwas erzählt habt - gemeinsam findet sich eine Lösung, um euch aus der Situation zu holen. Lasst euch euer Leben vom VS nicht zerstören!

Wir sind verletzt und wir sind wütend über die Gewalt der staatlichen Repressionsbehörden, aber wir lassen uns nicht unterkriegen. Die Solidarität, die uns in den letzten Tagen erreicht hat, tut gut und wir wollen uns dafür bedanken. Trotz des Schmerzes und dem, was der VS uns angetan hat, verlieren wir nicht die Hoffnung. Wir werden weiter auf Vertrauen setzen. Wir schaffen es, uns gegenseitig aufzufangen.

Wir lassen uns vom Staat nicht von unserem Weg abbringen. Wir werden weiter tun, was wir für richtig halten. Wir werden weiter für das Gute Leben für Alle kämpfen.

stay safe, keep fighting

Eure IL Bremen und die gesamte Interventionistische Linke

[1] https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/gesetz-ueber-den-verfassungsschutz-im-lande-bremen-bremisches-verfassungsschutzgesetz-bremverfschg-vom-17-dezember-2013-296586asl=bremen203_tpgesetz.c.55340.de&template=20_gp_ifg_meta_detail_d#jlr-VerfScHGBR2014V5P8b

[2] https://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Ueberschrift,pressemeldungndr23096.html

[3] https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/linksetremismus-bremen-informant-enttarnung-100.html

Dokumentation:

Hausbesuch beim Leiter vom Verfassungsschutz in Bremen

Vergangene Nacht haben wir Thorge Köhler an seiner Privatadresse in der Moselstraße 28 28199 Bremen einen Besuch abgestattet.

Das Haus haben wir mit Farbe markiert und an seinen PKW – grauer VW Golf HB EL 477 - demolierten wir Fenster und Reifen.

Vor kurzem enttarnte die IL Bremen einen Spitzel in ihren Reihen. Dilan S. berichtete dem Verfassungsschutz über 8 Jahre über alle politischen und privaten Vorkommnisse in seiner Gruppe. Er bespitzelte zusätzlich zur IL auch andere Gruppen in denen er aktiv war. Für Geld hat er alle verraten die ihm verbunden waren und nun muss er sich vor seinen ehemaligen Leuten verstecken. Der Ratte gegenüber empfinden wir vor allem Verachtung. Unser Hass gilt dem Verfassungsschutz. Die IL betont in ihrem Statement die Unrechtmäßigkeit des Einsatzes von Dilan und nennt verschiedene Gesetze die gebrochen wurden. Dies interessiert uns nicht. Wir wollen den Verfassungsschutz abschaffen unabhängig davon ob er sich an seine eigenen Regeln hält. Spätestens seit dem NSU Komplex muss allen klar sein dass der Verfassungsschutz an sich das Problem ist. Er schützt keine demokratischen Werte und keine Menschen. Er schützt die kapitalistischen Verhältnisse. Deshalb späht er antifaschistische, kommunistische und anarchistische Strukturen aus und überwacht die Menschen bis in die intimsten Winkel ihres Lebens.

Köhler arbeitet seit 2018 beim VS in Bremen und leitet die Behörde seit 2023. Er trägt die Verantwortung für die aktuellen Spitzeleien.

Köhler nicht nur du hast viele Informationen. Fühl dich niemals sicher.

Partyvismus

Partyvismus ist keine Musikrichtung, keine Subkultur. Es ist eine Haltung. Die bewusste oder unbewusste Praxis, gesellschaftliche Zuspitzungen durch permanentes Feiern, Szene-Konsum und Eskapismus zu verdrängen und politische Beteiligung auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz auszulagern. Party wird dabei nicht als Ergänzung, sondern als Ersatz für Auseinandersetzung, Organisierung und Verantwortung gelebt.

Während sich der Rechtsruck beschleunigt, die Militarisierung rücksichtslos vorangetrieben wird, autoritäre Politiken zum Mainstream werden, Krisen eskalieren, Menschen für Rohstoffkolonialismus systematisch ausgebeutet und abgeschlachtet werden und Genozide fortgesetzt oder relativiert werden, zieht sich ein Teil der Szene zurück. Partyvismus ist kein harmloses Nebenphänomen, lieber tanzen als kämpfen, lieber Rausch als Solidarität, lieber Szene als Organisierung.

Das Problem ist nicht das Feiern. Das Problem ist das Feiern als Ersatzhandlung. Partyvismus verwandelt kollektive Ohnmacht in kurzfristige Ekstase und verkauft sie als Freiheit. Während andere mit all ihren Kapazitäten Strukturen aufbauen, Repression abfedern, Betroffene unterstützen und Angriffe abwehren, bleibt ein grosser Teil am Rand, oft politisch informiert, selten praktisch beteiligt.

Es geht nicht darum, Feiern zu verurteilen. Freude, Körperlichkeit, Rausch und Gemeinschaft sind legitime Bedürfnisse. Viele Menschen sind erschöpft, überfordert, psychisch belastet oder schlicht damit beschäftigt, ihren Alltag zu überleben, weil sie vom System Tag für Tag unterdrückt werden. Von niemandem kann jederzeit maximale Beteiligung verlangt werden. Wer das ignoriert, reproduziert genau jene Leistungs-

und Verwertungslogiken, die diese Krisen mit hervorgebracht haben.

Aber: Wer sich systematisch raushält, überlässt das Feld anderen und profitiert indirekt von deren Arbeit. Partyvismus verschiebt Verantwortung nach unten und Risiken nach aussen. Er lebt davon, dass andere den Kopf hinhalten. Niemand schuldet permanenten Aktivismus. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Pausen machen und sich dauerhaft entziehen. Zwischen Selbstschutz und politischer Bequemlichkeit.

Die Illusion, man könne sich einfach raushalten, ist trügerisch. Als wären der eigene Körper, die eigene Szene oder der Club ein unpolitischer Ort. Aber der Rechtsruck hört nicht an der Tür auf, Repression macht keinen Bogen um Tanzflächen, und politische Entscheidungen treffen uns alle, ob wir feiern oder nicht. Solidarität lässt sich nicht auf später verschieben und nicht auf Afterhours vertagen.

So entstehen unsichtbare Hierarchien: Die einen organisieren, die anderen konsumieren. Die einen brennen langsam aus. Das ist keine Szene-Kultur, das ist politische Arbeitsteilung ohne Absprache, immer zu Lasten derjenigen, die bleiben.

Die Frage ist nicht, ob wir feiern dürfen, sondern wofür. Ob Räume nur Orte der Ablenkung sind oder Orte, an denen Beziehungen entstehen, die tragen, wenn es ernst wird. Ob Lust verbunden ist oder zur Ausrede wird.

Solidarität heisst auch, sich zu fragen:

- Wer hält die Strukturen am Laufen?

- Wer zahlt den Preis für politische Passivität?

- Wer kann sich Eskapismus überhaupt leisten?

Nicht alle müssen alles machen. Aber niemand ist völlig unbeteiligt. Solidarität beginnt dort, wo wir anerkennen, dass unser Rückzug Konsequenzen für andere hat. Dass unser Eskapismus reale Kosten erzeugt und reale Ungleichgewichte schafft: Einige halten Kämpfe am Laufen, während andere konsumieren. Einige brennen aus, während andere tanzen. Das ist selten böse Absicht, aber es schwächt Bewegungen und vertieft Isolation.

Solidarische Grüsse

Lola

Dokumentation:

Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehen

NEUJAHRSGRÜßE 2026. NUR MUT!

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.

Wir können das Ende der imperialen Lebensweise einleiten. Wir können den Raubbau an der Erde stoppen.

In der Gier nach Energie wird die Erde ausgelaugt, ausgesaugt, verbrannt, geschunden, niedergebrannt, vergewaltigt, zerstört. Ganze Regionen werden unter der Hitze unbewohnbar gemacht. Sie verbrennen einfach. Oder Lebensräume verschwinden unter den Fluten bei Überschwemmungen oder aufgrund des steigenden Meeresspiegels.

Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit. Nur Mut.

Wir wissen, wir müssen diese Zerstörung unterbrechen. Wir wissen, wir sind nicht alleine. Gebt die Hoffnung auf eine Welt nicht auf, in der das Leben Platz hat und nicht die Gier nach Geld, Macht und Zerstörung. Wir haben heute Nacht das Gaskraftwerk in Berlin-Lichterfelde erfolgreich sabotiert. Es kam zu Stromausfällen in den wohlhabenderen Stadtteilen Wannsee, Zehlendorf und Nikolassee. Stromausfälle waren nicht Ziel der Aktion, sondern die fossile Energiewirtschaft. Bei den weniger wohlhabenden Menschen in dem Südwesten Berlins entschuldigen wir uns. Bei den vielen Besitzern von Villen in diesen Stadtteilen hält sich unser Mitleid in Grenzen. Wir erklären in unserem Beitrag unten warum.

Unsere gemeinwohlorientierte Aktion ist gesellschaftlich sinnvoll. Auch dazu haben wir uns in unserem Schreiben zu der Aktion ausführlicher

Stellung bezogen.

Der Angriff auf das Gaskraftwerk ist ein Akt der Notwehr und der internationalen Solidarität mit allen, die die Erde und das Leben schützen. Die Infrastrukturen die dem „technologischen Angriff" dienen und der Zerstörung der Erde Vorschub leisten, können sabotiert werden. Fossile Energiegewinnung kann gestoppt werden. Die Smartcity-Metropolen, wie Berlin eine werden soll, können verhindert werden. Mit Stromnetz Berlin hat es einen Baustein dieser katastrophalen Vision von einer smarten City getroffen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir zu jedem Zeitpunkt die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen haben.

Unsere ausführliche Erklärung hängt dieser Information bei.

''''''''''''''''''''''''''''''''''

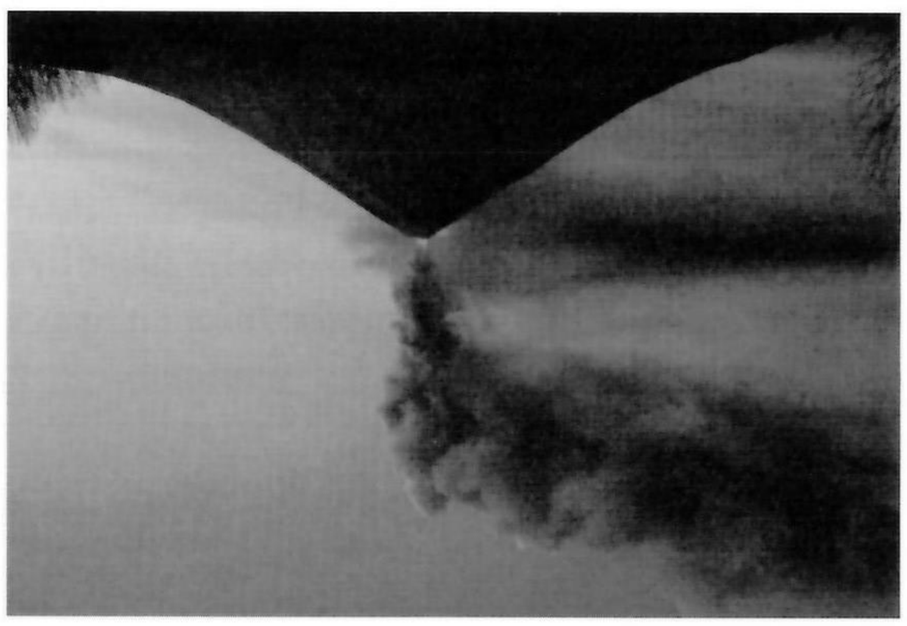
NEUJAHRSGRÜßE 2026. NUR MUT!

Gier nach Macht, Gier nach Energie, Gier nach Destruktion

In der Gier nach Energie wird die Erde ausgelaugt, ausgesaugt, verbrannt, geschunden, niedergebrannt, vergewaltigt, zerstört. Ganze Regionen

werden unter der Hitze unbewohnbar gemacht. Sie verbrennen einfach. Oder Lebensräume verschwinden unter den Fluten bei Überschwemmungen oder aufgrund des steigenden Meeresspiegels. So suchen mehrere tausend Bewohner:innen von Tuvalu im Pazifik bereits in Australien Zuflucht.

Im vergangenen Jahr ist die CO^2 Konzentration in der Atmosphäre auf 423,9 Teile Kohlendioxid pro Million gestiegen. Ein Wert, der alle vorherigen nochmal übertrumpft. Gleichzeitig sind sich Klimaforscher einig, dass die riesigen transatlantischen Meeresströmungen aufgrund der Klimaerwärmung über kurz oder lang abreißen werden. Dieser Zusammenbruch der Meeresströmungen, der dem Norden bisher ein mildes Klima bescherte, ist nur ein Teil der Katastrophe, die uns blüht. Das Ausmaß dieser Verwüstung wird einfach ausgeblendet, abstrahiert und in globalen Klimakonferenzen diskutiert, bis das Ausmaß der Zerstörung in Tabellen und Absichtserklärungen verschwunden ist.



Der Energiehunger aber ist unersättlich und frisst sich durch die Erdkruste und unser Leben, unter anderem, um die Künstliche Intelligenz zu füttern, die dann Stereotype, Hirnrissigkeiten auswirft und uns verwirrt, desorientiert und/oder manipuliert. Während Sprache, Ausdruck und Lebendigkeit bei jedem neuen „Lernen" der KI mit den vorangegangenen Daten immer weiter reduziert, verstümmelt und begrenzt wird.

Wir füttern mit unseren Daten die „wolkig" genannten „Clouds", die nichts anderes als gigantische, energiefressende Rechen- und Serverzentren sind. Die außerdem unser Trinkwasser saufen und Zahlen ausscheiden, die uns auf unseren Bildschirmen mit vielem nutzlosen, vermeintlich wichtigen Spam bombardieren, bis wir verlernt haben unserer Nachbar:in in die Augen zu schauen. Abhängig geworden von den kleinen Geräten, sind wir allzeit bereit ein Emoji zu verschicken und den „großen Bruder" zu füttern, dessen Algorithmus unsere Normabweichungen registriert und unsere Suchanfragen beantwortet, bevor wir den Gedanken zu Ende gedacht haben. Wir sitzen mit unseren Freund:innen zusammen währemd uns die Feeds auffressen und versinken in den Geräten anstatt uns live zu unterhalten. Wir bedienen unsere eigene Überwachung und die ist total. Die Tech-Konzerne sind in den Händen von Männern der Macht, die wir ihnen geben. Wir fressen die bunten Bilder, die uns die Maschinen gefiltert vorsetzen und verhungern an den Bildschirmen vor Einsamkeit und Entfremdung. Wir werden zu wischenden Zombies, die einander im Straßenverkehr umrennen. Wir sind Gefangene in einem digitalen System, das uns mehr und mehr die Existenzberechtigung entzieht, wenn wir uns nicht den Spielregeln unterwerfen und unser Leben nicht in die sozialen Medien, den Chat, die künstlichen Wirklichkeiten verlegen. Wir bekommen kein Geld, können nichts bar buchen oder kaufen. Wir sind ohne Zugang zur digitalen Welt immer mehr ausgeschlossen, verlieren den Anschluss an das, was Normalität scheint. Wir haben Angst vor dem, was mit uns passiert und vergraben uns noch tiefer in die Bildschirme, anstatt die Geräte auszuschalten und denen die Macht über uns zu nehmen, die uns tracken, verfolgen, beobachten und manipulieren. Wir machen uns blind gegenüber dem Wissen, für dessen Verbreitung Edward Snowden sein Leben riskierte. Wir machen uns taub gegenüber der stummen Schreie der Indigenen, der Bäuer:innen, die die Lebensgrundlage des Planeten vor ihren Augen verbrennen sehen. Im Gegenteil füttern wir mit jedem Post das Feuer, das uns einkreist und die Temperaturen jedes Jahr auf einen neuen Rekord steigen lässt. Eines Tages werden wir einfach vor den leuchtenden Bildschirmen oder den toten Geräten sitzend verdursten und verhungern. Es ist nicht mehr schwer, sich dies vorzustellen.

Wir sagen nicht, wir wüssten den Ausweg. Aber wir wissen, wir müssen diese Zerstörung unterbrechen. Der Hedonismus kann uns nicht mehr einfangen, wenn wir den Angstschweiß einmal gerochen haben, der sich ausbreitet, wenn es keinen Ausweg mehr gibt. Kein Vor und kein Zurück mehr. Nur der Schreck darüber, wo wir als Menschheit gelandet sind. Wenn die Frage auf uns zurückfällt, was hast Du eigentlich getan, um das, was auf uns zukommt, zu verhindern? Du hast es doch kommen sehen, fragen uns die Überlebenden, die nächsten Generationen. Komm uns bitte nicht mit den Parteien. Komm uns bitte nicht mit den braunen Alternativen in Nadelstreifenanzügen und Kostümen. Und auch nicht mit den Grünen oder den Linken. Komm uns nicht mit der Wirtschaft, dessen freier Markt das Problem schon regeln wird. Wirtschaft und Politik dealen täglich mit dem Tod. Mit Diktaturen und Schlächtern. Die Bedenken gehen gegen Null, wenn es zum Beispiel darum geht, den Energiehunger zu befriedigen. Noch immer liefert Russland über Nord Stream 1 Gas nach Europa. Und die U.S.A. wollen Venezuelas Öl. Deshalb kommt es jetzt zu militärischen Angriffen. Und Fracking-Gas kommt per Schiff aus aus aller Welt. Zu 79 % im Moment aus den U.S.A.! Fracking in seiner Herstellung ist extrem umweltschädlich. Schon bei der Förderung geht man von 6 bis 10 Prozent Methanverlust aus, was die Atmosphäre zusätzlich aufheizt. 95% des verbrannten Gas in Deutschland ist importiert. Auf den Klimagipfeln kommen nur taktische Lippenbekenntnisse heraus, weil die erdölproduzierenden Länder kein Interesse an Klimaschutz haben sondern an Geld. Weil die Metropolenländer ihre Politik nach Geld und Wachstum ausrichten, wird den Lobbyisten in Europa gerade das Aus vom Verbrenner-Aus geschenkt.

Die deutsche Wirtschaftsministerin Katharina Reiche beispielsweise war Staatssekretärin im Verkehrsministerium der Bundesregierung, Lobbyistin beim Verband Kommunaler Unternehmen (VKM) und Managerin bei der E.ON-Tochter Westenergie. E.ON-Ministerin Reiche gibt sich als Unterstützerin des Wasserstoffs, setzt aber vor allem auf Erdgas. So will sie Ausschreibungen für zusätzliche Gaskraftwerke mit einer Leistung von 10 Gigawatt, die bis 2031 ans Netz gehen sollen, was ungefähr 25 neuen Kraftwerken entspräche. 20 Milliarden Euro sind für diese neuen Gaskraftwerke vorgesehen. Reiche würde die Klimaneutralität von Deutschland sowieso am liebsten von 2045 auf 2050 verschieben.

Die hauptsächlichen Verursacher der Klimazerstörung durch den Menschen sind nicht jene, die am meisten darunter leiden, die mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben dafür bezahlen. Die Menschen des globalen

Südens zahlen jetzt schon den höchsten Preis. Die Länder des globalen Nordens, und demnächst u.a. auch China entscheiden über das Leben aller. China, als kommunistische, rassistische und patriarchale Diktatur kann mit den „Seltenen Erden" Länder erpressen, die nicht auf Linie sind und so nach und nach Länder, Kulturen, politische Systeme in den Kokon der neuen diktatorischen Weltmacht einweben. Über 85 % der weltweit raffinierten „Seltenen Erden" kommen aus China. Und es sind die Reichen, die ein Problem sind. Es sind die Superreichen, die die Welt in Brand setzen. In Ost, in West, in Süd und in Nord. 60 Prozent der Investitionen der Superreichen gehen weltweit in die Investitionen von Gas und Erdöl. Und um die 300 Superreiche emittieren mehr CO^2 wie die 110 ärmsten Länder der Welt. Diese Verbrecher wissen darum. Es ist ihnen egal. Ihre Gier nach noch mehr Reichtum und Macht setzt den Maßstab, dem alle folgen. Sie bereiten ihre eigene „Rettung" auf abgeschottete Inseln oder in den Weltraum vor, wenn sie diese Erde verbrannt haben. Vor ein paar Jahren hätten wir über diese misogynen Spinner noch gelacht, aber sie meinen es todernst. Zuckerberg will mehr „maskuline Energie". Musk „produziert" Kinder am Fließband, damit sein Clan überlebt.

Von den Verursachern löst niemand das „Problem". Und schon gar nicht wird das Grundproblem regional gelöst. Im Gegenteil – alle Welt rüstet auf, zur letzten großen Schlacht um Rohstoffe, Wasser, Nahrung und Zugang zu strategisch wichtigen Regionen, um den Exitus der eigenen Machtsphären möglichst zu verhindern oder wenigsten hinauszuzögern. Damit der Bevölkerung noch so lange wie möglich das Angebot der Teilhabe unterbreitet werden kann. Damit wir im globalen Norden, eingesponnen in einer Welt des Konsums und einer imperialen Lebensweise, mitwirken und die Macht mit ihren zunehmend autoritären Konzepten bestätigen. Denn es geht nicht mehr um Freiheit für alle, es geht nur noch um Sicherheit für einige. Das Sicherheitsversprechen ist ein exklusives Recht derer, die es für sich durchsetzen können. Unsere imperiale Lebensweise lassen wir die Verlierer bezahlen, diejenigen, die zu schwach sind, sich gegen „uns" zu wehren.

Die Angebote an Teilhabe einer verbrannten Welt weisen wir mit unserer militanten Aktion zurück. Deshalb haben wir die Aktion auf das Gaskraftwerk in Lichterfelde gemacht.

Wir verhindern dadurch nicht unsere eigene Verstrickung in eine imperiale Lebensweise auf Kosten anderen Lebens, aber wir setzen ein Signal. Einmal mehr, so wie das viele Menschen und Gruppen an unterschiedlichen Orten der Welt tun. Wie das auch hier einige Gruppen, wie beispielsweise Vulkangruppen seit 2011 beständig tun. Wir wissen, diese Worte erreichen viele Menschen nicht – sie sind so weit abgerückt von der Idee einer Welt und eines Zusammenlebens, das nicht auf Zerstörung beruht, dass diese Worte sie genauso wenig erreichen wie das Elend der Welt, das täglich über die Bildschirme hochaufgelöst transportiert wird. Wir können kilometerlang Fakten aufzählen und werden kein Gehör finden. Wir sind nicht die ersten und wir werden nicht die letzten sein, die trotzdem versuchen, Menschen mit Worten zu erreichen. Wir sind nicht die ersten und letzten, die zur Sabotage schreiten, denn wir spielen auf Zeit. Gleichzeitig nutzen wir und andere die gewonnene Zeit, die Zerstörung aller Lebensformen umzukehren. Mann nennt uns Ökoterrorist:innen, dabei achten wir das Leben. Mann nennt uns verantwortungslos, dabei übernehmen wir Verantwortung, um diese imperiale, zerstörerische Lebensweise zu beenden.

Unsere gemeinwohlorientierte Aktion ist gesellschaftlich sinnvoll. Wir versuchen damit, die Ausbeutung der Erde zu unterbrechen, die Co^2-Toten zu verhindern und die mit der Klimakatastrophe zusammen hängenden Krankheiten zum Stoppen zu bringen. Wir versuchen damit außerdem, dem Artensterben ein Ende zu setzen und die Welt für alle wieder lebenswerter zu gestalten. Jene, die uns „Ökoterroristen" nennen, sind selbst die wahren Ökoterroristen, formulieren dies im Sinne egoistischer Interessen und Machtkalkül.

Wir sehen die Bewusstlosen, die sich für schlau halten und den Klimawandel für Fakenews. Die Empathie für Wokeness halten und die nur ihren eigenen Vorteil im Kopf haben, ohne zu erkennen, wie die Dinge, die sie umgeben, miteinander zusammen hängen. Wir sehen hinter dieser sich verbreitenden Abwehr von Fakten ein System derer, die in die Zerstörung der Erde investieren. Es sind die gleichen, die die Macht über die Tech-Konzerne in den Händen halten, die ihnen erlaubt, eine Spezies Mensch zu züchten, die Beifall klatscht, wenn Menschen ertrinken, verdursten, verhungern oder anderweitig krepieren, im Versuch Europa zu erreichen, oder die USA. Diese manipulierten Wohlstandschauvinist:innen und Parteianhänger:innen sekundieren Trump, Modi, Miley, Netanjahu, Merz, Weidel, Putin, Höcke, Orban, Vans, Xi und wie sie alle heißen, bei der „Verteidigung" der Freiheit. Der Freiheit, darüber zu entscheiden, wer sterben muss und wer nicht. Wer den Zugang zu Reichtum erhält und wer nicht. Dabei hat jeder auf der Flucht gestorbene Flüchtling seine Entsprechung hier in einer tiefen Depression. Jeder Verhungerte macht uns hier fetter und kranker.

Wir Menschen des globalen Nordens, der reichen Metropolen, haben keinen Nutzen aus dem Elend anderer Menschen. Materieller Reichtum ist kein Reichtum im Sinne einer Idee, die sich am Leben aller erfreuen kann. Wenn nur in jedem Land ein kleiner Teil der Bevölkerung sagt; „Jetzt reicht es. Nicht mehr mit uns, nicht in meinem Namen. Auf unsere Kosten darf kein Mensch mehr sterben". Wenn wir uns weigern zu funktionieren und mitzuspielen, wenn wir Sand im Getriebe einer Maschine werden, die wir bisher selbst mitfüttern, dann kommt etwas in Bewegung, dann können wir die Kraft entwickeln, die Ursachen ein für alle Mal zu stoppen. Doch wir brauchen eine Internationale der Verweigerung eines Fortschritts, der nur auf Zerstörung, Mord und Raub basiert. Wir rufen verzweifelt, wütend und entschlossen zugleich und schließen uns den Aufrufen anderer an: Sabotiert die fossile Infrastruktur, die Stromnetze, den Raubbau an der Erde, die Serverzentren, die Chipindustrie und deren Zulieferbetriebe, zerstört die Voraussetzungen für die Automobilwirtschaft und die Rüstungsindustrie, für den Flugverkehr, die Villen, die Yachten, die Spaceships und die Golfplätze. Zerstört die Polizeizentralen, die der Garant für die patriarchalen Eigentumsverhältnisse sind, denn die Erde gehört sich selbst und allen Lebewesen und nicht den Menschen, bzw. den Männern allein und nicht den Reichsten unter ihnen. Dieser Ruf der Verzweiflung ist auch ein Weckruf, ein Aufschrei der Hoffnung und er hat keine örtliche Einfassung, er ist global. Wir reden von einer Internationalen, die sich nicht auf einen Patriarchen beruft, nicht auf die Galerie der Köpfe, die die Kommunisten verehren, sondern die von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgeht. Die in China verstanden wird, in Europa, den USA, in Indien und Pakistan, in jedem Winkel der Erde in dem Starlink seinen Empfang hat, in jedem Land in dem die tödliche Drohne ihr Ziel sucht und Strom dafür braucht. In jedem Land, in dem ohne Energie die kriegsführenden Kräfte blind sind und die Menschen die Kampfplätze ver-

lassen können, ohne dass noch jemand Befehle zu deren Tötung ausgeben kann. In denen die Börsen nicht mehr funktionieren und die Bitcoins nicht mehr aufgerufen werden können.

Wir sagen es nochmal, wir haben Ideen aber keine abschließenden Antworten über den Weg. Aber über das Ziel. Jeder Beitrag zählt. Aber alles in Reichweite unserer Möglichkeiten zu versuchen, dieser imperialen Lebensweise ein Ende zu setzen, das kann nicht falsch sein. Der Fortschritt der Zerstörung ist menschengemacht, durch uns kann er auch gestoppt werden. In den Schritten des Widerstands, in den Echos unterschiedlichster Sprachen und Kulturen, in dem, was andere an uns aussenden, werden wir uns finden und erkennen. Es geht um die Erde. Es geht um das Leben. Es geht gegen unreife dumme Männer an den Hebeln der Macht, die sich aufführen, als betätigten sie einen Spielzeugbagger.

Für Frustration bezüglich des Widerstands gegen den menschengemachten Klimawandel und der wachsenden Zahl von Leugnern dieses Wandels besteht keine Zeit. Aus den Niederlagen müssen wir lernen, und zwar nicht, indem wir in die Parteien gehen oder privatisieren oder uns im Kollaps einrichten, sondern indem wir Fakten setzen. Das Ausschalten eines Gaskraftwerkes ist einer dieser Fakten, es können aber auch Land-, Platz- und Waldbesetzungen, Zerstörung von Golfplätzen und Flughäfen der Reichen sein. Die Phantasie ist gefordert und unsere Entschlossenheit.

Switch off für die Gier nach Energie, Switch off für die digitale Verwaltung des Lebens, Switch off für den Fortschritt der Zerstörung.

Wir haben heute das Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk in Lichterfelde angegriffen. Das Kraftwerk produziert auf Erdgasbasis eine elektrische Gesamtleistung von 300 MW. Ziel waren die Starkstromleitungen, um bei dem Unternehmen einen hohen Schaden zu verursachen. Die Kabelbrücke, die nicht öffentlich verzeichnet ist und vom Kraftwerk Lichterfelde über den Teltowkanal geführt wird, haben wir zur Seite der Grünanlagen hin in Brand gesetzt. Wir haben die angeschmorten Kabelstränge mit herumliegenden Stahlstangen zusätzlich kurzgeschlossen.

Das Energieunternehmen wird auf dem freien Markt Strom in Echtzeit kaufen müssen, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, die sie mit der Auslieferung des Stroms eingegangen sind, sobald der Ausfall der Lieferung bemerkt wird. Wir gehen nicht davon aus, dass wir dadurch 100.000 Haushalte vom Netz abgetrennt haben, sondern dass wir diese nur vom Netz des Gaskraftwerks abgetrennt haben. Das mehrfach gesicherte Energienetz wird über andere Wege der Energieleitungen die Haushalte in kürzester Zeit wieder über das weit verzweigte Stromnetz anschließen. Der kurzfristige Kauf von Energie zu den marktüblichen Preisen ist möglicherweise teurer als zu dem Zeitpunkt, als das Energieunternehmen den Strom an der Leipziger Strombörse (EEX) gekauft hat. Um nicht hohe Vertragsstrafen an die einzelnen Energieabnehmer zu zahlen bleibt ihnen kein anderer Weg. Wir haben über zwanzig 110 KV Leitungen kurzgeschlossen und die Fernwärmerohre nicht in den Anschlag einbezogen. Aber wir können Auswirkungen auf die Fernwärme nicht ausschließen. Unsere Aktion unterscheidet sich im Praktischen von der Aktion in Adlershof am 9.9.2025 gegen das Technologiezentrum. Dort handelte es sich um eine Zuleitung, die redundante Absicherung vernachlässigte. Bei der „Vulkangruppe Tesla ausschalten", die Tesla mit der Zerstörung einer Zuleitung vom Netz nahm und um die 5000 privaten Haushalte mit traf, war die Situation ähnlich. In unserem Fall wird nicht vor einem Objekt wie dem Technologiepark oder der Gigafactory der Strom abgetrennt, sodass dieses Objekt in den Blackout kommt, sondern das Kraftwerk mit seiner weiten Verzweigung der Kabel wird von Stromnetz abgetrennt. Es produziert noch Strom, kann aber diesen nicht mehr in dasNetz einspeisen und somit nicht mehr liefern. Die Versorgungsfähigkeit der privaten Haushalte über andere Kraftwerke bleibt aber erhalten und ist auch so von den Behörden und Energieriesen beabsichtigt. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, dass unsere Aktion einzelne Trafostationen in größerer Mitleidenschaft zieht.

Die Versorgung mit Fernwärme (thermische Leistung um 690 MW) ist durch uns nicht unterbrochen worden.

Die einzelnen Haushalte sind nicht Ziel der Aktion. Ziel der Aktion ist es, der Gaswirtschaft und der Gier nach Energie einen hohen Schaden zuzufügen.

Wenn es zu längeren Ausfällen in privaten Haushalten kommt, wollen wir hiermit deutlich machen, sie sind nicht Ziel des Angriffs. Und dieser Effekt war von uns weder beabsichtigt noch kalkuliert. Wir haben zu jedem Zeitpunkt die Gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen. Da wir keine hundertprozentige Sicherheit darüber haben, welche Kettenreaktionen, die nicht in unserem Verantwortungsbereich liegen, unsere Abschaltung der Gaswerks zur Folge haben könnten, haben wir folgende Bitte an eventuell in Mitleidenschaft gezogene Haushalte: Klingeln Sie bei Ihren Nachbar:innen an. Bedenken Sie, ältere oder hilfsbedürftige Menschen bei einem Ausfall des Stroms mitzuversorgen. Versorgen Sie sich und andere Menschen, indem Sie solidarische Unterstützung geben. Informieren Sie sich untereinander.

Das Heizkraftwerk in Lichterfelde war eine hundertprozentige Tochter des staatlichen schwedischen Energiekonzerns Vattenfall AB mit einem Umsatz von 7,6 Mrd Euro jährlich und der viertgrößte Stromkonzern nach E.ON , RWE, EnBW. Ab 2021 wurde das Kraftwerk „rekommunalisiert" und gehört der Stadt Berlin. So wird auch das Kraftwerk zum Teil zurückgebaut und umgerüstet auf weitere Kapazitäten. Das hört sich nur auf den ersten Blick gut an.

Stromnetz Berlin GmbH tätigt aktuell umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Berliner Netzinfrastruktur, um den wachsenden Anforderungen der sogenannten Energiewende Rechnung zu tragen. Dafür kassiert die Tochterfirma von Stromnetz Berlin BEN (Berliner Energie und Netzholding GmbH) 380 Millionen von der Europäischen Investitionsbank - "um die voranschreitende Energiewende vorzubereiten". Die "Energiewende" ist eine Nebelkerze, die verschleiert, dass es um Energie ohne Wende und ohne wenn und aber geht. Hauptsache Energie, nachhaltig oder nicht. So will Stromnetz Berlin die Kapazitäten bis Anfang 2030 verdoppeln. Ziel sei ein "modernes" digitalisiertes Stromnetz. Das heißt konkret Hunderttausende Meter neuer Stromkabel und Netzkomponenten sowie mehr digitale Dienste. Das dies nicht aus Nächstenliebe geschieht, können wir uns denken. Vordergründig geht es um die Versorgungssicherheit der Stadt, aber bei genauerem Hinsehen geht es um einen Wachstumswahn in einem von der Regierung forcierten Konkurrenzkampf. Das Schlachtfeld ist die Stadt und unsere Lebensbedin-

gungen. Die Stadt ist eine Ware. Die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Großstädten soll die Neuansiedlung von mehr Start-ups forcieren, mehr rüstungsforschende und -produzierende Unternehmen, mehr digitale Dienstleister und Tech-Unternehmen, die noch mehr Strom fressen, als die Millionen Berliner:innen privat verbrauchen. Es geht auch um eine E-Mobilität, die natürlich keine Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs zum Ziel hat, sondern noch mehr Blech, das mit Lithiumbatterien durch die Straßen rollt, noch mehr KI-dominierte Systeme, die selbstfahrende Privatfahrzeuge ausspucken. Das läuft dann unter „Ausbau der Infrastruktur", die das Land bis 2029 weitere 3 Milliarden Euro kostet, nachdem die A100 sich immer tiefer in die Stadt hineinfrisst. Für die Erneuerung des Stromnetzes werden Investitionen bis zu 770 Millionen Euro getätigt. Das hört sich alles mehr als langweilig an, ist aber für uns als Menschen in Berlin und Brandenburg von großer Bedeutung, denn es ist unser Leben, unser Land, unser Wasser, unsere Zukunft, die hier verhandelt werden. Für Giffey, die Wirtschaftsliberale der SPD, ist der Ausbau der Netzkapazitäten und neue Stromtrassen eine zentrale Voraussetzung für den Investitionsstandort Berlin. Diese wirtschaftstliberalen Zerstörer einer lebenswerten Zukunft denken die Stadt in Zahlen, Geldsummen, Wachstumsraten und Konkurrenzkämpfen zu anderen Städten. Die Menschen zählen nicht, bzw. nur als einkommensschwache oder einkommensstarke Größen. Den ersteren Teil muss man irgendwie verwalten und eingrenzen – auch mittels polizeilicher und repressiver Maßnahmen und mauert so einen Park in Kreuzberg ein. Und den anderen Teil umschmeichelt man, denn dessen Geld kurbelt den Konsum an. Für diesen Teil wird die Stadt smart und hübsch gemacht. Berlin ist eine Marke und wird als solche gehandelt.

Für Giffay entspricht der Ausbau des Stromnetzes der rasanten Digitalisierung des Alltags, als handele es sich um eine Naturgewalt, die über uns hereinbricht. Als entscheiden nicht die TECH-Konzerne und die Tech-Faschisten über die Durchsetzung von KI, welche den weltweiten Stromverbrauch laut Bundeswirtschaftsministerium bis 2030 verdoppeln wird. Als entscheiden nicht Politiker und Wirtschaftsliberale darüber selbst, wenn in den BVG-Bussen kein Bargeldzahlen mehr möglich ist und Menschen zu digitaler Bezahlungen gezwungen werden, deren Tracking damit auch gleich gewährleistet ist, in einer renitenten Stadt, in der es eine Tradition militanter Bewegungen gibt, die es zu kontrollieren gilt. Als entscheidet nicht die Politik, wenn sie der Polizei und den Geheimdiensten die Überwachungssoftware Palantir in die Hand gibt, deren treibende Kraft ein Faschist aus den USA ist und dessen Software ein digitales Netz zur Überwachung der Menschen vorsieht. Giffay wirbt für den Ausbau des Netzes mit "unseren" Unternehmen und der zunehmenden Elektrifizierung der Mobilität: "Aus Liebe zu Berlin, das modernste Stromnetz für die klimaneutrale Hauptstadt". Und geübt darin, Kritik die Spitze zu nehmen, hat die Stromnetz Berlin "Bürgerräte" als Feigenblätter miteinbezogen, die lächerliche Beteiligungen an Belanglosigkeiten ausüben können, aber über die Richtung energiepolitischer Entscheidungen und der Gestaltung der Stadt nichts zu sagen haben. Nachdem Vattenfall und die Stadt aufgrund einer breiten Bürger:innen-Initiative gezwungen waren, eine "Rekommunalisierung", eine Verstaatlichung des Stromnetzes einzuleiten und BEN als Eigentümer einzusetzen, betreiben sie business as usual und der Irrsinn geht unvermindert weiter. Die Vision ist klar: Smart City - Stromnetz Berlin spricht es aus: "Berlin befindet sich auf dem Weg, eine der führenden Smartcity-Metropolen zu werden. In allen Bereichen des städtischen Lebens hat dieser Transformationsprozess bereits begonnen". Und: "intelligente Infrastrukturen und besonders das "smart grid" (intelligentes Stromnetz) werden das Fundament bilden - als vernetztes Betriebssystem wird es zum Rückgrat und Katalysator der Energiewende." Abgesehen davon, dass wir den Begriff "Energiewende" für Augenwischerei halten und ersetzen würden mit "technologischer Angriff auf mit-menschliche Verhältnisse", stimmen wir überein. Die konkreten Angriffe auf den Technologiepark Adlershof, auf Teslas Gigafactory, auf die Infrastruktur des Vattenfall Steinkohlekraftwerks Reuter, und auf den Knotenpunkt von Vodafone in Adlershof sind Referenzpunkte unserer Aktion, sowie die vielen militanten Aktionen, die Akzente gegen die Zerstörung unserer Erde setzen. Auch wenn diese Sabotageakte hohe finanzielle Einbußen verursachen, können sie als einzelne (!) Aktionen keine politische Richtungsänderung erzwingen. Aber sie weisen einen Weg und eine Richtung auf, die wir allen Metropolen nahelegen. Legt die Infrastrukturen lahm, die dem „technologischen Angriff" dienen und der Zerstörung der Erde Vorschub leisten. Der Konsens über Teilhabe am Projekt einer imperialen Lebensweise ist aufkündbar. Eine soziale Massenbewegung gegen die weltweite Zerstörung der Lebensgrundlagen und gegen alle Kriege und Ressourcenplünderungen geht mit der Fähigkeit zur Sabotage der Stromnetze und der Energieadern einher. Der Angriff auf das Gaskraftwerk ist ein Akt der internationalen Solidarität mit allen, die die Erde und das Leben schützen. Unser Widerstand ist vielfältig und oft brauchen wir im Nebel der Desinformationen, der unterschiedlichen kulturellen Zugänge, der sprachlichen Differenzen noch zu viel Zeit, um die Gemeinsamkeiten zu erkennen. Aber wir sind zuversichtlich, dass im Dunkeln das Licht nicht weit ist. Wenn wir diese Aktion in den Kontext eines weltweiten Widerstandes stellen, ob in den USA, Lateinamerika, Asien, China oder Russland, in Europa oder Australien, der gegen alle Erscheinungsformen der Dominanz, Herrschaft und Zerstörung der Erde gerichtet ist, sind wir zuversichtlich, dass wir gehört werden, dass diese Beiträge übersetzt werden, dass uns übersetzte Beiträge erreichen, dass auf den verschlungenen Pfaden des Widerstands eine subversive Kommunikation stattfindet, die einander erkennt. Und eingreift. Und dies möglichst ohne Blut zu vergießen, aber entschlossen, den Herrschenden den Saft abzudrehen.

Vulkangruppe : Den Herrschenden den Saft abdrehe

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten

Das Ende der imperialen Lebensweise einleiten Fossile Kraftwerke abschalten ist Handarbeit Den Raubbau an der Erde stoppen! Freiheit für alle Antifas, Klimaaktivist:innen und all die anderen Widerspenstigen

KI beginnt hier – Warum wir aus der Architektur des Krieges desertieren müssen!

Was haben die Zielauswahl durch die israelischen Streitkräfte (IDF) im Gaza-Krieg, die Verschleppungen durch die US-Migrationsbehörde ICE und die sogenannte Abwendung drohender Gefahren durch deutsche Landespolizeien gemeinsam? Sie setzen ein neues Modell datengetriebener Herrschaft über Menschen durch, ein Modell, das von wenigen Tech-Konzernen kontrolliert wird. Es basiert auf den Daten, die wir alle täglich bei der Nutzung der Systeme von Unternehmen wie Meta, X, OpenAI und Google erzeugen. Mit diesen und anderen Daten werden militärische Entscheidungsassistenzsysteme wie Lavender trainiert, die auswählen, wer z.B. in Gaza per Luftangriff, Drohne oder Rakete getötet wird. Unsere zivilen Daten sind notwendiger Bestandteil dieser zivil-militärischen Infrastruktur – oder andersherum: Es gibt keine rein zivile Nutzung zivil-militärisch entwickelter Technologien! Wir sind Teil der KI-Kriegsindustrie und Teil der Zerstörung! Der algorithmisch gesteuerte Einsatz von (Staats-) Gewalt vermittelt das Bild einer Gesellschaft, in der Widerstand zwecklos wird. Es ist an der Zeit, über die Möglichkeiten einer konzertierten Verweigerung unserer Datengefolgschaft zu debattieren – quasi aus der Architektur des Krieges zu desertieren –, verbunden mit der konsequenten Sabotage der vielfältigen Prozesse und Knotenpunkte, in denen sich das Zivile ins Militärische einwebt.

Nahezu alle Big Tech-Unternehmen haben in den letzten Jahren ihre Nutzungsbedingungen angepasst, um die erfassten Nutzungsdaten und ihre Technologien auch militärisch zu verwenden. Google arbeitet mit Lockheed Martin im Bereich KI und Cloud Computing zusammen, OpenAI mit Anduril und Palantir. Meta arbeitet mit ScaleAI an Defence Llama. ScaleAI hat im Rahmen des Pentagon-Großprojekts Thunderforge neben den bereits genannten Unternehmen weitere Partnerschaften u.a. mit Microsoft. Die drei großen Cloud-Anbieter (AWS GovCloud, Microsoft Azure Government und Google Cloud for Defense and National Security) hosten die digitale Infrastruktur für Militär und Geheimdienste. Auch in Bundeswehr-Rechenzentren läuft Googles Cloud-Software. Die Liste der Zusammenarbeit von Tech-Unternehmen und Militär ließe sich fortsetzen. Wichtig ist: Die privaten Konzerne stellen Systeme, KI-Modelle, Daten und ihr spezifisches Fachwissen zur Verfügung, um militärische Entscheidungsfindungssysteme in Maschinengeschwindigkeit zu entwickeln. Damit steigt nicht nur die militärische Handlungsfähigkeit, sondern auch der kriegsrelevante Einfluss eben dieser Konzerne.

Datenbasiertes Töten in Gaza

Durch die Aussagen israelischer Soldat:innen wissen wir, dass es sich nicht um ein hypothetisches Zukunftsszenario handelt. Auf Basis einer umfassenden Überwachungsinfrastruktur (Mobilfunkdaten, GPS-Signale, biometrische Datenbanken von Geheimdiensten, Daten aus sozialen Medien und weiteren Quellen) vergibt das Entscheidungsassistenzsystem Lavender des israelischen Militärs (IDF) den Einwohner:innen des Gaza-Streifens KI-gestützt einen Score zwischen 1 und 100. Dieser Score gibt die Verhaltensähnlichkeit der jeweiligen Person zu Hamas-Kämpfern an. Eine Stichprobe der IDF enthielt eine Fehlerquote von 10%. Wird eine Person von Lavender als Hamas-Mitglied ‚identifiziert', wird der Datensatz der markierten Person nach einer in der Regel 20-sekündigen (menschlichen) Überprüfung an das System Where's daddy weitergegeben, um die Verdächtigen ausfindig zu machen, zu verfolgen und nachts die betreffende Wohnung mit Raketen oder Drohnen anzugreifen oder gar das ganze Gebäude zu bombardieren. Die Wahl der genutzten Waffen folgt ebenfalls weitgehend automatisiert einer Collateral Damage Calculation: Bei der Tötung eines niedrigrangigen Hamas-Mitglieds rechnet diese Funktion 5–20 getötete Zivilist:innen mit ein. Bei der Tötung eines hochrangigen Hamas-Führers sind über 100 zivile Opfer miteinkalkuliert. Den Berichten zufolge vertrauten die Offiziere den technischen Systemen mehr als den Soldat:innen vor Ort.

Anders als in früheren Gaza-Kriegen bestand kein ‚Mangel' an aufgeklärten militärischen Zielen. Da die Schwellwerte für den ‚Hamas-Score' und eingepreiste zivile Opfer willkürliche Setzungen sind, werden sie flexibel der militärischen Tötungskapazität angepasst. Anders ausgedrückt: Mehr bereitstehende Bomber bedeuten mehr ausgewählte ‚Targets'. Die Anzahl der Toten in diesem Krieg übersteigt die vorheriger Kriege deutlich. Unter den Toten befinden sich zu je einem Drittel Frauen und Kinder. Ein geleakter Bericht der IDF geht von 83% Zivilist:innen unter den Toten in Gaza aus. ‚Targeted Killing' hat mit Zielgenauigkeit tatsächlich nur rudimentär zu tun.

Lavender bedeutet nicht weniger oder gezieltere Todesopfer, sondern bezweckt eine Verschleierung der Verantwortung. Entscheidungen über Leben und Tod werden scheinbar durch eine Maschine getroffen. Diese Maschine wird jedoch von Menschen genau zu diesem Zweck programmiert und konfiguriert. Automation Bias, d.h., die menschliche Neigung, Vorschläge von Maschinen zu übernehmen, sowie die physische und emotionale Distanz der Soldat:innen zu den ‚Targets' führen zu einem ‚reibungslosen' Ablauf in der automatisierten Tötungsmaschinerie.

Verschmelzung ziviler und militärischer Nutzung

Die automatisierte Tötungsmaschinerie wird auch in den Interfaces der neuen Systeme deutlich: Große Sprachmodelle à la ChatGPT verschmelzen mit Battle Management Systemen des Militärs und Bildtechnologien mit speziellen KI-Assistenz-Systemen für Kampfpilot:innen. Die Tätigkeiten der Soldat:innen gleichen sich der zivilen Alltagsnutzung technischer Systeme an.

Unsere zivile Nutzung ‚sozialer' Medien und großer Sprachmodelle stellt für Entscheidungsfindungssysteme die Datenbasis, um abweichendes Verhalten per KI detektierbar zu machen. Palantir ist Vorreiter in der Entwicklung militärischer Systeme (wie im Extremfall Lavender) für die Zusammenführung dieser Daten zur Feindzuschreibung; die gleichen Systeme werden in der zivilen Markierung von Gefährder:innen oder Migrant:innen eingesetzt. Unsere Posts, Chats, Feeds, Tweets, Stories, Threads, Comments, Channels, Direct Messages, Reels, Spaces und Gruppenzugehörigkeiten sind der Heuhaufen, in dem die (abweichende) Nadel sichtbar

gemacht werden soll. Entgegen unserer Intuition funktioniert das umso besser, je größer der statistische Heuhaufen ist.

Big-Data-Algorithmen, die zur gezielten Werbeschaltung (Ad Targeting) konzipiert wurden, werden zum vermeintlich gezielten Töten (Targeted Killing) weiterentwickelt. Bereits 2018 formulierte Chelsea Manning im Guardian: „Marketing or death by drone, it's the same math [...] You could easily turn Facebook into that. You don't have to change the programming, just the purpose of why you have the system." Zivile und militärische Nutzung sind über politische Entscheidungen bereits im Innovationsprozess dieser ‚dual-use'-Technologien eng und vielfältig miteinander verwoben. Die Cloud-Infrastruktur für Lavender wird von den US-Unternehmen Google und Amazon (beide Project Nimbus), Cisco, Dell, RedHat (IBM) und (dem offiziell ausgestiegenen) Microsoft gestellt. Die Datenintegration für die KI leistet Palantir. Die KI-Modelle selbst kommen von Microsoft, OpenAI und Google. Wohl kein anderer Konzern verfügt über einen so reichhaltigen Datensatz an Social Media-Daten, die unmittelbar für das Training militärischer KI-Modelle verwendet werden können, wie Meta. Ob die eigenen Nutzungsdaten einem Konzern wie Meta für das Töten von Menschen überlassen werden, muss Ergebnis kollektiver Aushandlung und nicht einer individuellen Entscheidung sein. Schließlich werden die trainierten Modelle potentiell gegen uns alle verwendet – auch dann, wenn wir selbst die Systeme von Meta und Co. gar nicht nutzen.

Wir sind Teil der Maschine

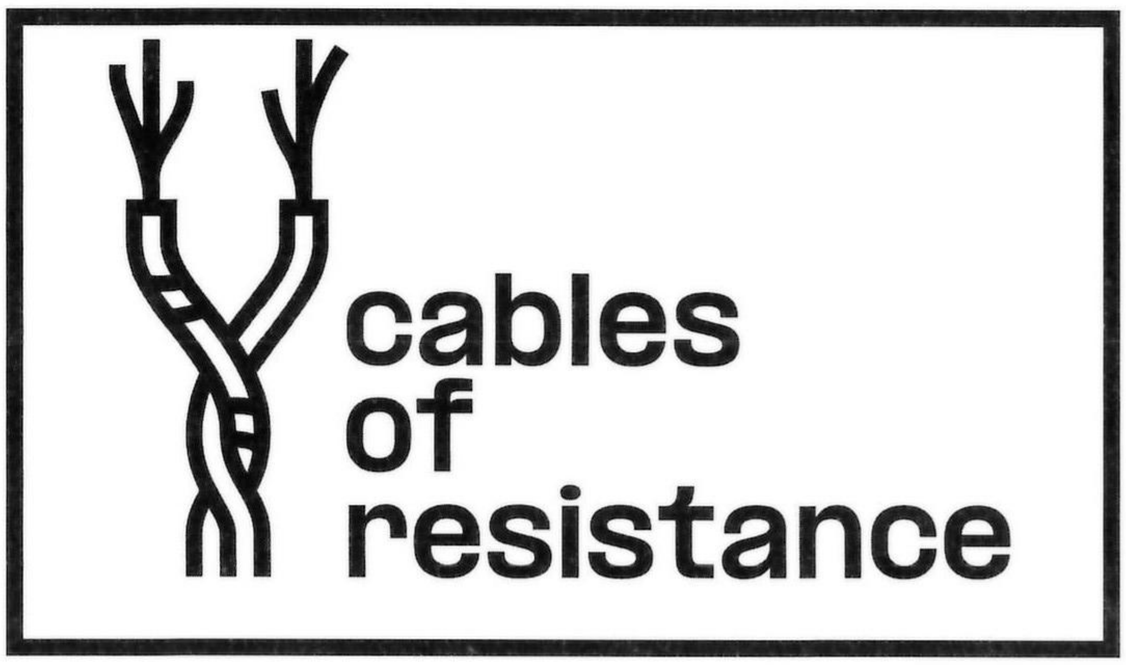
KI-basierte Entscheidungsfindungssysteme wie Lavender sind u.a. deswegen so wirkmächtig, weil sie Menschen zu einem Teil des Systems machen. Es ist falsch, sie als Maschinen bzw. rein technische Systeme oder Werkzeuge zu verstehen. 2004 entwickelte Luis von Ahn ESP, ein Onlinespiel, in dem zwei Menschen (ohne gegenseitige Kontaktmöglichkeit) möglichst schnell Begriffe zu einem gezeigten Bild eingeben müssen. Mit diesem human-based computation game gelang es Google, kostenlos eine Bilddatenbank mit Millionen Labeln versehen zu lassen und damit ein künstliches neuronales Netz für die eigene Bildersuche zu trainieren. Von Ahns neuartige Idee: Ein Algorithmus, in dem Berechnungen sowohl von Menschen als auch Maschinen ausgeführt werden, um ein vorgegebenes Ziel (bessere Bildersuche) zu erreichen. Die große Innovation der KI wurde nicht nur durch gestiegene (parallele) Rechenleistung, sondern neue Medientechnologien möglich. Erst wenn es gelingt, Nutzer:innen dazu zu bewegen, die ‚Rechenleistung' ihres menschlichen Gehirns in Form von Daten zur Verfügung zu stellen, wird es möglich, KI auf ein Problem anzuwenden. Von Ahns Ansatz wurde kontinuierlich weiterentwickelt. Wir finden ihn in der Einführung von Emojis und Reactions zur Emotionserfassung, dem Taggen von Bildern auf Social Media zur Gesichtserkennung, dem permanenten Mitführen aller Arten von Sensoren (Mobiltelefon, Fitness-Tracker, Smart Watches etc.) oder dem Chat-Interface von ChatGPT, in dem Nutzer:innen durch Nachfragen gleich die Korrekturdaten für die nächste Feedbackschleife mitliefern. Menschen werden jedoch auch auf ganz andere Art in die KI-Systeme eingebunden: Das Fine-Tuning (Nachtrainieren) der großen Sprachmodelle übernehmen schlecht bezahlte menschliche Klickarbeiter:innen im globalen Süden. Auch hier werden ungleiche Machtbeziehungen durch KI nutzbar gemacht.

KI ersetzt menschliche Intelligenz nicht. Sie beutet sie aus. Wir als Nutzer:innen sind über die neuen Medientechnologien direkt eingebunden und daher integraler Bestandteil der ‚technischen' Systeme, die KI implementieren. Diese Systeme werden kontinuierlich weiter trainiert. Wenn wir aus den sozialen Medien desertieren und den Datenstrom versiegen lassen, werden die Feedbackschleifen zusammenbrechen und die Vorhersagegenauigkeit der Systeme über die Zeit abnehmen. KI-Systeme sind strukturell abhängig von unserer doppelten Datengefolgschaft: als Erzeuger:innen der Trainingsdaten und unserer (oft freiwilligen) Unterordnung unter die datenbasiert getroffenen Entscheidungen – vom Social Media Feed zum Targeted Killing. Wer algorithmische Medien und KI bloß als Werkzeuge begreift, die gleichermaßen wie ein Messer zum Brot schneiden oder zum Töten eingesetzt werden können, erfasst die Dynamik der sozio-technischen Wechselwirkung nicht. Durch doppelte Feedbackschleifen wirken die technischen Systeme auch auf uns Nutzer:innen zurück. Ihre Erfinder:innen haben sie von Anfang an so konzipiert. Eine technologie- und herrschaftskritische Analyse kann diese Systeme daher nicht lediglich als neutrale Werkzeuge betrachten.

Technologie als Motor der Privatisierung des Politischen

Die gesellschaftliche Sprengkraft der neuen technischen Systeme ist noch größer als bisher beschrieben. Der Einsatz datengetriebener Algorithmen macht die bestehende rechtsstaatliche Ordnung zunehmend obsolet. Regelbasierte rechtsstaatliche Verfahren wie anfechtbare Einzelfallentscheidungen (von Behörden oder Gerichten) werden mit Verweis auf ihre vermeintliche Ineffizienz nach und nach durch wahrscheinlichkeitsbasierte Verfahren ersetzt. Schon in der Entwicklung werden diesen technischen Systemen die Optimierungszielvorgaben eingeschrieben. Was das praktisch heißt, sehen wir in den USA: DOGE automatisierte mittels Palantirs Foundry Plattform u.a. die Verwendung von Mitteln des Bundeshaushalt, Entscheidungen über Sozialhilfeansprüche und Erstattungen medizinischer Behandlungskosten. Das von Peter Thiel gegründete Unternehmen Palantir liefert so etwas wie das Betriebssystem für die autoritäre Gesellschaft. In den USA werden die Systeme des Unternehmens bereits in diversen Bundesbehörden und den Sicherheitsapparaten eingesetzt. Im Juli 2025 erhielt Palantir einen Vertrag des Pentagons über 10 Mrd. Dollar. Die Streitkräfte setzen die Software u.a. für die Informationsverarbeitung auf dem Gefechtsfeld, die Logistik der Lieferketten, die Personalverwaltung und die militärische Zielauswahl ein. Die US-Einwanderungsbehörde ICE verwendet ELITE und ImmigrationOS von Palantir (neben weiterer Überwachungssoftware z.B. von Pen-Link oder AI Solutions 87), um Migrant:innen zu verfolgen und die Abschiebelogistik zu organisieren. Das strategische Kalkül rechter Investoren wie Peter Thiel ist die Übertra-

gung (staatlicher) politischer Gestaltungsmacht an private Unternehmen; ein Ziel, das Thiel mit Ausdauer verfolgt. Schon vor Jahren versuchte der libertäre Investor sogenannte Privatstädte in internationalen Gewässern (Seasteading) als staatsfreie Zonen zu schaffen, in denen der Freiheit des Marktes – und der sozialen Ungleichheit – keine rechtlichen Grenzen gesetzt würden. Thiels Pläne finden auch diesseits des Atlantiks Anklang. Der reichste Deutsche, Dieter Schwarz, unterhält an dem von ihm finan-



zierten TUM Campus Heilbronn ein Zentrum der hiesigen Privatstadtszene. Die von ihm geleitete Schwarz-Gruppe investiert derzeit 11 Mrd. Euro in eines der größten KI-Rechenzentren Deutschlands in Lübbenau. Eine weitere Idee der Libertären: Im Web 3.0 werden Politik und Staaten überflüssig, weil gesellschaftliche Konflikte durch Smart Contracts in der Blockchain automatisch und transparent geregelt werden, basierend auf freien Vertragsschlüssen von Individuen. Die Vertiefung bestehender Ungleichheiten werden – dem sozial-darwinistischen Weltbild der‚Gründer' gemäß – ausgeblendet bzw. als Folge individuellen Versagens gerechtfertigt. Folgerichtig propagiert Thiel – einer Idee Curtis Yarvins folgend – den Staat als Unternehmen, regiert von einem CEO.

Der hohe Grad der Verschmelzung von Staat und Tech-Unternehmen in den USA ist auch am Personal feststellbar. Das Pentagon hat Mitarbeiter von Tech-Unternehmen wie Palantir, Meta und OpenAI zu Offizieren ernannt; diese Praxis nennt sich embedded engineering. Donald Trump berief zahlreiche Vertraute Peter Thiels in (zivile) Schlüsselpositionen seiner Regierung: Vance, Kratsios, Obadal, Barbaccia, Minor, um nur ein paar Namen zu nennen. Die Tech-Unternehmen greifen den demokratischen Staat nicht mehr nur von außen mittels der Meinungsmacht ihrer Medienplattformen an. Sie sind im Begriff, den Apparat von innen zu übernehmen. Ab einem bestimmten Punkt werden die personellen Verflechtungen und sonstigen Abhängigkeiten irreversibel. Die Tech-Unternehmen sind keine gewöhnlichen Rüstungsunternehmen. Sie liefern nicht‚nur' Waffen, über deren Verwendung das Militär entscheidet, sondern Technik, die die Entscheidung, welche Waffen benötigt werden und wann, wie und gegen wen sie eingesetzt werden, an Unternehmen überträgt und damit der öffentlichen Mitbestimmung entzieht.

Der Einfluss der Tech-Unternehmen betrifft nicht nur staatliche Entscheidungen, sondern auch öffentliche Debatten. X-Boss Elon Musk mischte sich in den vergangenen US-Wahlkampf zu einem Zeitpunkt ein, als Kamala Harris die Umfragen anführte. Die Washington Post wies in einer Studie nach, dass die Reichweite von Musks persönlichem X-Account im Wahlkampf 16 mal größer war als die aller(!) Kongressabgeordneten zusammen. Progressive oder liberale Inhalte wurden vom Algorithmus nach Musks Übernahme von Twitter systematisch herunter geregelt. Sie sind in der Regel nicht verboten, sie sind aber auch nicht relevant. Die algorithmische Privatisierung des Politischen ist in den USA weiter fortgeschritten; sie ist aber nicht auf diese beschränkt und sie hat auch nicht erst unter Donald Trump begonnen. Die offene Erpressung durch mächtige auswärtige Akteure löst in Europa Empörung und Angst aus; im post-kolonialen Süden ist sie nichts Neues. Die europäischen Regierungen treiben die beschriebene Transformation selbst mit voran. Sie setzen auf die Systeme der Tech-Unternehmen, wie sich in den Verträgen deutscher Polizeien und des britischen Gesundheitssystems NHS mit Palantir zeigt. Europäische Rüstungs- und US-Tech-Unternehmen wie Rheinmetall und Anduril gehen‚strategische Partnerschaften' ein. Anduril wird ebenfalls durch Thiels Founders Fund finanziert und spezialisiert sich auf Software für die datengetriebene algorithmische Automatisierung der Kriegsführung. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns daher fragen, welche Hebel zur Beschränkung der Macht rechter Tech-Akteure sich jenseits von staatlicher Regulierung finden lassen?

Die Datengefolgschaft verweigern

Stellen wir uns eine lokale Antifagruppe vor, die ausschließlich auf X oder Instagram mobilisiert. Die Gruppe ist gezwungen, Form und Inhalt ihrer Social Media-Kommunikation an den Algorithmus der Plattform anzupassen, um wenigstens eine minimale Sichtbarkeit zu erhalten. Durch Netzwerkeffekte trägt die imaginäre Gruppe dazu bei, weitere Menschen auf diese Plattformen zu holen; Plattformen, deren Zweck es jedoch ist, den Diskurs nach rechts zu verschieben, öffentliche Debattenräume systematisch zu zersetzen und die mit den anfallenden Nutzungsdaten algorithmische Tötungsentscheidungen ermöglichen. Noch findet dies vor allem in‚Testlaboren' wie Gaza statt. Doch das Vorgehen von ICE in den USA und der Einsatz von Palantir durch deutsche Landespolizeien zeigen, dass der umfassende Einsatz datengetriebener Gewalt auch hier absehbar ist. Durch kurzfristige von den Plattformen geliehene Reichweiten für antifaschistische Mobilisierungen wird diese Entwicklung nicht aufgewogen.

Ein gesamtgesellschaftlich marginaler Boykott wird die Konzentrierung von Macht bei den Tech-Unternehmen sicher nicht stoppen. Dazu braucht es politische Aktionen und Widerstand. Dennoch ist es ein erster Schritt, nachzuvollziehen, welche gesellschaftlichen Auswirkungen die technischen Systeme haben und zu diskutieren, wie wir uns ihnen entziehen. Denn es gibt keine rein zivile Nutzung zivil-militärisch entwickelter Technologien! Wir sind Teil der KI-Kriegsindustrie und Teil der Zerstörung! Der technologisch-militärische Komplex vermittelt uns das Bild einer Gesellschaft, in der Widerstand zwecklos wird. Es ist daher an der Zeit, über die Möglichkeiten einer konzertierten Verweigerung unserer Datengefolgschaft zu debattieren – quasi aus der Architektur des Krieges zu desertieren –, verbunden mit der konsequenten Sabotage der vielfältigen Prozesse und Knotenpunkte, in denen sich das Zivile ins Militärische einwebt.

https://kibeginnthier.noblogs.org

Bewegungskonferenz gegen Big Tech | 10.–12. April 2026 | FMP1, BERLIN

Wir sind Bewegungen und antikapitalistische Aktivist*innen, die eine Vielfalt an Widerstandsformen gegen Big Tech praktizieren. Wir wollen interessierte Menschen, Aktivist*innen und Bewegungen zusammenbringen, uns vernetzen und lokale Kämpfe verbinden. Wir wollen unser Problemverständnis vertiefen, uns über notwendige Aktionsformen austauschen, gemeinsam Strategien entwickeln und den Widerstand vorantreiben.

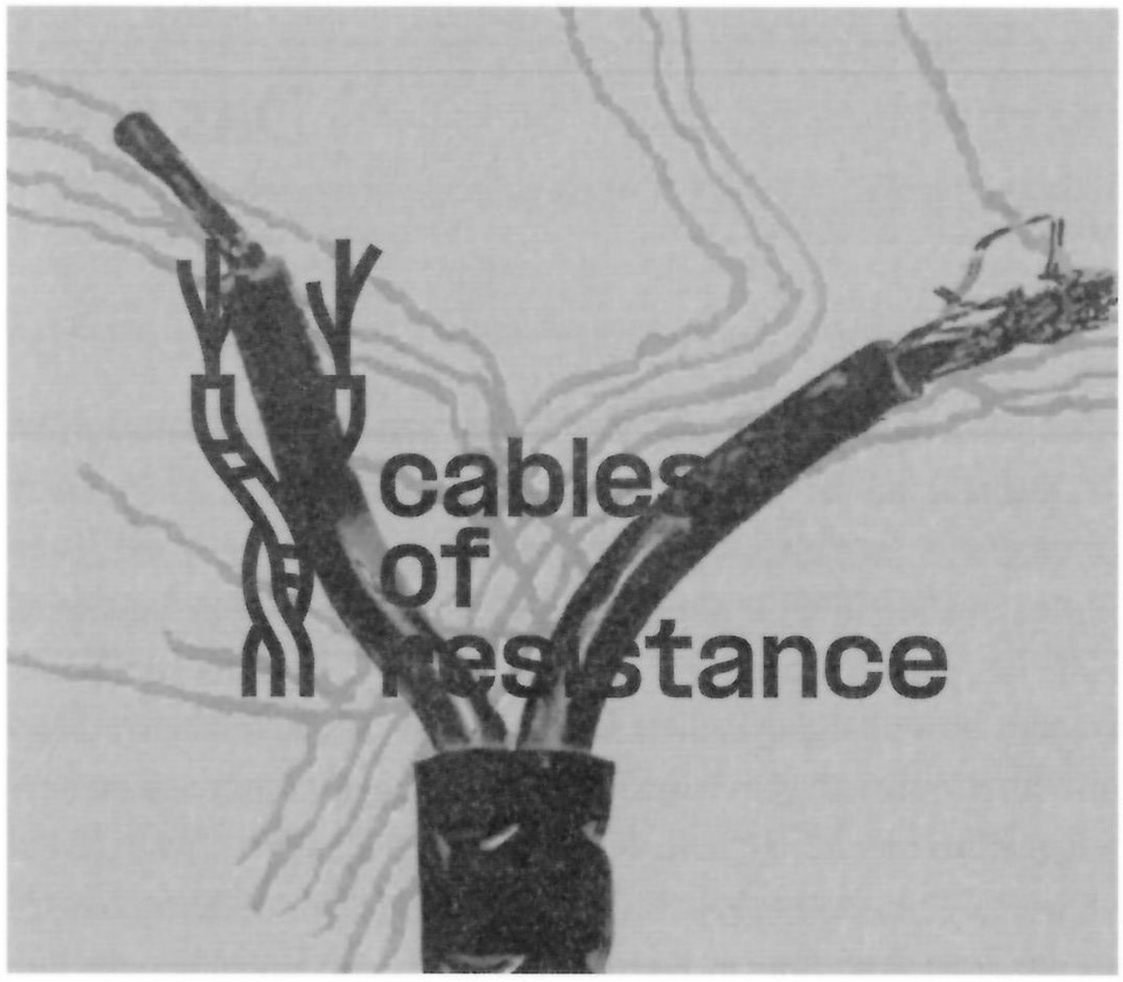
– Big Tech zerstört unsere Gesellschaft und den Planeten.
– Lasst uns gemeinsam Widerstand leisten und Kämpfe verbinden!
– Wir treten ein gegen KI und Kapitalismus, für demokratische Gestaltung und das gute Leben für alle.

Digitale Technologien sind die derzeitige Speerspitze der kapitalistischen Akkumulation und Zerstörung. In ihrer aktuellen Form stellen sie einen technologischen Angriff dar auf unsere ökologischen, materiellen und sozialen Lebensgrundlagen.

Wir haben genug von Big Tech! Wir wehren uns!

Big-Tech-Unternehmen vertiefen bestehende Krisen und Ungerechtigkeiten: Sie tragen massiv zu Umweltzerstörung und Klimakrise bei, machen Arbeit und Wohnungsmärkte noch prekärer, vereinzeln und isolieren die Menschen, die ihre Dienste nutzen, sie verstärken globale Ungleichheit, befeuern Faschismus weltweit und erleichtern systematisches Morden in Kriegen und Konflikten.

Big Tech hinterlässt eine breite Spur der Verwüstung und Ausbeutung: Sie verschwenden Energie und Wasser, betreiben neokolonialen Raubbau seltener Erden und Metalle und entsorgen ihren giftigen Elektroschrott außerhalb der kapitalistischen Zentren. Dafür nutzen sie tief verankerte koloniale Infrastrukturmacht. Big Tech unterstützt die autoritäre Abschottung vor und Jagd auf Menschen, die vor technologisch verstärkten Konflikten und Umweltzerstörung fliehen. Sie treiben eine Automatisierung voran, die Arbeitende im Globalen Süden in immer intensivere Ausbeutung zwingt und zugleich Arbeit im Globalen Norden entwertet und verdichtet.
Das digitale Kapital steht hinter dem Faschismus und ist sein bereitwilliger Handlanger: Big Tech will sich zum unverzichtbaren Gestalter der Zukunft erheben und der Menschheit eine als Wohlstandsversprechen getarnte Dystopie aufzwingen. Sie brechen bereits geschwächte soziale Strukturen auf und wünschen nichts mehr als eine "allgemeine künstliche Intelligenz", die sie als allwissend und allmächtig verehren. Sie streben die transhumanistische Überwindung des Menschen an hin zu einer vermeintlich überlegenen Spezies. Das ist direkt verwandt mit der Eugenik der Nazis: Das Sortieren von Menschen in wertvoll und unwürdig ist in ihren Technologien historisch und technisch verankert. Ihr Wunsch nach totaler technologischer Kontrolle zeigt sich in der Entwicklung künstlicher Gebärmaschinen, die offenbart, dass Big Tech sich den weiblichen Körper aneignen, ihn am liebsten sogar ersetzen will. Der Kampf gegen Feminis-



mus und Queerness dient einer Neuen Rechten als Bindemittel für ihre oft widersprüchlichen Positionen.

Wir organisieren und widersetzen uns!

Wir wollen uns vernetzen und uns gemeinsam der Zerstörung entgegenstellen. Unsere Kämpfe verbinden sich bereits an vielen Orten: im lokalen Widerstand gegen zerstörerische Minen und Rechenzentren, in der Organisierung in Betrieben, bei Demos und Streiks gegen Aufrüstung und mörderische Technologien, insbesondere in Gaza, in stadtpolitischen Protesten gegen Gentrifizierung und Überwachung, in antifaschistischen Aktionen gegen die Neue Rechte, in widerständiger Wissenschaft und durch politisches Hacking.

Wir wollen Big Tech verweigern, hacken und herunterfahren: Lasst uns die Schwachpunkte finden, uns verbünden und die Expansion von Big Tech stoppen. Wir lehnen insbesondere "Künstliche Intelligenz" grundsätzlich ab und halten Gegenwehr für dringend nötig, um zerstörerische Soft- und Hardware unschädlich zu machen und den technokratisch-autoritären Umbau von Gesellschaften zurückzudrängen.

Wir wollen Big Tech zerschlagen, vergesellschaften und umbauen: Lasst uns Big Tech enteignen, dezentralisieren und eine radikaldemokratische Kontrolle über digitale Infrastrukturen etablieren. Wir bauen sie um in Plattformen und Netzwerke, die von oben nach unten umverteilen statt andersherum, die ein weltweit solidarisches Miteinander vereinfachen statt verunmöglichen und die Ökosysteme schützen statt zerstören. Manche digitale Technologien müssen wir abschaffen, wenn es uns ernst ist mit einem guten Leben für alle. Sie stehen in einem unlösbaren Widerspruch zu dem, was wir wollen: in eine radikaldemokratische, sozial- und klimagerechte Gesellschaft.

[Wir drucken diesen Text ab, obwohl er sehr lang ist. Wir hatten ihn beim letzten mal verschoben, finden in aber immer noch gut. Natürlich teilen wir nicht alle Aussagen von B. Uns ist es wichtig, dass eine Auseinandersetzung über die Poltik der RAF hier ihren Platz hat. Denn heute wird wieder viel über klandestine Organiserung und militante Widerstandsformen gegen Faschisierung geredet. Da scheint uns der Text von Burkhard sehr gut rein zu passen. Verzeiht die fehlende Bebilderung. Soldidarsiche Grüße an alle noch untergetauchten Ehemaligen der RAF! A.B.]

Das falsche Primat

(Dies ist eine Dokumentation eines Briefs von Burkhard Garweg (jW, 17.10.2025) auf den Artikel von Caroline Braunmühl (ak, 25.05.2025). Hintergrund: Caroline Braunmühl, die Tochter des 1986 von der Roten Armee Fraktion (RAF) erschossenen Diplomaten Gerold von Braunmühl hatte im Januar 2025 auf eine Stellungnahme des ehemaligen RAF-Militanten zur Verhaftung Daniela Klettes (Taz, 21.12.2024) reagiert. Darin distanzierte sie sich von Äußerungen ihres Bruders Patrick und anderer Angehöriger von RAF-Opfern, die die Attentate der RAF entpolitisierten und lediglich aus einer strafrechtlichen Perspektive betrachteten. Obwohl sie um ihren Vater trauere, erkenne sie an, dass die Motivation der RAF »radikale(r) Widerstand gegen soziale Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung« gewesen sei (ND, 17.1.2025). Garweg antwortete darauf öffentlich und kritisierte die Geschichte der RAF, die sich nach dem sogenannten Deutschen Herbst 1977 zu sehr auf eine militärische Konfrontation eingelassen und sozialrevolutionäre Kämpfe vernachlässigt habe (ND, 24.3.2025))

Liebe Caroline,

ich habe mich sehr über Deinen Brief im AK des 20.5.25 gefreut.

Dein Leben, wie Du schreibst, ist durch das Attentat der RAF auf Deinen Vater mit dieser verbunden.

Es stellen sich Fragen nach dem Sinn oder der Legitimation solcher »Akte des Äußersten« als Teil einer politischen Geschichte und als Teil eines Revolutionsversuches. Es ergeben sich Fragen nach einer politischen Erklärung und historischen Einordnung.

Ich finde es bemerkenswert und interessant, dass Wera Figner, eine Sozialrevolutionärin aus Russland, die 1881 am Attentat auf den Zaren beteiligt war, bereits 1922 zum Teil ähnliche Fragen, wie die, mit denen wir uns auseinandersetzen, thematisierte. So sagt sie über ihre Zeit: »Der Terror (was in der heutigen Begrifflichkeit in einem emanzipatorischen Kontext dem militanten oder bewaffneten Kampf entsprechen würde, B. G.) war niemals ihr Selbstzweck. Es war ein Mittel der Verteidigung, des Selbstschutzes, mächtiges Instrument der Agitation, und wurde nur angewandt, wenn organisatorische Ziele erreicht werden sollten, (...) die alleine eine Umwälzung zwecks Übergabe der Macht an das Volk ermöglichen sollten. Im Herbst 1881 wurde die Zarentötung zu einer Notwendigkeit, zu einer brennenden Tagesfrage (...) Es gab einigen von uns den Anlass, Zarenmord und terroristische Tätigkeit fälschlich für unseren wesentlichen Programmpunkt zu halten.«

Revolutionär*innen setzen sich seit mindestens 130 Jahren mit zum Teil gleichen Fragen, die sich in ihrem Kampf ergeben hatten, auseinander. Destruktive Entwicklungen, die sich im Kampf der RAF ergaben, sind gewissermaßen ein alter Hut.

Revolutionäre Gewalt

Ich sprach von revolutionärer Gegengewalt und damit von revolutionärer Selbstverteidigung, weil ich davon ausgehe, dass revolutionäre Gewalt erst durch die Gewaltverhältnisse des Herrschaftssystems, die grundsätzlich gewaltförmigen Antworten des Herrschaftssystems auf Bewegungen, die dessen Aufhebung einfordern, und die Gewalt vielfältiger, innergesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse notwendig wird. Revolutionäre Gewalt muss in einem gesellschaftlichen Verhältnis stehen.

Militante Aktionen, welcher Form auch immer, können eine mögliche Antwort auf Gewaltverhältnisse sein. Zugleich sind sie eine Möglichkeit kollektiver Subjektwerdung und der Selbstermächtigung der von Gewaltverhältnissen Betroffenen und gegen solche Verhältnisse Kämpfenden. Es könnte eine Möglichkeit sein, einen Keil zwischen Beherrschte und Herrschende zu treiben. Der Ausgangspunkt kann doch nur sein, etwas an den gesellschaftlichen Bruchpunkten und Unterdrückungsverhältnissen aufreißen zu wollen und andere mitzunehmen in dem Versuch, die Verhältnisse revolutionär umzuwälzen. Daran misst sich eine Praxis der Versuche emanzipatorischer Befreiung.

Meines Erachtens kam es durch eine eher militaristische Sichtweise in der Konzeption der 80er Jahre der RAF zu der Verselbständigung des Mittels bzw. seiner Form. Die Form dominierte vor dem Inhalt, der selbst abstrakt wurde und sich nicht mehr (selbst) erklärte.

Es ist eben auch eine Frage der Strategie und der Herangehensweise an Phasen des Befreiungskampfes auf dem Terrain der Metropole, ob man – wie die RAF der 80er Jahre – nur im militärischen Angriff das Primat der Praxis sieht, was in meinen Augen die Tendenz zum Militarismus von vornherein beinhaltet, oder in einer Propaganda der Tat – wie wir sie aus der Geschichte der anarchistischen Bewegungen kennen – eine mögliche Praxis sieht, mit der vor allem eine politische Wirkung erzielt werden soll. Auch die Kaufhausbrandlegung der späteren RAF-Militanten am Ende der 60er Jahre als militanter Ausdruck, eine Gesellschaft in Frage zu stellen, in der alles – auch das Leben selbst – zur Ware wird, oder die Aktionen der RAF 1972 gegen Polizeigebäude und Springer-Konzern sind Ausdruck einer Propaganda der Tat. Hingegen zeigt der Angriff auf das Headquarter

der US-Armee in Heidelberg 1972 als Teil einer weltweiten politischen und militärischen Gegenwehr und als Teil des weltweiten Befreiungskampfes, dass ein Moment der militärischen Initiative einer Metropolenguerilla in einer konkreten Kriegssituation nichts mit Militarismus zu tun haben muss.

Es spricht doch für sich, dass wir noch 40 Jahre nach den Aktionen der RAF der 80er Jahre über deren politischen Sinn sprechen. Hingegen wenige diskutieren noch heute über das Warum und suchen nach einer politischen Erklärung der Aktionen der RAF von 1970 bis 1972. Warum griff die RAF während des Vietnamkrieges das Headquarter der US-Armee und den dortigen für den Vietnamkrieg wichtigen Computer an? Wieso griff die RAF den Springer-Konzern an, der die Revolte attackiert hatte, der mit seinen publizistischen Erzeugnissen bei der Ermordung von Benno Ohnesorg und dem Attentat auf Rudi Dutschke mitgeschossen hatte und der versuchte, eine ganze Gesellschaft ganz im Sinne einer noch vom Faschismus geprägten Mentalität und Elite zu manipulieren. Wieso attackierte die RAF Gebäude der Polizei, die mit harter Repression – auch mit Mord – gegen die Bewegung vorgegangen war? Alle diese Aktionen erklärten sich im historischen Kontext selbst. Das unterscheidet die Praxis der Anfänge der RAF und die der 80er Jahre grundlegend.

Es ist bei allem auch eine Frage der Plausibilität einer politischen Praxis im Kontext der Revolutionsversuche.

Attentate in der Geschichte des Feudalismus oder Faschismus waren natürlich plausibel und angesichts der offenen Gewaltverhältnisse ein legitimer Versuch, diese zu beenden und der Selbstverteidigung gegen Regime, die den fundamentalen Widerspruch gewalttätig zu unterdrücken und zu vernichten trachteten.

Feudalismus und Faschismus sind Systeme, die Herrschaft stark konzentrieren. Da können Attentate eine Notwendigkeit sein, im Versuch eine Form der Gewaltherrschaft zu beenden.

Du schreibst und ich sehe es genauso: »Ein politisch begründeter Mord kann aus meiner Sicht nur über seine absehbare Wirkung gerechtfertigt werden – so berechnend, so kalt das klingt – jedenfalls dort, wo es sich um politisch (Mit-)Verantwortliche für den Tod anderer Menschen handelt oder für die Gewaltsamkeit der Lebensbedingungen für die meisten Menschen auf der Welt. Dieses Aufrechnen darf sich aber meines Erachtens nur auf die Zukunft beziehen, das Verhindern oder Herbeiführen einer politischen Entwicklung.«

Die RAF begann mit dem, was in den 80er Jahren durch Dogmatismus zur »Attentatspolitik« wurde, 1977 mit dem Attentat auf Buback. Ich schrieb dazu: »Aus der Perspektive derer, die sich der Gewaltverhältnisse im Kapitalismus bewusst waren und die extreme, staatliche Gewalt der damaligen Zeit wahrnahmen oder davon betroffen waren, war dieser Akt eine Form legitimer Gegengewalt und Selbstverteidigung. Eine Negierung dieses Zusammenhangs kann die historische Realität keinesfalls erfassen.« Du fragst mich, wieso ich im Gegensatz zu meiner Kritik an der »Attentatspolitik« der RAF der 80er Jahre das Attentat auf Buback aus der Perspektive derer, die die staatliche Gewalt erfahren hatten, als einen Moment legitimer Selbstverteidigung beschrieb.

Was Du dazu sagst – ich denke, ich verstehe das sehr gut und bin ganz mit Dir –, Rache als Motiv wäre »viel zu nah an der individualisierenden Straflogik des Systems«, zeigt mir, dass eine größere Genauigkeit meinerseits notwendig ist, da ein Attentat eine gravierende und existenzielle, ja auch düstere Entscheidung ist.

Es ist notwendig, über den historischen Kontext zu reden und darüber, ob es eine Erklärung oder Absicht für ein Attentat gab, die plausibel erscheint oder eben nicht. Rache wäre kein plausibler Grund, wenn auch in der Perspektive auf die, die die Gewalt des Staates erfahren hatten, verständlich.

Attentate, wenn sie denn eine Berechtigung haben könnten, sollten eine Entwicklung in der Zukunft verhindern oder eine herbeiführen, wie Du sagst. Letzterem, dem Herbeiführen einer Entwicklung, würde ich hinzufügen, sie könnten das möglicherweise und von heute aus betrachtet nur in gesellschaftlich revolutionären Situationen und Entwicklungen. Es wäre dann eine Frage der absoluten und unausweichlichen Notwendigkeit einzelner Momente, in denen es die einzige Möglichkeit wäre, entscheidende Schritte im vorangeschrittenen Prozess gesellschaftlicher Befreiung zu erreichen.

Die RAF entstand 1970 im Kontext weltweiter, antikolonialer, antiimperialistischer, antirassistischer und antipatriarchaler Aufstände und Revolutionsversuche. Sie entstand aus der Erkenntnis, dass Widerstand an der Seite der Kolonialisierten und um Befreiung Kämpfenden gegen die kolonialen und imperialistischen Verbrechen des westlichen Staatensystems gerechtfertigt, notwendig und richtig sei.

Für einen großen Teil privilegierter, weißer Metropolenbewohner*innen und für die dortigen Eliten sind die historischen Abschnitte der 50er, 60er, und 70er Jahre Zeiten der »Demokratie«. Für die Kolonialisierten der Erde, die Kolonialismus mit Formen der Sklaverei und mit Millionen Menschenleben bezahlen mussten, und für die von Rassismus in den Metropolen Betroffenen – wie z. B. in den USA –, die von Staat und Mehrheitsgesellschaft angegriffen und unterdrückt wurden (und werden), war es eine historische Epoche (auch) von Faschismus und Kolonialismus. Ein Dualismus, der entgegen der Sichtweise der Privilegierten oder diesen Akzeptierenden die gesamte Epoche der bürgerlichen Demokratie bis zum heutigen Tag beschreibt. So ist heute z. B. das israelische Gesellschaftssystem der Gegenwart für einen großen Teil der privilegierten Bevölkerung westlicher Metropolen und deren Eliten die einzige Demokratie des Nahen Ostens. Die Bevölkerung in Gaza, die Mehrheit der Bevölkerung der Westbank, der Flüchtlingslager im Libanon, Syrien und Jordanien, die in alle Welt geflohene Palästinenser*innen, die palästinensische Bevölkerung Israels sowie eine Minderheit jüdischer Israelis nehmen ihre Lebensrealität der durch die israelische Regierung praktizierten Form der Herrschaft auch vermittelt durch deren Militär sowie durch die Ungleichbehandlung nach ethnischen Prinzipien als Faschismus, Kolonialismus und Apartheid wahr. Sie nehmen folglich die Eliten der NATO-Staaten – allen voran der Deutschlands – als Mittäter*innen, Kompliz*innen, Waffenlieferanten, bedingungslose Unterstützer*innen und Profiteure des Genozids wahr.

Dieser Dualismus der »kreuz und quer zueinander liegenden Achsen« der Unterdrückungs- und Machtverhältnisse ist Teil des zugrunde liegenden Wesens der bürgerlichen Demokratie.

Die Elite Deutschlands, die politische Führung, sowie deren militärische und polizeiliche Führung standen in der Mehrheit fest an der Seite der Mörder aus den Reihen westlicher Regierungen und Geheimdienste, der Polizei, der Militärs, der Diktaturen und Faschisten, die Patrice Lumumba, Salvador Allende, Steve Biko, Martin Luther King, Fred Hampton und unzählige weitere ermordeten.

Die Revolte von 1968 und die RAF stellten sich unmissverständlich auf die Seite der Mehrheit in der Welt, die sich aus Kolonialismus und Sklaverei zu befreien versuchte.

Die RAF entstand aus dem innergesellschaftlichen Aufstand der 68er-Revolte, der gegen die auch personifizierte Kontinuität des NS-Faschismus in der postfaschistischen BRD revoltierte. Die Macht und der Besitz der Klasse der Kapitalist*innen und NS-Täter*innen, z. B, der Krupps,hatten Bestand im NS-Staat wie auch im BRD-Staat – was diesen grundlegend von der DDR unterschied.

Es war auch ein kulturrevolutionärer Aufstand gegen eine vom Nationalsozialismus geprägte Gesellschaft, in der Anpassung, Gehorsam und Einfügen in ein auch autoritäres System der Verwertung der Menschen für Kapitalinteressen die einzige mögliche Form zu Leben sein sollte. Gesellschaftlich waren in den 50er, 60er und 70er Jahren ein »Mit euch hätte Adolf kurzen Prozess gemacht« in vielen Orten mehrheitsfähig und virulent wie auf der anderen Seite die Infragestellung von Kapitalismus und die Vorstellung revolutionärer Transformation.

Die Ermordung Benno Ohnesorgs 1967 durch die Polizei war Ausdruck der Repression eines Staates, dessen Repräsentanten in großen Teilen in Kapital und Politik und auf allen Ebenen der Institutionen der Justiz, der Geheimdienste, der Polizei und der Regierung ihr Handwerk im NS-Faschismus gelernt hatten und in der BRD nahtlos und reibungslos fortführten. Faktisch waren es in großen Teilen alte Nazis, die das Sagen hatten oder den Polizeiknüppel schwangen. Wer sich nicht integrieren wollte, wurde niedergeknüppelt, zu Tausenden inhaftiert oder mit Berufsverboten belegt. Der Staat bekämpfte die Revolte sowohl mit Repression als auch mit Integrationsangeboten, was zu ihrem Rückzug und ihrer Auflösung führte.

Die »Bewegung 2. Juni« und die RAF versuchten diesen Niedergang zu Gunsten einer revolutionären Entwicklung aufzuhalten. An eine nur legal oder unbewaffnet zu erreichende Transformation der Verhältnisse war auch angesichts der Brutalität und des Grades der Repression des postfaschistischen BRD-Staates nicht zu denken.

Die Diskussionen relevanter Teile der Bevölkerung in der BRD und in allen westlichen Metropolen über eine revolutionäre Transformation und die Frage der Notwendigkeit bewaffnet und militant kämpfender Organisationen war eine Diskussion um revolutionäre Selbstverteidigung und Gegengewalt. Sie wurden als Notwendigkeit und Antwort auf die Brutalität und Gewalttätigkeit der Herrschenden in den westlichen Metropolen auf die protestierenden und revoltierenden Bewegungenund im Hinblick auf die Gewalt des westlichen Imperialismus und Kolonialismus diskutiert.

Ausufernde Repression

Die Feststellung, der erste Schuss wurde durch den westdeutschen Staat aus der Waffe der Polizei abgefeuert und ermordete Benno Ohnesorg, spricht über viel mehr als diesen Akt des 2. Juni 1967. Es erzählt vom Lauf der Geschichte der Revolte von 68 und der Entstehung des bewaffneten Kampfes im postfaschistischen BRD-Staat seit dem Ende der 60er Jahre.

Erst Gewalt in den gesellschaftlichen und systemischen Verhältnissen wie auch die Gewalt der Repression hat Menschen über Jahrhunderte zu Gegengewalt gebracht. Sie, die revolutionäre Gewalt, kann nur als Notwendigkeit der Gegengewalt existent sein und ist immer auch eine Reaktion auf Gewaltverhältnisse.

Es war ein historischer Moment am Ende der 60er und Beginn der 70er Jahre, als aus der Revolte bewaffnet und militant kämpfende Gruppen entstanden. Es gab unterschiedliche Vorstellungen von bewaffnetem Kampf. Wohl keiner dieser Versuche revolutionärer Strategien war fertig entwickelt, was sie zu dieser Zeit auch nicht hätten sein können. Sie waren angemessen offen, suchend, internationalistisch und sozialrevolutionär.

Ihre Hoffnungen verknüpften sich mit den Kämpfen des Vietcong, der Tupamaros in Uruguay, wie auch der Black Panther und des Weather Underground in den USA, des ANC in Südafrika oder der PFLP Palästinas. Die, die sie erreichen wollten, waren die Reste der 68er-Revolte: die, die sich für den Weg in die kommunistischen Gruppen entschieden hatten. Die, die als Anarchist*innen, radikale Feminist*innen oder Spontis von der Bewegung übriggeblieben waren. Die an den Rand der Gesellschaft Gedrängten und subproletarisch Genannten. Die, die erkannt hatten, dass die kapitalistischen Verhältnisse sie krank gemacht hatten. Die, die in den Niederungen westdeutscher Heime der damaligen Zeit aufzuwachsen gezwungen waren, und die sich in dieser Zeit der Revolte zuwendenden Lehrlinge und Jugend. Die RAF suchte in dieser Zeit nach einem antiimperialistischen und klassenkämpferischen Konzept, die Ausgebeuteten zu erreichen. Von diesen zeichnete sich gesellschaftlich ab, dass sie der Revolte entfernt bleiben würden. Historisch ist für diesen Umstand die Zerschlagung des proletarischen Widerstandes durch den Nationalsozialismus in den 30er Jahren ein Faktor. Die RAF führte dies in den Auseinandersetzungen ab Mitte der 70er Jahre in das strategische und folgenschwere Dilemma, sich vom sozialrevolutionären Aspekt des Kampfes zu lösen und den Befreiungskampf im Antiimperialismus zu verengen.

1973 war die RAF zerschlagen. Das Projekt RAF war damit faktisch beendet.

Es war der Staat, der, trotzdem die RAF zerschlagen war, den Krieg in den Gefängnissen führte und dort ein Element des Faschismus, eine auf Vernichtung des Gegners angelegte Haft innerhalb der bürgerlichen Demokratie zur Anwendung brachte. Es war faschistoid, was der Staat mit den Gefangenen vollzog – ohne dass diese seit 1973 noch Geiseln gegen eine existierende, revolutionäre Gruppe draußen gewesen wären. Es existierte ein von der regierenden Elite gewolltes und angeordnetes Haftregime,

das auf Vernichtung – sei es psychisch oder physisch – oder Unterwerfung setzte.

Es war genau diese Repression, die ja überhaupt zur Neuentstehung der RAF führte. Die RAF hatte 1975 und 1977 kein Konzept für einen revolutionären, bewaffneten Kampf. Die Bedingungen hatten sich gesellschaftlich bereits stark verändert. 77 war kaum noch etwas übrig von den revolutionären Ideen der Revolte von 68.

Die gezielte Ermordungen von Holger Meins 1974 und Siegfried Hausner 1975 durch die Repression des BRD Staates, der Tod von Ulrike Meinhof, die Tatsache, dass der BRD-Staat nach dem NS-Faschismus wieder Gefangene zu liquidieren bereit war, die auf Vernichtung angelegten »Sonderhaft«-Bedingungen und die Erkenntnis, dass die Möglichkeiten eines legalen Protestes und Widerstands an eine Grenze gelangt waren, d. h. eine Änderung der staatlichen Haltung mit legalen Mitteln zu erzwingen aussichtslos war, führten 1975 und 1977 zu einer RAF, die die Befreiung der Gefangenen zum Ziel hatte. Der westdeutsche Staat trägt auch mit dem damaligen Staatsterrorismus eine offensichtliche Verantwortung für die Situation 1975–77.

Es war der Staat, seine Polizei und Justiz, der seit dem 2. Juni 1967 begonnen hatte, Menschen umzubringen, die wehrlos waren, die zum Teil unbewaffnet waren oder nicht mal hätten wissen können, wieso sie ins staatliche Feuer gerieten. Sie nannten das in faschistischer Tradition »Putativnotwehr«. Es war nicht die RAF, die diese Form der Auseinandersetzung – die gezielte Tötung von Menschen – 1970 in die Realität brachte.

Der staatlichen Elite seit den beginnenden 1970er Jahren, den Entscheidern der Regierung Schmidt und den Entscheidern in den Repressionsapparaten – auch Buback – wird bewusst gewesen sein, dass sie mit der gesamten Repression gegen Revoltierende und mit ihrem staatsterroristischen Gebaren in Fahndung und Knästen eine existenzielle und bedrohliche Herausforderung für die, die sie in vielen gesellschaftlichen Bereichen angriffen, sein würden. Sie hatten Mitte der 70er Jahre – wofür der Tod von Holger Meins für viele stand – eine Situation zu verantworten, in der eine Änderung der lebensbedrohlichen Situation der Gefangenen legal zu erwirken aussichtslos erscheinen musste.

Stockholm 1975 war ein Versuch, Gefangene zu befreien, deren Leben nicht nur in der Wahrnehmung der neu formierten RAF, sondern der gesamten Linken und der linksliberalen Öffentlichkeit bedroht schien.

1975 wäre es für die Regierung möglich gewesen, in Verhandlungen mit dem »Kommando Holger Meins« der RAF zu treten, um Menschenleben in der Botschaft von Stockholm zu schützen. Schmidt setzte auf Härte, die militärische Logik und den starken Staat, was ihm wichtiger und näher war und ihm und einer autoritären Form des Regierens entsprach – wichtiger auch als das Überleben der Botschaftsangehörigen.

Die Diplomaten der Stockholmer Botschaft wären nicht gestorben, so falsch und bedauerlich deren Tötung durch die RAF war, wenn Schmidt und sein Krisenstab nicht besessen davon gewesen wären, den militarisierten Konflikt Stockholm 75 militärisch zu lösen – auch mit der Bereitschaft, Angehörige der deutschen Botschaft für die deutsche Staatsräson zu opfern.

Schleyer und Buback

1977 wäre es für den Staat natürlich möglich gewesen, trotz des fatalen Verlaufs der Offensive 77 zur Befreiung der Gefangenen das Leben von Schleyer zu priorisieren und zu schützen und mit den Stammheimern oder der RAF in Verhandlungen zu treten. Sie – der Krisenstab – opferten einen der Ihren, »nur« weil sie von vornherein auf eine rein militärische Lösung zu setzen gewillt war und diese erzwingen wollte. Der RAF wird es kaum bewusst gewesen sein, dass Schleyer der Elite, seinen politischen Freunden als Gefangener der RAF nichts mehr wert sein würde.

Als Ausdruck eines historischen Momentes politischer und ethischer Schwäche, in dem das Militärische das Politische dominierte, sehe ich von heute aus auch die Erschießung Schleyers als Gefangenen der RAF, trotzdem er Mitglied der NSDAP, Mitglied der SS war und es dessen Job war, 60 Kilometer entfernt vom KZ Theresienstadt die Industrie des von den Nazis besetzten Tschechien in die deutsche Kriegswirtschaft zu integrieren. Der mitverantwortlich war für die Überführung Zehntausender Menschen in Zwangsarbeit und Vernichtung in den KZ – auch Auschwitz – und schließlich oberste Instanz des Ausbeutungsregimes der BRD und Boss der Bosse. Falsch, weil er Gefangener der RAF war.

Jahrzehnte später ist es natürlich leicht zu sagen, es wäre richtig gewesen, die damaligen Militanten der RAF hätten die Situation nach der Erstürmung der »Landshut« und dem Tod von drei Gefangenen am 18. Oktober 1977 aus einer politischen und ethischen Sicht anders bewertet und anders entschieden. In der Gegenwart einer Realität und der Dynamik einer zugespitzten Situation ist immer alles anders. Heute gibt es die geschichtliche Erfahrung.

Schleyer starb als einer, der wie viele andere seiner Generation die Kontinuität der Elite des NS-Faschismus in der BRD verkörperte. Er starb in einem Konflikt, in dem ab 1967/68 die Revoltierenden die Legitimation dieser Kontinuität in Frage gestellt hatten und nicht bereit waren, diese als legitim anzuerkennen.

Schleyer starb stellvertretend für die aus dem Faschismus kommende Elite als überaus tragische Figur, der von seiner Klasse und seinen Freunden verraten und verkauft worden war.

Schleyer hätte überleben können, wenn der Staat nicht – seit 70 – auf eine rein militärische Lösung im Ansinnen der Vernichtung seines Gegners gesetzt hätte. Dafür stehen Schmidt und sein Ausnahmezustandsinstrument des Krisenstabes. Das ist historisch evident, auch wenn die Geschichtsschreibung von oben davon nichts wissen will. Natürlich hätten sie mit der RAF verhandeln können. Man hätte vieles verhandeln können, nicht nur die Freilassung, sondern auch die Haftbedingungen oder eine internationale Untersuchungskommission der selbigen. Andreas Baader hatte der Regierung mitteilen lassen, sie würden im Falle einer Einigung und ihrer Freilassung nicht zum bewaffneten Kampf in die BRD zurückkehren. Eine Einigung hätte für eine Fortexistenz oder mögliche Neubestimmung des Kampfes natürlich Folgen gehabt. Eine RAF, wie sie dann in den 80er Jahren mit allen Konsequenzen fortgelebt hat, wäre es jedenfalls mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht geworden. Bei allen Fehlern der RAF und ihrem Teil der Verantwortung für ihre Entscheidungen: Ich finde es auch heute noch Ausdruck der staatlichen

Brutalität und ihrer faschistischen Kontinuität, dass sie Schleyer opferten, um »die Sache« militärisch zu lösen, so wie sie, die meisten Personen des Krisenstabes und des Großteils der Elite, es im Faschismus gelernt hatten.

Von der Mentalität der politischen und exekutiven Elite des Krisenstabes erzählt die Diskussion in ihrem Kreis um die Möglichkeit standrechtlicher und stündlicher Erschießungen von Gefangenen aus der RAF.

Dies alles war Ausdruck einer Politik des Auslöschungsverhältnisses gegen den inneren Feind, einer aus dem Faschismus transferierten Mentalität der militärisch gedrillten Härte, Ausdruck einer auch patriarchalen Form der Herrschaft und der Kontinuität der faschistischen Option innerhalb der bürgerlichen Demokratie.

Der staatliche Vernichtungswille gegen eine fundamentale Opposition seit 1967 setzte die Saat für Stockholm. Die fortgesetzte und auf militärische Lösungen zielende Härte der Regierung Schmidt, die 1975 ihre Botschaftsangehörigen für die deutsche Staatsräson zu opfern bereit war, setzte die Saat für den Versuch, die Gefangenen aus dem Haftregime 1977 zu befreien. Die Härte des temporären Ausnahmeregimes des Herbstes 1977, das beschlossen hatte, das Leben der Zivilist*innen in der »Landshut« zu gefährden und schließlich einen der Ihren – Schleyer – opferte, setzte das Verhältnis und die Voraussetzung für die RAF der 80er Jahre.

Bei allem wohl unvermeidlichem Hass auf die RAF der Angehörigen der von der RAF Getöteten und zugleich von staatlichen Institutionen für die Staatsräson geopferten Menschen der 70er Jahre – der Angehörigen des erschossenen Flugkapitäns der »Landshut«, Jürgen Schumann, der Angehörigen der in Stockholm erschossenen Diplomaten Heinz Hillegaart und Andreas von Mirbach, sowie der Angehörigen Schleyers –, vielleicht wäre in einer Sicht, die von einem gesellschaftlich offenen und ehrlichen Diskurs des Geschehenen geprägt gewesen wäre, nicht nur der Hass und die Abscheu jener Angehöriger auf die RAF eine naheliegende Reaktion gewesen, sondern auch das Bedürfnis jener Angehöriger, auf den jeweiligen staatlichen Trauerfeiern einem heuchlerischen und für die staatliche Gewalt verantwortlichen ExwWehrmachtsoffizier und Bundeskanzler Schmidt und Seinesgleichen die Augen auszukratzen. Aber eine dieser Hypothese zugrundeliegende Gesellschaft wäre nicht die BRD gewesen.

Siegfried Buback war auf militärisch-justizieller Ebene der Exekutor mit NSDAP-Vergangenheit einer faschistoiden Methodik der Aufstandsbekämpfung. Er war sozusagen der General einer Elite, die einen staatsterroristischen Umgang gegen die Gefangenen praktizierte.

Die RAF wollte dem eine Grenze setzen, so sagten es die, die das Attentat gegen Buback zu verantworten hatten. Sie wollten zudem mit der Grenze, die sie mit dem Attentat gegen Buback zu erreichen suchten, der faschistoiden Aufstandsbekämpfung und der Kill-Fahndung der 70er Jahre, der Tötung der teilweise nicht mal Bewaffneten und auch Wehrlosen während der Fahndung der 70er Jahre und der Realität des faschistoiden Haftregimes in den westdeutschen Knästen – ein Kräfteverhältnis für die weitere Offensive zur Befreiung der Gefangenen aufbauen. Es ging darum, eine staatsterroristische Logik zu durchbrechen.Nichtsdestotrotz machte die RAF dabei politische Fehler, die sie ihrer Legitimation beraubten. Sie setzte das Militärische vor das Politische, was zu ihrer Niederlage führte.

Ich kann mich mit dem Kontext, in dem die RAF Buback tötete, nur auseinandersetzen und erkenne, dass die Frage der Legitimation kaum allgemeingültig beantwortet werden kann. Ich sage nicht mehr – das ist eine Konsequenz aus Deinem Brief –, es war legitim.Ich möchte die Frage der Legitimation weder bejahen noch verneinen. Es wäre ohnehin eine Frage der Perspektive. Ich kann mich nur damit auseinandersetzen, wie sich das Attentat gegen Buback im historischen und gesellschaftlichen Kontext erklärt, und stelle dabei fest, dass es aus der gesellschaftlichen Realität der damaligen Zeit und in einem gesellschaftlichen Verhältnis dazu entstand und aus dem Versuch einer Perspektive der Selbstverteidigung erwuchs. Das unterscheidet meines Erachtens diesen Akt des Äußersten von dem Attentat gegen Deinen Vater.

Tragische Begleiter

Ich möchte mich auch nicht vor die Familien seiner im Attentat getöteten Begleiter stellen und ihnen sagen, es war legitim. Es würde der politischen und ethischen Komplexität dieses Aktes nicht entsprechen. Ich denke, dass es ein großes Problem aller Revolutionsversuche gewesen ist und immer bleiben würde. Im Attentat gegen den Zaren im ausgehenden 19. Jahrhundert starb mit dem Zaren der Kutscher des Zaren. Der Fahrer des SS-Führers Heydrich überlebte das Attentat auf seinen Chef verletzt und nur durch Glück. Der Fahrer des spanischen Faschistenführers Carrero Blanco starb mit diesem zusammen. Bei jedem der beiden Attentatsversuche auf Hitler wäre im Falle des Gelingens eine Reihe Menschen gestorben. Ich weiß dafür keine Lösung, die ich als richtig ansehen könnte. Es ist bedauerlich – und das meine ich nicht als hohle Phrase –, dass auch die Begleitung Bubacks ums Leben kam.

Ich bin mir sicher – und das zeigt mir auch Dein Brief –, es ist elementar für Prozesse der Befreiung, die Tötung von Begleiter*innen nicht zu begehen, wenn es irgendwie möglich ist, und es im Zweifel auch zu lassen. Es würde – bei rein theoretischer Betrachtung – immer darum gehen, keine weiteren Personen zu töten und auch unter größtem Druck, wie ihn die Militanten 1977 in Sorge um die Gefangenen hatten, solange zu warten, bis sie ihr Ziel erreichen könnten, ohne dass andere dabei zu Tode kommen. In der Geschichte durch die Jahrhunderte war es offensichtlich nicht immer möglich – sei es bei den leider fehlgeschlagenen Attentaten auf Hitler, der Tötung des Zaren oder dem Attentats gegen Carrero Blanco.

Es würde ein Problem in revolutionären Zeiten bleiben. Es bliebe ein nicht gänzlich zu lösende Frage.

Das Attentat auf Buback kann ich nur in den historischen Kontext einzuordnen versuchen. Die Tötung seiner Begleiter ist per se ein Moment des Falschen und bleibt als nicht aufzulösender Widerspruch zurück.

Es war – und ist – am Ende immer auch ein Moment des Tragischen im Tod eines jeden Menschen und auf allen Seiten, die/der* in diesem und in einem solchen Konflikt umkam.

Die Frage, die Du thematisierst, ab wann hätte erkannt werden können, dass Attentate in der zurückliegenden Geschichte aus linksradikaler Perspektive kein Fortkommen bringen würden – ich würde dazu sagen: Auch wenn die Attentate von 1979 bis 1991 unterschiedlich zu bewerten und einzuordnen sind, waren sie ab 1979 Ausdruck der Fortführung strategi-

scher Fehler von 1977. Eine Analyse der Niederlage von 1977 hätte zu einer anderen Strategie und damit zu einer anderen Praxis führen müssen. Insofern würde ich sagen, dass die RAF nach ihrer Niederlage von 1977 hätte erkennen müssen, dass das, was dann ab 1979 zur »Attentatspolitik« der 80er Jahre wurde, für die Metropolensituation keine Perspektive der Befreiung beinhalten würde und ein Fortkommen damit nicht zu erwarten gewesen wäre.

Du schreibst, dass ich die Ermordung Deines Vaters 1986 in meiner Antwort auf Dich nur kurz thematisierte. Es stimmt: In meiner Antwort auf Dich habe ich das Attentat gegen Deinen Vater als nicht gerechtfertigt benannt, bin aber nicht weiter darauf eingegangen. Es hat den Grund, dass unsere Auseinandersetzung in einem öffentlichen Raum stattfindet, und ich fürchte darin nicht eine Kriminalisierung – von wem auch immer –, sondern eine propagandistische Instrumentalisierung durch staatliche Institutionen und mediale, interessengeleitete Geschichtsschreibung von oben.

Ich würde Dir einiges sagen oder Dich fragen und mit Dir darüber reden wollen, was persönlich wäre, das Innere und Deine oder meine Lebenswirklichkeit beträfe und hier draußen bleiben muss, und natürlich auch Fragen der Ethik und der Moral beträfe oder eine persönliche Empfindung zu den geschichtlichen Ereignissen.

Ich versuche Dir meine persönliche Sicht auf die politische Entscheidung und deren Gründe für das Attentat gegen Deinen Vater 1986 durch die RAF zu erklären und lande dabei unweigerlich in der Politik der RAF der 80er Jahre und dem gesellschaftlichen Kontext dieser Zeit.

Vorweg möchte ich Dir sagen, fortwährend meinerseits von Tötung statt Ermordung zu sprechen, wie Du zu Recht angemerkt hast – ich denke, es ist eine Form, distanzierter darüber zu reden, die ich nicht verteidigen möchte, es nur feststellen kann.

Du verbindest mit der Bezeichnung »Mord« in diesem Kontext als ein »dazustehen, dass es ein blutiger Akt ist – mit Konsequenzen nicht nur für die Ermordeten sondern auch für deren Umfeld. Der Gewaltcharakter von Gegengewalt darf nicht geleugnet und beschönigt werden.«

Ich denke, ich ziehe es vor, die Bewertung nicht so sehr durch den Begriff selbst zu vermitteln, sondern auf Grund seiner Vernutzung durch die bürgerliche Geschichtsschreibung und die Klassenjustiz durch eine Bewertung unabhängig von der Begrifflichkeit.

Mir ist wichtig, oder es ist auch etwas, worauf es mir ankommt: bewerten, möchte ich die Attentate, diese gravierenden, politischen Entscheidungen, wenn wir denn über sie reden, und nicht in einer Neutralität verbleiben. Ich sehe die Blutigkeit einer solchen Tat, berechtigt oder nicht und unabhängig von der geschichtlichen Epoche – die Brutalität und auch einen ethischen Widerspruch zu Befreiung, die in der politischen Entscheidung über Leben und Tod einer/s* anderen liegt, die grausame Unabänderlichkeit der Lebensauslöschung einer/s* anderen, das Trauma und den Schmerz, das sie in die Welt und in die der Angehörigen bringt. Deswegen ist es schlüssig und naheliegend, was Du von der RAF 1998 zitierst: »Unser Kampf – die Gewalt, mit der wir uns gegen die Verhältnisse stellten – hat eine schwerwiegende Seite. Auch der Befreiungskrieg hat seine Schatten. Menschen in ihren Funktionen für das System anzugreifen ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen – zu ihrer Vorstellung von Befreiung. Auch wenn es Phasen gibt, in denen das als etwas Notwendiges gesehen wird (...) Revolutionäre sehnen sich nach einer Welt, in der niemand darüber entscheidet, wer ein Recht auf Leben hat und wer es nicht hat.« Revolutionär*innen verabscheuen Gewaltverhältnisse und jede Gewalt und wollen nichts anderes als die Gewaltlosigkeit aller Verhältnisse. Wenn sie dennoch Akte der Gewalt vollziehen, kann es nur – im Bewusstsein eines elementaren Widerspruchs – Gegengewalt und Selbstverteidigung sein im Angesicht einer Unmöglichkeit, der Gewalt der Verhältnisse mit friedlichen Mitteln beizukommen.

Dein Vater war Mitarbeiter bzw. Diplomat des Außenministeriums dieser Zeit und in dieser Funktion in politischen und internationalen Gremien für das Auswärtige Amt tätig. Da die RAF jegliche Politik auf dieser Ebene der »imperialistischen Kriegsstrategie« subsumierte, war in dieser Sichtweise jede/r*, der/die* darin arbeitete, Teil der imperialistischen Kriegsführung und konnte somit zum Ziel eines Angriffs der RAF werden.

Die RAF der 1980er Jahre verortete sich und ihr Handeln im Krieg und Befreiungskrieg, was mit der Situation der Metropolengesellschaft aus meiner Sicht zu dieser Zeit kaum etwas zu tun hatte. Sie übertrug die Kriegssituation der Befreiungsbewegungen des Trikonts auf die Metropole.

Sie bezog sich z. B. auf die Situation in El Salvador, in der sich militärische Formationen gegenüberstanden, um zu begründen, dass es »konkrete Figuren, egal ob Soldaten oder Offiziere«, seien, die die Aufgabe hätten, »Revolutionäre zu vernichten« – »in El Salvador, Naher Osten oder der BRD«. Sie sah auch höhere Angestellte bzw. Diplomaten der Verwaltungs- und der nachgeordneten Regierungsebene als Kriegsbeteiligte. Also auch jene, die in den politischen Prozessen arbeiteten, aber nicht ihre eigentlichen – zumindest nicht strategischen – Entscheider*innen oder primären Profiteur*innen davon waren. Durch die Verortung dieser Ebene als politische Ebene, die in der Kriegsoffensive gegen die Seite der Befreiung eingebunden gewesen sei, sah sich die RAF zu dem Attentat gegen Deinen Vater legitimiert.

Ihre – von heute aus gesehen – wenig treffende Analyse über den Zustand der ökonomischen Entwicklung und der angeblichen politischen Instabilität des imperialistischen Systems, das sie zu jener Zeit ins Wanken hat kommen sehen, führte sie an, um sich auf militärische Schläge und Attentate zu konzentrieren, und blieb dabei ohne Konsequenz aus der Niederlage von 77, in der die RAF das Militärische vor dem Politischen geführt hatte. Sie begriff die ökonomische Entwicklung des Übergangs vom Keynesianismus zum Neoliberalismus als Kriegsökonomie eines instabilen Systems. In der historischen Realität hingegen gelang dem sich globalisierenden Kapital der Prozess der Umstrukturierung ganz vortrefflich. Es rüstete zudem die Sowjetunion in den Exitus. Kohl und Herrhausen besiegelten schließlich mit Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 80er Jahre das Ende des 1917 begonnenen sozialistischen und im »Realsozialismus« geendeten Versuchs.

Die falsche Wahrnehmung der Entwicklung des Imperialismus als instabil und die Interpretation der systemischen Strategie als reine Kriegsstrategie, als »Gegenoffensive« und als »Krieg« verleitete sie, dort weiterzu-

machen, wo die RAF bereits 77 einen strategischen Fehler gemacht hatte.

Die Defensive der Befreiungsbewegungen in den voranschreitenden 80er Jahren und der sich seit Mitte der 80er Jahre abzeichnende Niedergang der Sowjetunion und damit der nunmehr drohende Durchbruch des Imperialismus verleitete sie, um so mehr an einer militaristischen Strategie festzuhalten.

Die RAF machte meines Erachtens nicht die Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern in den 80er Jahren Abstraktionen davon zur Grundlage ihrer Praxis.

Keine revolutionäre Legitimation

Dabei thematisierte sie mit ihrem Frontkonzept keinen Weg, keine Praxis und kein Konzept, wie andere Teile der Gesellschaft erreicht werden könnten. Sie griff keine gesellschaftlichen Widersprüche auf, um diese zum Bruchpunkt zu machen oder auch um Beziehungen jenseits der Frontvorstellung herzustellen. Gesellschaftliche Widersprüche wie das Ausbeutungsverhältnis oder andere Widersprüche waren jenseits der Abstraktion kein Thema mehr. Sie beschritt keinen Weg, der danach suchte, einen Keil zwischen Beherrschte und Herrschende zu treiben. Sie hatte kein gesellschaftliches nicht abstraktes Gegenüber. Weder das Proletariat anderer Stadtguerillas Europas noch ein anderes. Sie richtete sich jenseits der Abstraktion ausschließlich an die, die mit ihr kämpften oder mit der Frontvorstellung sympathisierten. Sie setzte vollständig auf Polarisierung innerhalb der radikalen Linken. Sie blieb mit ihrer Frontkonzeption gesellschaftlich vollständig und innerhalb der Linken weitgehendst isoliert.

Der Subjektivismus, der sich selbst – das heißt: alle (weltweit) antiimperialistisch Kämpfenden – in den Mittelpunkt stellte – nebst einem abstrakt gebliebenen internationalem Proletariat – führte sie dazu, keinen nachvollziehbaren Wert auf die Vermittelbarkeit ihrer Attentate und anderer Aktionen zu legen. Auch davon ist das Attentat gegen Deinen Vater geprägt.

Die Praxis der Stadtguerilla war auf militärische Schläge gegen die US-Armee, die als militärzentriert wahrgenommene Politik des BRD-Staates der damaligen Zeit bzw. den militärisch-industriellen Komplex konzentriert. Man wollte dem Feind – dem System und seinen Institutionen – schaden, es »zerrütten« oder »zersplittern«.

Sie hatte mit dem Frontkonzept jeden Ansatz aus der Hand gelegt, dass das wesentliche Ziel aller revolutionären Wege in der Metropole nur sein kann, jenseits der ohnehin Sympathisierenden andere mitzunehmen auf den Weg des radikalen und fundamentalen Widerspruchs, und daher ein Kampf um das Bewusstsein ist. Der revolutionäre und möglicherweise daraus folgende militante Kampf für Befreiung war und ist primär politisch. Das Militärische ist nur eine Möglichkeit, die dem Politischen folgen kann und nicht umgekehrt – ganz sicher in nichtrevolutionären Zeiten. Zeiten, in denen eine revolutionäre Umwälzung nicht möglich ist. Von einer anderen Sichtweise erzählt das folgende Zitat, was die RAF-Politik der 80er Jahre auf den Punkt bringt und zusammenfasst:

»Zwischen uns und ihnen ist Krieg! Das ist die Realität und unser Verhältnis, das Verhältnis des internationalen Proletariats zu ihnen«,erklärte die RAF 1986 – ganz im Sinne des Frontkonzepts vom Mai 1982.

Die RAF neigte im Laufe der 80er Jahre dazu, das oder den Angegriffene/n maßlos zu überhöhen. Dein Vater wurde vom Diplomaten des Auswärtigen Amtes und hohen Beamten des politischen Verwaltungsapparates in der Darstellung der RAF von 1986 zu einer der »zentralen Figuren der Vereinheitlichung der westeuropäischen Politik im imperialistischen Gesamtsystem« stilisiert. Ich sehe in dieser die Bedeutung des Angegriffenen übertreibenden Darstellung deutliche Zeichen des Kaschierens der eigenen politischen Schwäche und der ihrer Praxis.

Der Angriff gegen Deinen Vater war faktisch Ausdruck davon, dass sich die RAF legitimiert sah, im Rahmen der von ihr wahrgenommenen Konfrontation in einem Krieg nachgeordnete und nicht als strategische Entscheider*innen auftretende hohe Beamte des politischen Apparates anzugreifen, die als Diplomat*innen an den NATO-Strategien der Niederschlagung gegen Revolutionäre und Befreiungsbewegungen beteiligt gewesen seien. Das hätte dann theoretisch bedeutet, in einer nichtrevolutionären Situation breitere Teile der führenden Angestellten des Verwaltungs- und Politikbetriebs angreifen zu können. Das wären nicht wenige gewesen. Eine abwegige Vorstellung, die ganz einer Kriegslogik geschuldet war. Diese in großen Teilen abstrakte Kriegslogik einer voluntaristischen Wahrnehmung der Verhältnisse ist in meinen Augen ein wesentlicher Punkt, der zur Praxis der 80er Jahre und zu dem Attentat gegen Deinen Vater führte.

Das Attentat auf Deinen Vater war nicht Ausdruck davon, revolutionäre Verhältnisse gesellschaftlich voranbringen zu können. Es hätte keine gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen können. Es ignorierte die Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Es konnte sich nicht selbst erklären, weswegen es außer der RAF und weniger anderer niemand verstand, die Möglichkeit einer Vermittelbarkeit zu keinem Zeitpunkt bestand und dadurch faktisch als Willkürakt zurückbleiben musste. Es erfüllte auch nicht die Bedingung einer revolutionären Selbstverteidigung, weil diese von der RAF seit 1982 nur auf einer abstrakten Ebene und im Gegenüber eines abstrakten Weltproletariats gedacht war.

Es war Ausdruck dessen, nicht zu berücksichtigen, dass Menschen zu töten, weil sie eine höhere Position im Verwaltungsapparat haben, falsch ist, weil diese Personen sich in revolutionären Zeiten erst noch werden entscheiden können müssen, auf welcher Seite der Barrikade sie dann stehen werden.

Ulrike Meinhof sagte: »Der Bulle, der uns laufen lässt, den lassen auch wir laufen.« Sie sagte das, weil es in einem revolutionären Prozess jenseits einer möglichen Selbstverteidigung nicht darum geht, Polizist*innen zu töten. Das wäre eine militärische Auseinandersetzung, die wir von vornherein nur verlieren können.

Es geht in den Prozessen der Befreiung nicht primär um Personen, sondern um Bedingungen wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als eine Ursache für Unterdrückungsverhältnisse.

Das Ende des kapitalistischen Systems wird nicht über die Tötung der Kapitalist*innen erreicht werden können, sondern primär, indem gesellschaftliche Verhältnisse erkämpft werden, in denen sich gesellschaftlich die Verweigerung, sich diesen Verhältnissen freiwillig zu unterwerfen, durchsetzt. Dies ist ein strategische Ziel einer auf Befreiung ausgerichteten Politik. Das wurde der Politik der 80er Jahre nicht zu Grunde gelegt.

Revolution ist auch ein Kampf der Revolutionär*innen mit sich selbst – ein Kampf gegen die Akzeptanz und für die Verweigerung der Verwertungs- und Ausbeutungsmaschinerie des Kapitalismus. Ein Kampf auch um und für kollektive Prozesse der Verweigerung, Verweigerung zu kollektivieren und gesellschaftlich durchzusetzen – am Ende – dann hätten wir deutlich revolutionäre Zeiten – auch der Verweigerung, Kapital zu produzieren. Erst sekundär könnte es auch um Fragen einer wie auch immer aussehenden revolutionären Notwehr oder Selbstverteidigung gehen gegen jene, die das zu verhindern suchen. Das ist auch das strategische Primat des Politischen vor dem Militärischen der Befreiungskämpfe. Ich sehe das Attentat der RAF gegen Deinen Vater dazu in einem Widerspruch. Ich sehe die gesamte Konzeption und Politik der RAF der 1980er Jahre dazu in einem strategischem Widerspruch.

Der revolutionäre Kampf ist bei aller notwendigen Militanz, bei aller Widrigkeit, bei aller systemischen Gewalt und bei allen auch bei sich selbst zu überwindenden, innergesellschaftlichen Machtgefällen und Gewaltverhältnissen ein Kampf für das Leben.

Ich möchte Dir sagen, dass in allen Diskussionen über die Geschichte der 1980er Jahre, die ich kenne oder von denen ich gehört habe, niemand an dem Attentat gegen Deinen Vater irgendetwas richtig fand, nichts oder nichts mehr darin sah, was rückblickend für den Befreiungskampf hätte einen Sinn haben können, und es niemanden gab, der es legitim fand.

Ich sehe, dass die Ermordung Deines Vaters Trauma und Schmerz in Dein Leben gebracht hat. Dem steht keine revolutionäre Legitimation gegenüber. Keine, die ich von heute aus nach Kriterien einer Sinnhaftigkeit für die Geschichte des Befreiungskampfes sehen könnte.

Das Jahrzehnt der 80er Jahre war gesellschaftlich durch die RAF, die Rote Zora, die RZ, die Kämpfenden Einheiten und die radikale Linke ein überaus militantes und widerständiges Jahrzehnt. Zugleich fehlte diesem Jahrzehnt und dieser Linken die revolutionäre Perspektive einer nicht nur militanten sondern auch revolutionären Bewegung in einer historischen Phase nicht- bzw. vorrevolutionärer Momente. Im nachhinein betrachtet waren die 80er Jahre in Westdeutschland ein Jahrzehnt der Revolten, in dem das Fenster der Revolution verschlossen war. Auch das waren prägende Kampfbedingungen für die RAF der 80er Jahre. Das unterschied die 80er Jahre grundlegend von den Jahren der Revolte 67 bis in die beginnenden 70er Jahre.

Die RAF war dabei historisch geleitet von einem Konfrontationsverhältnis mit einem Staat, der ihr gegenüberstand, der seit der Revolte der 68er klargemacht hatte, dass er eine fundamentale Opposition nicht akzeptieren würde und Wege zu deren Auslöschung zu seinem Wesen und seiner repressiven Praxis gehörte.

Die RAF war auch davon geprägt, dass sie ein staatliches Gegenüber hatte, dass die staatsterroristische Gewalt in den Knästen nach 1977 in den 80er Jahren nur noch weiter verschärft hatte, und das Elend der »Sonderhaft« der gefangenen Opposition war endlos.

Große Teile der BRD-Eliten, die bereits in der Nazizeit Verbrechen begangen hatten, waren in den 1980er Jahren im Aussterben oder altersbedingten Ausscheiden aus der Führung der Institutionen. Ihre maßgebliche Teilnahme am Aufbau der BRD nach 1945 und deren Transformation in das Zeitalter des Neoliberalismus war jenseits der Revolte, der radikalen Linken und des bewaffneten Dissensauch bis in die 1980er Jahre hinein gesellschaftlich nicht in Frage gestellt worden. Das Kampfterrain der RAF – auch der 80er Jahre – war von einer Gesellschaft geprägt, die es einst widerspruchsfrei zugelassen hatte, einen Filbinger zum Ministerpräsidenten gekürt zu haben und diesen akzeptiert hatte – jenen NS-Täter, der – wie viele – Teil der NS- und BRD-Eliten war und der noch am letzten Tag des NS-Regimes als NS-Richter einen Wehrmachtsdeserteur zum Tode verurteilte und das Erschießungskommando persönlich leitete. Die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber diesem bedeutsamen historischen Lauf und der bundesrepublikanischen Normalität und das Ansinnen der Geschichtsschreibung von oben brachte der Welt den – im übertragenen Sinn – Kniefall Ronald Reagans und Helmut Kohls an den Gräbern der SS-Verbrecher in Bitburg in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Auch dieses gesellschaftliche Verhältnis war prägende Kampfbedingung der RAF der 80er Jahre.

Die RAF war geprägt von Verhältnissen, die in der Tat eine fortschreitende große Tragödie für die Mehrheit der Weltbevölkerung darstellten. Die Welt der 1980er Jahre war geprägt von der globalisierten Durchdringung der Verwertung des Menschen für das Kapital und von der militärischen, politischen, ökonomischen und globalen Niederringung aller Versuche, eine Gegenwirklichkeit gegen Gewaltverhältnisse, Armut, Hunger, und Ausbeutung zu erreichen.

Trotz aller auch gravierender Fehler bleibt zurück, dass die Militanten der RAF der 80er Jahre versuchten, sich mit ihrer ganzen Existenz auf der Seite der weltweit Hungernden, Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen den Prozess der fortschreitenden Gewaltförmigkeit und Brutalisierung der Verhältnisse im globalisierten Kapitalismus zu stellen.

Die RAF der 90er Jahre brauchte – im Moment des Epochenbruchs ab 1989: einer Zeit großer Unwägbarkeiten, des aufkommenden Nationalismus der Eliten und der Massen der Bevölkerung in Ost und West – noch bis 1992, um zu entscheiden, dass Attentate in der gesellschaftlichen Realität dieser Zeit Prozesse nicht voranbringen würden. Sie entschied 1992, dass es Zeit für eine Transformation der Stadtguerilla sei.

Zuvor hatte sie das Jahrzehnt 1990 mit einem politisch abwegigen und subjektivistischen Attentatsversuch begonnen.

Sie fand danach zurück zu der Möglichkeit einer den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprungenen, politischen und militanten Praxis einer Stadtguerilla. Sie richtete sich im gesellschaftlichen Kontext gegen den imperialistischen Krieg, zerstörte ein Instrument der Repression und Disziplinierung und suchte das erste Mal seit ihrer Entstehung am Anfang der 70er Jahre wieder nach einem Weg, der die

ökonomischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse im Kapitalismus thematisierte und andere in der Gesellschaft, die von diesen Verhältnissen betroffen waren, erreichen sollte. Die RAF als Beitrag zum Versuch der Befreiung endete nach ihrer Rückkehr zur notwendigen Einheit des Sozialrevolutionären und des Internationalismus wieder im gesellschaftlichen Verhältnis jenseits des Subjektivismus.

Am Ende erschöpfte die RAF an sich selbst.

Nachhaltige Niederlage

Sie kam zum Ende ihrer Zeit in einer Zeit der tiefgreifenden und nachhaltigen Niederlage der gesamten, radikalen Linken, deren politisches Versagen es meines Erachtens in dieser Zeit war, ab 1989 keinen radikalen und praktischen Widerspruch zur Einverleibung des realsozialistischen Staates in die Welt der vollkommenen Verwertung des Menschen durch das Kapital gesucht zu haben. Distanziert, vor allem aber ohnmächtig, stellte diese Linke – damit ihrerseits insgesamt in Vollkommenheit subjektivistisch – kaum einen Bezug zu jenen Menschen in der sich im Untergang befindenden DDR her,die als große dortige Minderheit keineswegs dem Nationalismus verfallen waren, auf die D-Mark gerne verzichtet hätten und – wenn auch pessimistisch – noch auf eine Zukunft jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus hofften. Die radikale Westlinke nahm vor allem die durch Realsozialismus geprägten, Deutschland-Fahnen schwingende Massen wahr. Die Kehrseite derselben Medaille wurde kaum beachtet: die proletarischen Massen, Akademiker*innen, Intellektuellen, Deklassierten und Verunsicherten, die als große Minderheit auf einen demokratischen oder libertären Sozialismus oder andere Vorstellungen der Emanzipation gehofft hatten. So konnte in dieser historisch einmaligen Situation die in Defensive und Bedeutungslosigkeit entschwindende Linke keine Alternative zu jener Einverleibung durch den Kapitalismus und den neuen deutschen Nationalismus aufzeigen. Eine Alternative, die wohl nur in einer antikapitalistischen, sozialrevolutionären, radikalen und zu Kämpfen bereiten Konfrontation mit den Verhältnissen und den Herrschenden hätte entstehen können. Die vergangene Epoche seit 1945 endete mit dieser tiefgreifenden Niederlage und dem Niedergang der gesamten radikalen Linken. Auch dies war eine – äußere, gesellschaftliche – Bedingung der damaligen Stadtguerilla und ihres Endes.

Heute sind wir erneut inmitten eines Epochenbruchs, der die Welt verändern wird. Es bleibt zu hoffen, dass im Angesicht dieses Epochenbruchs, der durch Kriege um Rohstoffe und Neuverteilung der Macht, Genozid, Klima-Overkill, Verarmung weiterer Teile der Weltbevölkerung – auch der reichen Metropolen – sowie die Erosion der westlichen Hegemonie gekennzeichnet ist, sich aus den Ruinen der Bedeutungslosigkeit eine sozialrevolutionäre, antipatriarchale, antikapitalistische, antimilitaristische und internationalistische Bewegung eines fundamentalen Widerspruchs neu formieren wird.

Für mich bleibt zusammenfassend zurück:

Fundamentaler Widerstand, der sich aus der Revolte von 1968 auch in Form der RAF entwickelt hatte, war eine plausible Reaktion auf die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse und die Verbrechen des Kolonialismus und Imperialismus.

Zugleich war dies historisch eine objektive Notwendigkeit im Rückblick auf das Versagen der Arbeiter*innenbewegung der 30er Jahre, die dem NS-Faschismus entwaffnet und weitgehendst wehrlos gegenübergestanden war.

Es war der Dissens zu einer gesellschaftlichen Mentalität, die vom Faschismus geprägt war, und eine Konsequenz im Kontext der Kontinuität der faschistischen Eliten in der BRD nach 1945.

Die Konfrontation der RAF von 1970 bis 1977 mit einer braun/schwarz/rot/goldenen vom NS-Faschismus in die BRD Demokratie transferierten Elite ist Spiegel dieses historischen Konfliktes.

»Sie werden uns umbringen«, schrieb Gudrun Ensslin nach der Ermordung von Benno Ohnesorg 1967. »Ihr wisst doch, mit was für Schweinen wir es zu tun haben – das ist die Generation Auschwitz, mit denen wir es zu tun haben. Man kann mit Leuten, die Auschwitz gemacht haben, nicht diskutieren. Die haben Waffen, und wir haben keine. Wir müssen uns bewaffnen.«

Die globalen, gefährlichen, bedrückenden und gewaltvollen Verhältnisse, die wir heute haben, zeigen, dass der Gedanke an eine Notwendigkeit fundamentalen Widerstandes seit 1967 bis in die 90er Jahre hinein von heute aus nachvollziehbar ist – angesichts der vom Kapitalismus ausgehenden Zerstörung und Gefahr für die Menschheit, der Tragweite der Gewaltverhältnisse und der daraus resultierenden Gewalttragödie für die Mehrheit weltweit, die das heutige Resultat der Geschichte und der systemischen und gesellschaftlichen Entwicklungen vergangener Jahrzehnte ist. Trotzdem wären – hypothetisch rückblickend – natürlich auch andere Konzepte fundamentaler Opposition für oder statt der RAF nach 1973, nach 1977 und nach 1989 möglich gewesen.

Fundamentaler Widerstand, der sich aus Revolte von 1968 entwickelte, bleibt als notwendiger Aufbruch und legitimer Bezugspunkt der weltweiten Widerstandsgeschichte zurück.

Es bleiben zugleich Lasten der revolutionären Geschichte und ihrer Protagonist*innen zurück.Diese Lasten zeigen die Tiefe der Bedeutung eines Bewusstseins historischer Fehler und der Einsicht in die politische, menschliche und ethische Tragweite eben dieser. Dies zu reflektieren ist ein wichtiger Bestandteil unserer Auseinandersetzung und der Versuch, der Geschichte habhaft zu werden – für die Verarbeitung des Vergangenen, auch im Hinblick auf zukünftige Prozesse der Befreiung. Denn die einzige Hoffnung auf ein Ende von Gewaltverhältnissen, Nationalismus, Krieg und Klimavernichtung liegt in der doch noch Entstehung eines geeigneten, fundamentalen, gesellschaftlichen Widerspruchs, in dem die Protagonist*innen befähigt sein werden, die notwendigen Konsequenzen aus den historischen Erfahrungen zu ziehen.

Eine Form der Wiederholung dieser Widerstandsgeschichte halte ich für ausgeschlossen. Sie gehört in die Koordinaten einer zurückliegenden Zeit. Geschichte wiederholt sich wohl ohnehin nicht – wenigstens nicht in den gleichen Formen. Eine »Attentatspolitik« ist darüber hinaus meines Erachtens generell vollkommen abwegig, weil dies von einer strukturellen »Attentatspolitik«

sprechen würde. Das wäre auch in revolutionären Zeiten abwegig, denn sie wäre dann nicht Ausdruck notwendiger und unabdingbarer einzelner Momente (oder eines einzelnen Momentes), die das Ergebnis aller Abwägungen wären und ein allerletztes Mittel des Äußersten als Selbstverteidigung eines Revolutionsversuches oder dessen Voranbringen.

Du siehst in der Möglichkeit, dass man Irrtümer erst nachträglich erkennt, einen Grund, der bewaffnet Kämpfende zum Zögern vor dem äußersten Akt bringen sollte? Dass es sie vor dem äußersten Akt – einer Auslöschung von Menschenleben – zurückschrecken lassen sollte?

Ich bin entschieden Deiner Meinung und ganz bei Dir, dass auch ein Zögern und Zurückschrecken davor in revolutionären Zeiten eine mögliche Konsequenz aus der Geschichte wäre. Attentate in nichtrevolutionären Zeiten sind für mich von heute aus nicht vorstellbar. Auch das sehe ich als Konsequenz der geschichtlichen Erfahrung.

Historisch kommen wir und schreiben wir uns aus unterschiedlichen und sich überschneidenden Perspektiven, und ich kann mir vorstellen – oder es ist das, was ich sehen möchte –, wir können dabei in der Hoffnung auf eine Perspektive der Befreiung und in der Gewissheit der Notwendigkeit des Zögerns und des Zurückschreckens vor dem Akt des Äußersten einen Weg gemeinsam gehen.

Ich danke Dir sehr für Deinen Brief und die Auseinandersetzung – auch mit dem Wunsch unserer Freiheit.

Es ist außerordentlich schade, dass Daniela Klette heute nicht direkter Teil unserer Auseinandersetzung sein kann, weil die staatliche Repression entschlossen ist, ihre Teilnahme an politischen Diskussionen nicht zuzulassen. Die deutsche Justiz praktiziert damit fortgesetzt eine Form der Isolations- und Sonderhaft. Auch daraus ergibt sich für mich die Forderung nach Freilassung von Daniela und allen anderen politischen Gefangenen sowie der Abschaffung des gesamten Gefängnissystems. Damit verbindet sich auch die Möglichkeit und Perspektive von kollektiver Diskussion der Widerstandsgeschichte durch die, die das möchten, und die, die mit dieser Geschichte aus unterschiedlichen Perspektiven Berührung hatten.

Ich bin mir sicher, dass Daniela unsere Auseinandersetzung wichtig ist und mir – und ich sage in Gewissheit: uns – unsere Auseinandersetzung, die Diskussion mit Dir viel bedeutet.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für Dich und herzlichen Grüßen –

in der Hoffnung, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich ändern und es dann möglich sein wird, mit Dir auch auf einer persönlichen Ebene zu sprechen. Ich würde dann sehr gerne über vieles – auch das Erlebte, das, was die RAF mit Dir gemacht hat, und über das durch innergesellschaftliche Gewaltverhältnisse Erfahrene und diese selbst – sprechen wollen.

Burkhard Garweg

Chronik der Ereignisse:

09.10.25: „In der Nacht haben wir den Schaltkasten einer Eisenbahnampel zwischen den Bahnhöfen Mézidon-Canon und Caen in Richtung Paris-Caen in Brand gesetzt. Das Ziel unserer Aktion war es, den Zugverkehr zwischen Paris und Caen zu stören, um die ordnungsgemäße Durchführung der Nationalen Konferenz für Künstliche Intelligenz zu verhindern [...] Wir denken an die Menschen in Gaza, die durch die von KI gesteuerten Bomben „Gospel" oder „Where's Daddy?" getötet wurden, an die Wälder, die durch den Bau von Rechenzentren oder elektrischen Infrastrukturen zerstört wurden, an uns und unsere Angehörigen, die durch alle möglichen technologischen Anwendungen betäubt werden; Wir denken an die durch KI „erweiterte" Videoüberwachung, an neue Formen der Ausbeutung am Arbeitsplatz, an ihre blöde Cloud und an all das Wasser, das zur Herstellung und Kühlung ihrer Maschinen benötigt wird. [...] Die R.A.T.A.T.A.C" Es kommt zu Verspätungen auf der Strecke Paris-Caen bis zum Abend. 10.10.25: In Basel werden bei der IWB die Scheiben eingeschlagen und Parolen hinterlassen. „Solidarität mit dem Jura! – Kein Fracking in Glovelier" 11.10.25: Nach der Räumung der Henri wird die Bullenwache in Leipzig Connewitz mit Hämmern und Farbe yangegriffen. 12.10.25: Bei der Villa von Paul-Heinz Wesjohann in Visbek, Gründer von Wiesenhof und anderen Geflügelunternehmen, hinterlassen Wilde Hühner farbenfrohe Grüße. 15.10.25: Nach den Räumungen der bei den Leipziger autonomen Besetzungstagen enteigneten Häuser werden bei einer Bullenwache alle Scheiben eingeschlagen und großzügig Farbe verteilt. 16.10.25: Farbangriff auf Villa von rassistischem Hamburger Pfeffersack. 16.10.25: „In der Nacht haben wir die Engel und Völkers Filiale im Leipziger Zentrum mit Buttersäure angegriffen. Hiermit schließen wir uns den Autonomen Besetzungstage (AbeTa) an." 17.09.25: In Langen brennt ein Container des Unernehmens Sehring. „Banny bleibt" 17.10.25 Im Rahmen der Leipziger autonomen Besetzungstage wird dem Bullen Kollaborateur „Leipziger Schlüsseldienst" ein Besuch mit Farbe und Steinen abgestattet.18.10.25: Angriff auf die Fenster von Kühne Immobilien in Leipzig während den autonomen Besetzungstagen. 19.10.25: Im Rahmen der Leipziger autonomen Besetzungstage wir das Luxuswohnprojekt Millenium Palais farblich umgestaltet. 24.10.25: In Berlin brennt ein Zivilfahrzeug der Cops vor ihrer Wache. „Bereits 16 Menschen sind dieses Jahr von den Bullen in Deutschland erschossen worden. Und während Familie und Freund*innen noch versuchen, diese brutale Realität zu begreifen, werden die Toten von Staat und Presse zu Schuldigen gemacht."24.10.25: Nein Zum Krieg Parole auf Kriegsdenkmal in Aachen. 27.10.25: In der Nacht wird an zwei Orten in Valence (FR) Feuer gelegt. Unweit des TGV-Bahnhofs, beim Steinbruch Le Barris werden fünf Großfahrzeuge und das Verwaltungsgebäude in Brand gesteckt. Der Schaden wird auf fünf bis sechs Million Euro geschätzt und der Steinbruch wird für über 1 Jahr schließen müssen. Er liefert wichtige Rohstoffe für die Zement und Asphaltindustrie. An der benachbarten Bahnstrecke werden 16 Daten- und Signalkabel mit einem Feuer unterbrochen. Hunderte Züge auf mehreren internationalen Strecken wurden gestrichen oder hatten daraufhin erhebliche Verspätungen. Auf Indymedia Nantes erscheint eine Bekennung in Form eines Gedichtes mit Bezügen zu mehreren Widerständen gegen große (Straßen-) Bauprojekte und Infrastrukturmaßnahmen. 02.11.25: Stinke-Angriff auf die ungarische Botschaft in Berlin. 02.11.25: Frankfurt a. M.: „bei sehring hats gebrannt brannt brannt / ein bagger schön in flammen stand [...] banny bleibt" 03.11.25: „Feurige Grüße an die angeklagten, eingeknasteten und untergetauchten Antifas!

Chronik der Ereignisse:

03.11.25: „Feurige Grüße an die angeklagten, eingeknasteten und untergetauchten Antifas!In der Nacht in Hamburg-Othmarschen den BMW von Bernd Baumann, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, mit einem Brandsatz zerstört." 03.11.25: Buttersäure auf Auto und Demoanhänger von Nazi-Streamer Michael Hetzel in Breuberg. 03.10.25: „In der Nacht wurde auf der Baustelle für einen Datenzenter-Campus der Firma VIRTUS in Berlin-Mariendorf eine Trafostation mittels zeitverzögerten Brandsätzen und einem Autoreifen angezündet. Dass weder Bullen noch Presse bisher darüber berichtet haben ist nicht ganz überraschend. Viele solcher Bauvorhaben sind äußerst geheimnisumwoben und es gibt kaum Öffentlichkeit dazu. Dass steht im krassen Kontrast zu den verheerenden Folgen die der großangelegte Ausbau der digitalen Infrastruktur und die immer mächtiger werdende KI auf unser Leben und unsere Umwelt haben." 04.11.25: Farbe bei Fascho-Weinbar vino in Wien. 06.11.25: In Frankfurt a. M. Wird der Wohnsitz des ungarischen Honorarkonsuls Jürgen Illing angegriffen. Die Reifen seines Wagens wurden zerstochen und ein Feuerlöscher im Innern entleert. Außerdem hat die Fassade Farbe abbekommen. 06.11.25: In Bremen werden Parteibüros von CDU, SPD, FDP und Grünen markiert. „Heraus zum 25.11!" 07.11.25: Zwei LKW der Firma Rothkegel brennen in Leipzig. Der Unternehmer und ex-CDU Stadtrat Claus-Uwe Rothkegel hatte eine nazi-Kampfsport-Gala in seiner Halle ermöglicht. „Vor 5 Jahren wurde Lina in U-Haft genommen und musste dort bis zum Ende des Prozesses bleiben, gerade sind sie und die anderen Angeklagten wieder im Knast um ihre Haftstrafen abzusitzen. Wir widmen ihnen dieses Feuer! Freiheit für Maja, Nanuk, Luca, Nele, Paula, Paul, Johann, Hanna, Tobi Emmi und alle Antifas! Freiheit für alle Gefangenen! Eine Umarmung an die, die abhauen mussten!" 11./12.11.25: An zwei aufeinander folgenden Nächten werden insgesamt drei Baumaschinen auf der Baustelle einer Hochgeschwindigkeitsstrecke nördlich von Toulouse angezündet. 13.11.25: Braune Farbflecken auf der Fassade von Aachener Burschenschaft. „Man muss Burschenschaften deshalb als Brutstätte der faschistischen Elite der Zukunft betrachten. Grade deswegen sollten man sich frühzeitig darin üben sie immer und überall anzugreifen!" 13.11.25: „In der Nacht brannte gut ein Drittel der Autos im Tesla-Autohaus in Les Pennes-Mirabeau (Marseille) nieder. Eine Platte Grillanzünder auf einem der Vorderreifen reichte aus, den Rest erledigten die ausbreitenden Flammen. [...] Mögen unsere Tränen zu Waffen werden!" 24 Fahrzeuge fielen dem Brand zum Opfer. 16.11.25: Vonovia Auto in Leipzig entglast und komplett eingefärbt. 17.11.25: Während in Belem (BRA) die Weltklimakonferenz tagt, brennen in Bremen drei Tesla-Ladesäulen und zwei Schaltschränke. „Switch off Tesla! Switch off AI-Capitalism! Switch off Fascism!" 19.11.25: Neubaute im Leipziger Westen mit Farbe markiert. 20.11.25: Bäckerei von AfD-Stadtratsabgeordneten in Leipzig markiert. „In Solidarität mit allen besetzten Häusern, die dieses Jahr geräumt wurden." 25.11.25: „Wir haben anlässlich des Tag gegen Gewalt an Frauen die freie evangelikale Gemeinde in der Sandershäuser Straße 19 im Stadtteil Kassel Bettenhausen besucht und uns zur Wehr gesetzt" 27.11.25: Farbe auf Haus von Berliner AfD-ler. „Alle nach Gießen!" 29.11.25: „Heute Nacht als bereits die ersten Busse auf dem Weg nach Gießen waren krachten erneut Farbflaschen bei der DMS Villa in die Fassade. Die DMS Villa ist ein Seminar und Veranstaltungsraum in Hannover-Herrenhausen. Dort traffen sich schon wiederholt AFD-Funktionäre um ihre faschistischen Pläne zu schmieden." 07.12.25: Fassade von Rüstungszulieferer ELCOM in Kassel besprüht. 18.12.25: In Wien wird eine Burschenschaft entglast und eine brennende Barrikade errichtet. 20.12.25: Als Reaktion auf die Räumung des Sündi, ein Teil des besetzten Hambacher Forst, wird in Athen (GR) eine RWE Filliale mit Farbe beschmiert. 23.12.25: Feuer vor der Nazi-Gaststätte Pusdorper Leuchtturm in Bremen. Das Lieferfahrzeug muss dran glauben. Dezember: Farbangriff mit Feuerlöschern auf Hannoveraner Burschenschaft. 03.01.26: Mit einem Brandanschlag auf die Stromversorgung eines Gaskraftwerks in Berlin will die Vulkangruppe „den Herrschenden den Saft abdrehen" die fossile Energieversorgung angreifen. Nach dem Shutdown des Kraftwerks kommt es zu einem tagelangen Stromausfall in mehreren Stadtteilen Berlins.05.01.26: In Leipzig brennt eine Vonovia Karre.17.01.26: Auto von Nazi-Streamer während Demo in Leipzig-Connewitz demoliert.17.01.26: Nazitattoo Studio in Leipzig entglast. 19.01.26: Saboteure von Shut the System haben, einen Tag vor dem Weltwirtschaftsforum, Stromkabel von mehreren Schneekanonen im örtlichen Skigebiet durchtrennt. 21.01.26: Die Straight Edge Anarchist Skinhead Crew haut in Solidarität mit Rojava eine AXA Filiale in Leipzig ein. 18.01.26: Fassadenneugestaltung der Bullenwache Aachen Bushof während Antifa-Demo. 22.01.26: AfD Büro in Gummersbach verliert alle Scheiben. 22.01.26: Farbe auf AXA Filiale in Berlin. „Gegen Komplizenschaft im Genozid" 22.01.26: Rojava Parolen auf Graue Wölfe Vereinsheim in Hamburg. 23.01.26: Farbe auf Allianz Sitz in Stuttgart. 24.01.26: Mehrere Fahrkartenautomaten in Hannover sabotiert. 25.01.26: Biji Rojava Schriftzug auf Allianz Filiale in Leipzig. 28.01.26: Kurdische Farben prangen auf der Fassade des deutschen Waffenkonzerns „Hensoldt" in München. 30.01.26: Das Auto des Landesverfassungschutz-Chef Bremen wird demoliert, nachdem ein V-Mann in der linken Szene enttarnt wurde. 30.01.26: „Die Fassade von Hensoldt Kiel wurde in den Farben der kurdischen Autonomiegebiete markiert" #Riseup4Rojava 07.02.26: Während des Burschenballs in Linz, wird bei der Burschenschaft Arminia Czernowitz gestrichen und für Durchzug gesorgt. 07.02.26: Solidarität mit Maja – Farbe auf Tübinger Amtsgericht 07.02.26: Mit Beginn der Olympischen Winterspiele ist das Streckennetz der italienischen Eisenbahn an drei Stellen sabotiert worden. Es kam zur Einschränkungen des Bahnverkehrs im ganzen Land. 09.02.26: In München wird der Eingang der Generalstaatsanwaltschaft betaggt und mit Buttersäure besprüht. „Rache für Maja und Hanna!" 09.02.26: „Wir haben am frühen Morgen die Gaststätte „Bauernstube" in der Waldorfer Str. 16a in Wesseling besucht und die Fenster mit Steinen und Farbflaschen eingeworfen.[...] In Solidarität mit Maja! [...] Wir gehen stark davon aus, dass unsere Aktion in der Nachbar:innenschaft wahrscheinlich nicht so gut ankommen wird: In der „Bauernstube" gehen die Leute nett Schnitzel essen, Fußball schauen und Bierchen trinken. Doch wenn hier seit mehr als einem Jahr regelmäßig und bislang ungestört AfD-Veranstaltungen stattfinden, ist die „Bauernstube" in unseren Augen vor allem eins: ein rechter Treffpunkt." 12.02.26: Die Münchener Burschenschaft Danubia wird mit Bitumen-Flaschen und Buttersäure angegriffen. 13.02.26: „Am Freitag den wurde die CDU-Landeszentrale im Reichenviertel von Hannover mit Farbe und Pyro verschönert." 14.02.26: Nach jahrelanger Praxis von Mieterhöhungen und Zwangsräumungen brennen drei E-Ladesäulen bei der Leipziger Wohnungsbaugenossenschaft. „Keine Mieterhöhungen! Die Wohnungen sollten von den Menschen verwaltet werden, die darin wohnen und das Privateigentum abgeschafft werden! Solidarität mit den Mieter_innen der LWB!" 14.02.26: „Heute haben wir das sogenannte „Karrierecenter" der Bundeswehr in München markiert und mit Hämmern und Feuerlöscher sabotiert." 15.02.26: Glasbruch bei einer Axa Filliale in Birsfeld (CH). „AXA profitiert mit seinen milliardenschweren Investitionen in die israelische Rüstungsindustrie und den kolonialen Siedlungsbau." 20.02.26: „In den frühen Morgenstunden gingen einige Scheiben des AfD- Treffpunktes in Cadolzburg zu Bruch" Free Hanna! 24.02.26: „Wir haben in der Nacht die Allianzniederlassung [in Bochum] in den Farben Rojavas besucht und verwüstet zurück gelassen." #Riseup4Rojava

autonomes Blättchen